

# Stenographischer Bericht

über die

## Verhandlungen des Bayerischen Landtags

### Achte öffentliche Sitzung

Nr. 8

Donnerstag, den 20. Februar 1947

I. Band

Geschäftliches . . . . . Seite  
. . . . . 161, 162, 163

Beratung der Anträge der Abgeordneten

- a) Dr. Gundhammer und Genossen und Stod und Genossen betr. **Bildung eines Ausschusses für Fragen des Länderrats und für Fragen bizonaler und mehrzonaler Art** (Beilage 91),
- b) Defu und Genossen betr. **Bildung eines Entnazifizierungsausschusses beim Sonderministerium** (Beilage 92).

Redner:

zu a: Dr. Gorfacher (CSU) . . . . . 163

Bildung des Ausschusses für Fragen des Länderrats und für Fragen bizonaler und mehrzonaler Art . . . . . 164

Einsetzung einer bayerischen Abordnung zum Parlamentarischen Rat beim Länderrat . . . . . 164

Bildung des Entnazifizierungsausschusses . . . . . 164

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Aufgaben wirtschaftlicher Art zum Antrage des Abgeordneten Stod und Genossen betr. **Überführung des bayerischen Bergbaues und der Hüttenbetriebe in den Besitz des bayerischen Staates** (Beilage 63).

Redner:

Riene (SPD) [Berichterstatter] . . . 164, 165, 166  
Piehler (SPD) . . . . . 167—172, 177, 178  
Ministerialrat Dr. Deckert . . . . . 173  
Stiller (FDP) . . . . . 173, 174  
Stinglwagner (CSU) . . . . . 174, 175  
Wimmer (SPD) . . . . . 176  
Pabstmann (CSU) . . . . . 177  
Staatssekretär Sedlmayr . . . . . 178  
Stod (SPD) . . . . . 178  
Prüschent (CSU) [zur Geschäftsordnung] . . . 179

[Die Sitzung wird unterbrochen.]

Mündliche Berichte des Ausschusses für Verfassungsfragen

- a) zu dem Auftrag in der Vollsitzung des Landtags vom 31. Januar 1947, zu prüfen, ob ein **Misstrauensvotum gegen einen Einzel-**
- Stenogr. Ber. d. Bayer. Landtags 1946/47. Bd. I. 8. Sitzung.

(Mth.)

nen **Minister** nach der Verfassung überhaupt möglich ist (Beilage 61);

- b) zum Antrage der Abgeordneten Dr. Sinnert und Genossen betr. **Verhalten des Wirtschaftsministers Dr. Zorn** bei der Wahl des Dr. Ugarz beim Verwaltungsrat für Wirtschaft und der Bipartite Economic Control Group (Beilage 60).

Hierzu Abänderungsanträge Dr. Dehler und Genossen und Dr. Gundhammer und Genossen.

Redner:

Dr. Sacherbauer (CSU) [Berichterstatter] . . . 180  
Dr. Dehler (FDP) . . . . . 182, 185, 187  
Stod (SPD) . . . . . 184  
Ministerpräsident Dr. Ehard . . . . . 186  
Staatsminister Dr. Zorn . . . . . 188  
Emmert (CSU) . . . . . 190  
Dr. Franke (SPD) . . . . . 191  
Dr. Sacherbauer (CSU) . . . . . 193  
Dr. Sacherbauer (CSU) [zur Geschäftsordnung] . . . . . 194  
Saulleiter (CSU) [beisprechen] . . . . . 194  
Dr. Dehler (FDP) [beisprechen] . . . . . 195  
Dr. Gundhammer (CSU) [zu einer Beichtigung] . . . . . 195

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Aufgaben wirtschaftlicher Art zum Entwurf eines Gesetzes über die **Wiedererrichtung von Verbraucher-Genossenschaften — Konsumvereinen** — (Beilage 62).

Redner:

Dr. Schögl (CSU) [zur Geschäftsordnung] . . . 195  
Stod (SPD) [beisprechen] . . . . . 196  
Krempf (CSU) [beisprechen] . . . . . 196

Der Gesetzentwurf wird an den Ausschuss zurückverwiesen.

Beratung des Antrags des Abgeordneten Stod und Genossen betr. **Abgebung des Kalk- und Zementwerks Solnhofen von der Reparationsliste** (Beilage 66).

Redner:

Stöhr (SPD) . . . . . 196

Interpellation des Abgeordneten Dr. Schögl und Genossen betr. **Behebung der Unsicherheit auf dem Lande** (Beilage 93).

1

	Seite
In Verbindung damit:	
Kurze Anfrage Nr. 3 der Abgeordneten Dr. Linnert und Genossen gleichen Betreffs (Beilage 36).	
Redner:	
Dr. Dehler (FDP) [zur Geschäftsordnung]	197
Dr. Schögl (CSU)	197
Staatssekretär Dr. Untermüller	198
Dr. Stang (CSU) [zur Geschäftsordnung]	200
Bodesheim (FDP)	200
Bestellung des Abgeordneten Lorig als Mitglied des Länderratsausschusses an Stelle des Abgeordneten Hüllerer	200
Beratung des Antrags der Abgeordneten Stöck und Genossen betr. Demontage der Renschwerte in Schwarzenbach-Wald (Beilage 89)	200
Geschäftliche Behandlung der Anträge der Abgeordneten	
1. Stöck und Genossen betr. Spruchkammerverfahren gegen entlassene Mitglieder des Lehrkörpers der Universitäten München und Erlangen (Beilage 88)	201
Überweisung an den Ausschuss für Entnazifizierungsfragen;	
2. Stöck und Genossen betr. Rentenzahlungen an Flüchtlinge (Beilage 85)	201
Überweisung an den Ausschuss für den Staatshaushalt;	
3. Schütte und Genossen betr. Zweckentfremdung von Betrieben des Hotel- und Gastwirtgewerbes (Beilage 87)	201
Überweisung an den Ausschuss für Aufgaben wirtschaftlicher Art;	
4. Weidner und Genossen betr. Vergebung von Plan- und Schulleiterstellen an Flüchtlingslehrer und -Lehrerinnen (Beilage 86)	201
Überweisung an den Ausschuss für den Staatshaushalt;	
5. Ortloph und Genossen betr. Behebung des Mangels an landwirtschaftlichen Hilfskräften (Beilage 77)	201
Überweisung an den Ausschuss für Landwirtschaft und Ernährungsfragen;	
6. Piechl und Genossen betr. Rückgängigmachung von seit 1946 vollzogenen Gemeindezusammenlegungen (Beilage 78)	201
Überweisung an den Ausschuss für Verfassungsfragen;	
7. Girschenauer und Genossen betr. Freigabe von Gerste für Brauzwecke (Beilage 79)	201
Überweisung an den Ausschuss für Landwirtschaft und Ernährungsfragen;	
8. Ortloph und Genossen betr. Wiedereröffnung der Grundbuchämter (Beilage 76)	201
Überweisung an den Ausschuss für den Staatshaushalt;	
9. Ortloph und Genossen betr. Bekämpfung des Denunziantentums (Beilage 75)	201
Überweisung an den Ausschuss für Verfassungsfragen;	

	Seite
10. Michel und Genossen betr. Verwertung eines Spruchkammerurteils als Ersatz für einen Fragebogen (Beilage 80)	201
Überweisung an den Ausschuss für Entnazifizierungsfragen;	
11. Ammann und Genossen betr. Neuregelung des Wohn- und Siedlungswezens (Beilage 82)	202
Überweisung an den Ausschuss für Aufgaben wirtschaftlicher Art.	
Ermächtigung des Präsidenten zur Festsetzung von Zeit und Tagesordnung der nächsten Sitzung	202

Die im Theater am Brunnenhof stattfindende Sitzung wird um 10 Uhr 13 Minuten durch den I. Vizepräsidenten Hagen eröffnet.

#### I. Vizepräsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Für die heutige Sitzung sind wegen Krankheit entschuldigt die Abgeordneten Brunner, Endemann, Fichtner, Dr. Hoegner, Huth, Kaiser, Dr. Kroll, Dr. Laforet, Dr. Pfeiffer, Pittroff, Scheffek und Seisfried, ferner die Abgeordneten Aretzeder, Dr. Linnert und Witzlinger. Anderweitig sind entschuldigt die Abgeordneten Egger, Thaler, Wilhelm, Wolf und Dr. Wuzlhofer.

Die Tagesordnung liegt den Abgeordneten vor. Ziffer I erhält noch eine Ergänzung, nämlich die Beratung des Antrags der Abgeordneten DeFu und Genossen:

Es wird sofort ein Entnazifizierungsausschuss beim Sonderministerium gebildet, der aus 21 Mitgliedern besteht; er tritt an Stelle des jetzt bestehenden Beirats.

Außerdem liegt noch ein Antrag Stöck und Genossen vor:

#### Der Landtag wolle beschließen:

1. Die bayerische Staatsregierung wird ersucht, die Behandlung vor der Spruchkammer der von der Militärregierung entlassenen Mitglieder des Lehrkörpers der Universitäten München und Erlangen als vordringlich anzusehen;
2. die Staatsregierung wird ersucht, an die Militärregierung für Bayern mit der Bitte heranzutreten, für die von der Spruchkammer entlasteten oder als Mitläufer erklärten Lehrkräfte eine individuelle Prüfung auf ihre Eignung zur Wiedereinsetzung mit gleicher Vordringlichkeit vorzunehmen.

Ferner ist als Ziffer V auf die Tagesordnung die Beratung des Antrags der Abgeordneten Stöck und Genossen gesetzt worden:

Die bayerische Staatsregierung wird ersucht, bei der Militärregierung einen Antrag auf Abhebung des Kalk- und Zementwerkes Solnhofen von der Reparationsliste dringlichst einzubringen, nachdem die Sprengung des Wertes bereits angeordnet sein soll.

**(I. Vizepräsident)**

Als Ziffer VI folgt endlich die Interpellation der Abgeordneten Dr. Schögl und Genossen:

Ist die bayerische Staatsregierung bereit, darüber Auskunft zu geben, welche Maßnahmen sie zur Behebung der Unsicherheit auf dem Lande bereits getroffen und in Aussicht genommen hat?

Ist die bayerische Staatsregierung bereit, über die Kriminalität in Bayern Auskunft zu geben, besonders auch darüber, wie weit Zuständige darunter fallen?

Wir treten in die Tagesordnung ein:

Ziffer I:

Beratung der Anträge

- a) Dr. Gundhammer und Fraktion und Stock und Fraktion betr. Einsetzung eines Ausschusses für Fragen des Länderrats usw.
- b) DeFu und Genossen auf Einsetzung eines Entnazifizierungsausschusses.

Zum Antrag unter Buchst. a hat der Abgeordnete Dr. Sorlacher das Wort.

Dr. Sorlacher (CSU): Meine verehrten Damen und Herren! Ich möchte Sie nicht lange aufhalten, sondern Ihnen nur einen kurzen Überblick über die Vorgeschichte geben, die zum Antrag auf Einsetzung des Ausschusses für Fragen des Länderrats und für bizonale und mehrzonale Fragen geführt hat.

Wir haben in Stuttgart in Verhandlungen der Landtagspräsidenten untereinander und dann zusammen mit den Ministerpräsidenten über die Bildung eines Parlamentarischen Rats beim Länderrat geführt. Der Länderrat hat ja seine besondere Konstruktion. Er besteht auf Grund des sogenannten Koordinierungssystems und es steht ihm auch eine gleichgeartete amerikanische Behörde gegenüber, das sogenannte Coordinating office. Eine Majorisierung im Länderrat kann nicht stattfinden. Beschlüsse und Entwürfe können nur in Vorlage kommen, wenn die Ministerpräsidenten der drei süddeutschen Länder übereinstimmen. Dazu ist in letzter Zeit noch der Staat Bremen gekommen. Nachdem in den süddeutschen Ländern die Parlamente gebildet sind und auch im Staat Bremen ordnungsgemäße Wahlen stattgefunden haben, muß der Länderrat nunmehr etwas untermauert werden, indem die Parlamente eingeschaltet werden. Zunächst habe ich in Übereinstimmung mit einem Beschluß des Ältestenrats des Bayerischen Landtags geglaubt, dafür eintreten zu müssen, daß wir entsprechend der Stärke Bayerns mehr Mitglieder im Parlamentarischen Rat erhalten als die beiden anderen süddeutschen Länder. In Beratungen mit den Ministerpräsidenten der süddeutschen Länder sind wir aber davon abgekommen und wollen auch hier das Koordinierungssystem aufrecht erhalten. Eine Majorisierung kann nicht stattfinden. An sich können im Parlamentarischen Rat auch keine Beschlüsse gefaßt werden, da er den Ministerpräsidenten und dem Länderrat zunächst nur beratend zur Verfügung steht. Wir haben uns deshalb im Ältestenrat des Landtags damit einverstanden erklärt, daß der Parlamentarische Rat der US-Zone aus je 7 Mitgliedern der drei süddeutschen Parlamente besteht. Dazu kommen noch drei Mitglieder von Bremen, damit auch der politischen Zusammensetzung Bremens Rechnung getragen wird.

Der Parlamentarische Rat hat zunächst die Aufgabe, zu Fragen von grundsätzlicher Bedeutung Stellung zu nehmen. Solche Fragen können sehr rasch an uns herantreten. Er soll sich weiter in die Gesetzgebung im amerikanischen Besatzungsgebiet einschalten. Dies soll in einem Anhang zum Länderratsstatut unter § 17 geregelt werden, wonach der Parlamentarische Rat die im Länderrat in Vorbereitung befindlichen und zu behandelnden Gesetzentwürfe zu erledigen hat. Da ausdrücklich von den in Vorbereitung befindlichen Gesetzentwürfen die Rede ist, können wir uns bei der Entstehung von Gesetzen rechtzeitig einschalten, die sich zu Länderratsgesetzen eignen und als solche anerkannt werden.

Bei den Beratungen des Ältestenrats hat es sich dann auch als zweckmäßig erwiesen, zur Erreichung einer festen Fundierung in den Parlamenten der einzelnen Länder beim Bayerischen Landtag selbst einen 21gliedrigen Ausschuß für die Fragen des Länderrats zu bilden. Wir sind gleich einen Schritt weitergegangen und haben in Aussicht genommen, daß sich dieser Ausschuß in Zukunft auch mit den bizonalen und mehrzonalen Fragen befassen soll. Die bayerische Staatsregierung, insbesondere auch der bayerische Ministerpräsident, haben dann ein Organ, das sie ständig auf dem laufenden halten kann. Dieser Angelegenheit kommt eine große Bedeutung bei, weil es sich hier um den konstruktiven Aufbau der deutschen Verhältnisse in der Zukunft handeln wird.

Die übrigen in § 17 vorgesehenen Bestimmungen, die in Stuttgart besprochen wurden, brauche ich dem hohen Hause im einzelnen nicht vorzutragen. Es sind im wesentlichen Bestimmungen geschäftsordnungsmäßiger Natur, mit denen man ohne weiteres einig gehen kann, wie z. B. Vorschriften über die Arbeitsfähigkeit des Parlamentarischen Rats. Von Bedeutung ist nur die mit den Ministerpräsidenten der Länder getroffene und im Ältestenrat gutgeheißene Vereinbarung, daß der Parlamentarische Rat zunächst bis zum 30. Juni 1947 befristet sein soll. Sollten sich nach der einen oder anderen staatsrechtlichen Seite hin irgendwelche Änderungen ergeben, so müssen wir zu diesen Fragen neuerdings Stellung nehmen.

Die Bildung des Parlamentarischen Rats in Süddeutschland ist notwendig, weil die Entwicklung allmählich dazu drängt. Während wir hier tagen, ist in Hamburg der britische Zonenrat zusammengetreten, der einen Querschnitt der politischen Meinungen durch das ganze britische Besatzungsgebiet hindurch wiedergibt.

Ich will nicht im einzelnen unsere Meinung zu diesem besonderen Gebilde zum Ausdruck bringen. Das wird eine Aufgabe sein, mit der wir uns noch beschäftigen müssen. Dem hohen Hause wird also nunmehr praktisch vorgeschlagen, diesen 21gliedrigen Ausschuß zu bilden. Der Ausschuß soll dann so rasch wie möglich zusammentreten. Ich werde als Präsident des Hauses die Konstituierung dieses Ausschusses in die Wege leiten. Seine erste Aufgabe wird es sein, die 7 Mitglieder zu bestimmen, die zum Parlamentarischen Rat nach Stuttgart abgeordnet werden sollen.

Das sind die wesentlichen Gesichtspunkte, die ich den Damen und Herren vor der Abstimmung zur Kenntnis bringen wollte.

**I. Vizepräsident:** Zum Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Dr. Gundhammer und Stöck:

Der Landtag wolle beschließen:

Zur Behandlung von Fragen des Länderrats sowie bizonaler und mehrzonaler Art wird ein aus 21 Mitgliedern bestehender Ausschuß eingesetzt.

Wer für diesen Antrag ist, wolle sich vom Platz erheben. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle die einstimmige Annahme dieses Antrags fest.

Die Herren Fraktionsvorsitzenden bitte ich, mir nunmehr gleich die Namen der Mitglieder des Ausschusses bekanntzugeben, und zwar zunächst den Herrn Fraktionsvorsitzenden der CSU.

**Dr. Gundhammer (CSU):** Die Fraktion der CSU schlägt als Mitglieder für den Ausschuß zur Behandlung von Länderratsfragen usw. folgende Mitglieder des Hauses vor: Dr. Horlacher, Dr. Gundhammer, Haußleiter, Dr. Laforet, Dr. Lacherbauer, Dr. Müller, Dr. v. Brittnitz und Gaffron, Schesbeck, Dr. Schwalber, Schwingenstein, Dr. Wuzlhofer und Dr. Zwidnagl.

**I. Vizepräsident:** Herr Abgeordneter Stöck!

**Stöck (SPD):** Die Landtagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei bringt für den Länderratsausschuß des Bayerischen Landtags in Vorschlag die Abgeordneten Stöck, Hagen Georg, von Knoeringen, Haas, Zietzsch und Hagen Lorenz.

**I. Vizepräsident:** Wen schlägt die Fraktion der WAB vor? — Herr Abgeordneter Reeb!

**Reeb (WAB):** Die Fraktion der WAB schlägt für den Ausschuß die Abgeordneten Voritz und Meißner vor.

**I. Vizepräsident:** Herr Abgeordneter Bezold!

**Bezold Otto (FDP):** Die Fraktion der FDP bringt den Abgeordneten Dr. Dehler in Vorschlag.

**I. Vizepräsident:** Das Haus hat die Vorschläge gehört. — Widerspruch erhebt sich nicht; es ist so beschlossen.

Nach dem Vorschlag, den der Herr Präsident vorhin gemacht hat, ist auch noch über die bayerische Abordnung zum Parlamentarischen Rat beim Länderrat zu beschließen.

Wer für die Einsetzung dieses Gremiums ist, wolle sich vom Platz erheben. — Ich danke und bitte um die Gegenprobe. — Es ist so beschlossen.

Die Abordnung zum Parlamentarischen Rat beim Länderrat soll aus sieben Mitgliedern bestehen. Nach der Anregung des Herrn Dr. Horlacher wird es die erste Aufgabe des Länderratsausschusses sein, diese Mitglieder zu wählen. Ihre Namen werden dem Hause noch mitgeteilt werden.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag Dehu und Genossen:

Es wird sofort ein Entnazifizierungsausschuß beim Sonderministerium gebildet, der aus 21 Mitgliedern besteht; er tritt an die Stelle des jetzt bestehenden Beirats.

Wer für diesen Antrag ist, wolle sich vom Platz erheben. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle die einstimmige Annahme dieses Antrags fest.

Darf ich nun auch hier gleich die Herrn Fraktionsvorsitzenden bitten, mir die Mitglieder des Entnazifizierungsausschusses zu benennen.

Herr Abgeordneter Dr. Gundhammer!

**Dr. Gundhammer (CSU):** Die Fraktion der CSU bringt folgende Abgeordnete in Vorschlag: Kurz, Wein, Dehu, Prechtel, Haußleiter, Nirschl, Schraml, Hauck, Emmert, Müffel, Vidal, Donsberger.

**I. Vizepräsident:** Herr Abgeordneter Stöck!

**Stöck (SPD):** Die Landtagsfraktion der SPD schlägt für den Entnazifizierungsausschuß folgende Abgeordnete vor: Dr. Hille, Zietzsch, Fischer, Laumer, Schütte, Riedmiller.

**I. Vizepräsident:** Herr Abgeordneter Reeb!

**Reeb (WAB):** Die Fraktion der WAB schlägt die Abgeordneten Roske und Lugmair vor.

**I. Vizepräsident:** Herr Abgeordneter Bezold!

**Bezold Otto (FDP):** Die Fraktion der FDP schlägt den Abgeordneten Bezold vor.

**I. Vizepräsident:** Das Haus hat diese Vorschläge zur Kenntnis genommen und stimmt ihnen zu; ich stelle das fest.

Wir kommen zu Ziffer II der Tagesordnung:

**Mündlicher Bericht des Ausschusses für Aufgaben wirtschaftlicher Art zum Antrag der Abgeordneten Stöck und Genossen betreffend Überführung des bayerischen Bergbaues und der Hüttenbetriebe in den Besitz des bayerischen Staates.**

Berichterstatter ist der Abgeordnete Riene. Ich erteile ihm das Wort.

**Riene (SPD) [Berichterstatter]:** Meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Aufgaben wirtschaftlicher Art hat sich in seiner Sitzung vom Mittwoch vergangener Woche mit dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei auf Verstaatlichung des bayerischen Bergbaues beschäftigt. Der Antrag liegt Ihnen in Beilage 18 vor. Er stützt sich auf Art. 160 der bayerischen Verfassung, auf das 30-Punkteprogramm der CSU und das Aktionsprogramm der SPD. Als wichtigster Grund für die Änderung des Besitzstandes innerhalb des Bergbaues und der Hüttenbetriebe wird der ungeheure Rohlenmangel angeführt, der zum Raubbau an unseren bayerischen Wäldern führt. Der normale Bedarf beträgt jährlich 12 Millionen Tonnen Kohle. Bayern fördert gegenwärtig trotz der Steigerung um 10 Prozent auf 110 Prozent der normalen bayerischen Förderung 3 Millionen Tonnen, so daß noch ein Fehlbetrag von 9 Millionen Tonnen Kohle vorhanden ist. Dieser wird ersetzt durch den Holzeinschlag in den bayerischen Wäldern, der einen Umfang von 14 Millionen Festmetern pro Jahr angenommen hat, so daß die Forstfachleute sagen, daß in acht Jahren in unseren bayerischen Wäldern keine Stämme über 40 Jahre mehr vorhanden sein werden. Es ist außerdem mit einem gesteigerten Bedarf zu rechnen, der durch den Zustrom an Menschen, durch Ausfall von Strom, durch Aufgaben des Wieder-

**(Riene [SPD])**

aufbaus und durch Hunger und Kälte verursacht ist. Insbesondere die Kälte möchte einen an Goethe erinnern, der die rührende Figur der Mignon sagen läßt: „Nimm mich nach dem Süden. Mich friert hier.“ Unsere Frauen und Kinder frieren auch. Sie möchten auch nach dem Süden, müssen jedoch hier bleiben. Wir aber müssen sie mit Heizmaterial versorgen.

Als zweiter Grund dafür, daß die Kohlen und der Holzschlag in den Wäldern zur Beseitigung des Mangels nicht ausreichen, werden die gegenwärtigen Besitzverhältnisse im bayerischen Bergbau und in der Hüttenindustrie angeführt, die geändert werden müssen. Die Einsetzung von Treuhändern in den ehemaligen Betrieben des Öhring-Konzerns, des Flic-Konzerns, der Hibernia und anderer Betriebe ist keine Lösung, die auf die Dauer tragbar ist.

Sodann wird drittens angeführt, daß in Bergarbeiterkreisen infolge der ungünstigen Ernährung, des fehlenden Wohnraums, unzulänglicher Löhne und der Unmöglichkeit, den erhaltenen Lohn in Waren umzusetzen, eine gewisse Beunruhigung herrscht. Die Bergarbeiterschaft hat von sich aus seit mehr als einem Jahr die Überführung der Bergwerke in staatlichen Besitz und die Erschließung neuer Braunkohlenfelder bei Amberg und Aschaffenburg beantragt. Der vergangene Wirtschaftsminister hat aber leider in seinem Bestreben, sehr viel gehen zu lassen, wie es geht, diese Frage nicht behandelt, und so kommt es, daß der Braunkohlenbergbau nicht in Angriff genommen wurde, obwohl dies möglich war. Darum ist dieser Antrag neuerdings gestellt worden. Wir fordern mit Nachdruck, daß neue Braunkohlenvorkommen erschlossen werden.

Der Mitberichterstatter, unser Abgeordneter Stinglwagner, erklärte, der vorliegende Antrag sei nicht völlig geeignet zur Behandlung im Parlament. Er stütze sich insbesondere darauf, die ungewissen Besitzverhältnisse der unter Treuhand stehenden Betriebe könnten nicht einfach dadurch gelöst werden, daß wir nun erklären, wir wollen diese Betriebe verstaatlichen. Dazu sei die Materie zu schwierig. Es müßte außerdem vor der Übernahme der Bergwerke auf den Staat die Entschädigung festgesetzt und in den Etat eingebaut werden. Dazu sei es notwendig, den ganzen Stoff vorher einer genauen Prüfung zu unterziehen. Im Zusammenhang mit den Beratungen stellte Abgeordneter Prüßchenk den Antrag, zunächst die Besitzverhältnisse einer genauen Prüfung zu unterziehen.

Der Wirtschaftsminister Dr. Born führte aus, der Ministerrat habe zur Frage der Überführung der Bergwerke in Staatseigentum noch nicht Stellung genommen; so sei er nicht in der Lage, zu dieser Frage eine Stellungnahme des Kabinetts mitzuteilen. Die Frage der Verstaatlichung der Bergwerke bedarf einer genauen Vorbereitung. Eine Unsumme von Problemen hängt damit zusammen, so die Fragen des Wertes der Bergwerke, der Verschuldung, der Property Control, um nur die hauptsächlichsten zu nennen. Diese Fragen müssen genau und gewissenhaft vorbereitet, dürfen aber nicht auf die lange Bank geschoben, sondern sollten im Gegenteil mit Beschleunigung in Angriff genommen werden. Er habe bereits einen anerkannten Fachmann mit der Prüfung dieser Frage beauftragt. Wenn das Ergebnis dieser Prüfung und die Stellungnahme der Staatsregierung vorliegt, dann ist die Angelegen-

heit verhandlungsreif. Die bisher nicht erschlossenen Kohlenfelder sind im Hinblick auf die ungeheure Kohlennot unabhängig von der Rentabilität unter allen Umständen und möglichst beschleunigt zu erschließen. Auch diese Frage bedarf natürlich einer genauen Vorbereitung. Dies werde der erste Punkt sein, mit dem sich der erwähnte Fachmann zu befassen habe.

Ministerialrat Dr. Deckert vom Wirtschaftsministerium erinnerte daran, daß bereits im Herbst 1945 Verhandlungen mit der Portland-Zementfabrik Heidelberg wegen Ankaufs des Werkes Marienstein geführt wurden. Diese Verhandlungen sind infolge des Rücktritts der Regierung Schäffer nicht weiter verfolgt worden. Bei dem ganzen Fragenkomplex handelt es sich nicht nur um die Kohlen und den Zement, sondern um das Kraftwerk und das Kalkwerk, das mit dem Werk in Verbindung steht. Es müsse das ganze Werk übernommen werden. Der Kohlenbergbau dort sei zur Zeit ein Verlustgeschäft, das nur durch den Ausbau der Zement- und Kalkwerke einigermaßen ausgeglichen werden kann. Aus diesem Grund sollte das Wirtschaftsministerium beauftragt werden, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die tatsächliche gegenwärtige betriebswirtschaftliche Lage — bereits erfolgter Abbau, noch vorhandene Flöße, Stärke der Flöße usw. — darzustellen.

Was die Maxhütte betrifft, so dürfte das Aktienpaket bei Flic liegen. Dieser gelte als schwer belastet und werde von der Maxhütte wohl kaum etwas zurückbekommen. Der bayerische Staat werde vermutlich das Aktienpaket sehr billig, vielleicht kostenlos in die Hand bekommen. Bei der Hibernia dagegen sei nicht zu erwarten, daß der Staat das Aktienpaket zu geringem Preis erwerben könne.

Der Redner warf dann die Frage auf, ob es denn überhaupt unbedingt erforderlich sei, den ganzen Betrieb zu übernehmen, ob man nicht durch Schaffung von Stimmrechtsaktien mit Mehrstimmrecht 51 Prozent der Stimmrechte in die Hand des Staates bekommen könne, wodurch der maßgebende Einfluß der Staatsregierung gesichert sei.

Bezüglich der Frage des Staatskommissariats vertrat der Redner die Meinung, das Wirtschaftsministerium würde eine Ermächtigung begrüßen, für Unternehmungen, die gegebenenfalls durch den Art. 160 der bayerischen Verfassung berührt werden, einen Staatskommissar einzusetzen. Diese Frage sei auch für die Elektrizitätsversorgung von Bedeutung, weil außerbayerische Gesellschaften hier eine große Rolle spielen.

Ministerialrat Dr. Deckert teilte weiter mit, das Berggesetz werde wesentlich erweitert werden, so daß sich der bayerische Staat auch da maßgebend einschalten kann. So werde vermieden, daß Gruben ohne Genehmigung des bayerischen Staates stillgelegt werden, obwohl noch so und so viel Braunkohle gefördert werden könnte. Einen Bericht über die bereits vergebenen Mutungen könne er augenblicklich nicht vorlegen; er sei aber bereit, diesen zu erstellen und anzugeben, um wieviele Millionen Tonnen Kohle es sich handelt, die noch zu erschließen seien.

Abgeordneter Piehler erinnerte daran, daß bei Braunkohle vor allen Dingen an die noch unerschlossenen Felder zu denken sei. Wackersdorf habe vermutlich noch 20 Millionen Tonnen Braunkohle; doch könne diese Menge nicht restlos dem zivilen Bedarf

**(Aiene [SPD])**

dienen, weil auch die Existenz des Großkraftwerks Dachelhofen davon abhängt. Buchtal habe ebenfalls teilweise nicht abgebaute Braunkohlfelder; die Maxhütte umgefähr 9 Millionen Tonnen; übrigens die beste Braunkohle, die wir in Bayern haben. Dettingen, das überhaupt noch nicht in Angriff genommen sei, werde auf 12 Millionen Tonnen geschätzt.

Im Lauf der Verhandlungen, die unter der bewährten Leitung des Vorsitzenden Dr. Schlägl standen, versuchte man vor allen Dingen, die auseinandergehenden Meinungen auf einen Nenner zu bringen. Man war sehr bald ziemlich gleicher Meinung über die Notwendigkeit, die Besitzverhältnisse der Betriebe genau zu prüfen. Ein Antrag Stiller erweiterte den Antrag Prüschent noch dahin, daß über die Förderung, über die Verschuldung, über das Kapital und über die Belegschaft genaue Zahlen angegeben werden sollen. Man war sich darüber einig, daß die Braunkohle vor allem zur Brennstoffsicherung des bayerischen Volktes raschestens in Angriff genommen werden müßten. Man war sich auch darüber einig, daß der Besitz, der bisher in bayerischer Hand war oder ist, raschestens in bayerischen Staatsbesitz überführt werden kann. Auch Besitz, der zur Preussag gehöre, könnte und sollte baldmöglichst in bayerischen Besitz übernommen werden. Man war sich auch darüber klar, daß ein Staatskommissar die Behandlung der ganzen Materie in Angriff nehmen müßte, damit eine konsequente treibende Kraft hinter der ganzen Frage stehe. Differenzen bestanden hauptsächlich über die sofortige Überführung der unter Vermögenskontrolle stehenden Betriebe. Es haben sich aber bei diesen Betrieben außerordentliche Mißstände herausentwickelt, es liegen darüber auch verschiedene Anzeigen vor. Es wurde auch betont, wie notwendig eine Staatshilfe sei. Nachdem aber die Bergwerke nach Ansicht des Mitberichterstatters in den Händen der Amerikaner sind, während die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion erklärten, daß die Betriebe unter Treuhand stehen, könnten diese Betriebe gewissermaßen durch pachtweise Überlassung in absehbarer Zeit auch unter staatlichen Einfluß kommen.

Es kam schließlich zu einer Lösung, die Ihnen im Druck vorliegt und die ich Ihnen hiermit bekanntgeben möchte. Dieser Beschluß wurde nahezu einstimmig gefaßt. Gegen Buchst. a und b stimmten zwei sozialdemokratische Abgeordnete; im übrigen ist der Beschluß eine Gemeinschaftsarbeit sämtlicher beteiligten Fraktionen. Er lautet:

Die bayerische Staatsregierung wird ersucht:

- a) unverzüglich die Besitzverhältnisse der bayerischen Berg- und Hüttenbetriebe und der Zementfabrik Marienstein in Marienstein, der Keramischen Fabrik der Firma Buchtal AG in Schwarzenfeld und der Fabrikanlagen der Vereinigten Flußspatwerke in Stulln und des Annamerks in Sslau zwecks Überführung in den Besitz des bayerischen Staates zu klären. Innerhalb von drei Wochen hat die bayerische Staatsregierung einen Gesetzentwurf darüber vorzulegen.

(Zuruf: Wieder drei Wochen länger.)

— Ja, ohne eine gewisse Zeit geht es nicht. Der Termin ist ohnehin äußerst kurz bemessen. Ich nehme an, es ist auch nicht unbedingt notwendig, daß die sämtlichen Daten vorhanden sind; sie ändern sich ja auch beständig.

- b) Die Brennstoffversorgung ist durch sofortige Erschließung geeigneter Vorkommen fühlbar zu entlasten und die hierfür in Frage kommenden unerschlossenen Felder sind in den Besitz des Staates zu überführen.

- c) Das Wirtschaftsministerium wird ermächtigt, auf Vorschlag des Ministerrats für alle Unternehmungen, die unter den Art. 160 der bayerischen Verfassung fallen, einen Staatskommissar einzusetzen, dem ein siebenköpfiger parlamentarischer Ausschuß beigegeben wird.

Der Ausschuß hat die Mitglieder dieses siebenköpfigen Unterausschusses bereits bestimmt.

- e) Der Übergang der unter Art. 160 der bayerischen Verfassung fallenden Unternehmungen oder wesentlicher Teile hiervon ist mit sofortiger Wirkung an die Zustimmung des Staatskommissars gebunden. Als wesentliche Teile gelten Teile des Anlagevermögens von 10 v. H.

Das soll die Wirkung haben, daß die Vermögensverschiebungen, die gewisse Konjunkturritter auch in der Gegenwart vorzunehmen verstanden haben, unterbunden werden.

- d) Unter den Bergbau fallen die unter der Aufsicht der Bergbehörde stehenden Betriebe von Bedeutung in Bayern. Diese Betriebe werden vom bayerischen Staatsminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Oberbergamt bezeichnet.

Man hat damit die Forderung des Antragstellers, die Betriebe genau mit Namen zu bezeichnen, vorläufig auf die Weise gelöst, daß der Staatsminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Oberbergamt die Betriebe bezeichnet.

- e) Bei Kapitalgesellschaften hält der Landtag die Voraussetzungen für eine Kontrolle dann für gegeben, wenn die öffentliche Hand in Bayern mindestens über 51 v. H. der Stimmrechte vertritt.

Diesen Passus hat Ministerialdirektor Dr. Deckert dahin erläutert, daß die Möglichkeit besteht, durch Schaffung von Mehrheitsstimmrechten den Einfluß auf diese Unternehmungen zu gewinnen.

Für den besonderen Ausschuß beim Wirtschaftsministerium, der dem Staatskommissar für die Verstaatlichung der Bergbau- und Hüttenbetriebe beigegeben wird, wurden vorgeschlagen von der CSU die Abgeordneten Emmert, Prüschent, Stinglwagner, von der SPD Drechsel und Piehler, von der WLB Fröhlich, von der FDP Stiller.

In Anbetracht des gewaltigen Notstandes in der Versorgung des Landes mit Kohle ist tatsächlich keine Zeit mehr zu verlieren, nachdem gewissermaßen ein Jahr versäumt worden ist. Ich glaube, es ist nicht notwendig, die Dringlichkeit zur Abwendung der großen Not noch stärker zu betonen, als es bisher geschehen ist. Als Berichterstatter bitte ich Sie, dem Ausschußbeschlusse beizutreten.

**I. Vizepräsident:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter und eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Piehler.

**Piehler (SPD):** Meine Damen und Herren! Vor nicht ganz einem Jahr hat im Vorparlament der damalige Leiter des Landwirtschaftsamtes Dr. von Kaufmann einen Bericht über die Kohlennot und die Not an Baustoffen erstattet. Ich habe mich damals zum Wort gemeldet und unter anderem folgendes gesagt:

Wir haben vor 14 Tagen mit dem Wirtschaftsminister eine Grubenbesichtigung nach der Oberpfalz gemacht und dort oben festgestellt, daß die Kohlenförderung im Braunkohlenbergbau von 4000 Tonnen auf 10 000 Tonnen täglich erhöht werden könnte. Ich hätte gedacht, daß nun auf Grund dieser Befahrung auch etwas unternommen würde. Ich war enttäuscht, als ich vom Landeswirtschaftsamt, Landesstelle Kohle, ein Gutachten erhalten habe, in dem es heißt: „Die Landesstelle Kohle lehnt es ab, für irgendwelche Subventionen zu Gunsten größerer Investitionen einzutreten“. Sie begründet dies damit, daß die Zeitdauer des augenblicklichen Notstandes ungewiß ist und daß bei Beendigung der Notzeit die Braunkohle in Bayern nicht mehr konkurrenzfähig ist.

Ich habe weiter darauf hingewiesen, daß der Winter 1945/46 außerordentlich mild war, und habe gesagt, niemand kann uns garantieren, ob der Winter 1946/47 genau so mild sein wird. Der Beweis dafür, daß er es nicht war, ist angetreten worden. Ich habe weiter gesagt, ich würde der bayerischen Staatsregierung empfehlen, möglichst schnell an die Förderung der Braunkohle heranzugehen, und erklärte abschließend:

Jeder Tag ist kostbar. Man darf sich nicht vom Gewinnstandpunkt leiten lassen. Nicht der Gedanke darf maßgebend sein, daß der bayerische Staat vielleicht einige Millionen Mark zuzuschießen muß. Wir müssen uns darüber klar sein, daß der bayerische Wald mehr Holzaktionen nicht mehr aushält. Wenn außerdem die bayerische Forstverwaltung feststellt, daß sie auf jeden Kubikmeter Holz, der im vorigen Jahre für das Brennholz geschlagen wurde, 5 bis 10 M zuzuschießen muß, dann schieße ich lieber das Geld zu, um die Braunkohle auszubeuten. Dann muß nicht der Wald, das kostbarste Gut, das wir haben, verwüstet werden, und die Rohstoffe, die in Bayern vorhanden sind, liegen dann nicht brach.

Meine Damen und Herren, das war vor einem Jahr. Was ist unterdessen geschehen? Nichts! Im Gegenteil, die Betriebe, die noch im Gange sind, sind noch mehr heruntergewirtschaftet worden. Ich muß mich vielleicht verbessern: Geschehen ist schon etwas, aber volkswirtschaftlicher Unsinn. Ich will Sie nicht lange aufhalten, aber einige Beispiele muß ich doch anführen.

Wir haben im Oktober vorigen Jahres eine Betriebsrätekonferenz einberufen, um die Bergarbeiter dazu zu bewegen, daß sie Sonntag s i c h i c h t e n verlassen. Als ich Bericht erstattet und ersucht habe, sie möchten die Sonntagschichten verlassen, ist der Betriebsratsvorsitzende des Steinkohlenbergwerks Stockheim aufgestanden und hat gesagt: „Bei uns liegen mindestens 1000 Tonnen Kohle auf Lager, die seit über 14 Tagen infolge Selbstentzündung brennen; wir haben alles versucht, daß die Kohle abgefahren wird, aber es ist uns nicht gelungen, die Kohle liegt am Schacht;

(hört, hört!)

der Schacht steht in Gefahr, mit zu verbrennen.

(Wimmer: Skandal!)

Was dann die Landesstelle Kohle in Wochen nicht fertiggebracht hat, haben wir in vier Tagen erreicht. Die Kohle ist dann von den Amerikanern abgefahren worden.“

In Duchtal bei Schwarzenfeld ist ein Braunkohlentagebau. Da muß bekanntlich der *Abraum* weggeschafft werden; erst dann kann man an die Kohle herankommen. Es ist selbstverständlich, daß der Abraum laufend weggeschafft werden muß, damit auch laufend die Kohle gefördert werden kann. In Duchtal hat man aber, anscheinend wegen Mangels an Geld, den Abraum nicht weiter vorgetrieben. Man ist jetzt so weit, daß die Kohle am Abraum ansteht, so daß drei bis vier Monate vergehen, bis der Abraum wieder soweit vorwärtsgetrieben ist, daß man wieder Kohle fördern kann. Unterdessen entsteht ein Verlust von mindestens 30 000 Tonnen Kohle, jetzt, mitten im Winter!

(Hört, hört! — Zurufe: Systematische Sabotage!

— Es lebe die Überbürokratie!)

Dann noch eine weitere Sache: Wir haben in Bayern nur eine einzige Brikettfabrik. Man sollte meinen, wegen der großen Not in der Hausbrandversorgung würde alles darangesetzt, um die Brikettfabrik möglichst stark auszunutzen. Die Brikettfabrik liegt jetzt still, weil die Kohle, die Wackersdorf fördert, für das Kraftwerk Dachelhofen gebraucht wird. Vom Standpunkt des Werks aus kann ich es verstehen, daß das Werk nicht andere Kohle herbeischaffen kann, weil die mehr Geld kostet. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen hätte die Brikettfabrik unter allen Umständen und sogar noch vermehrt eingesetzt werden müssen, um die Hausbrandversorgung einigermaßen zu gewährleisten. Hier in München ist Rohbraunkohle verteilt worden, vollständig naß und noch dazu lauter kleines Zeug; es hat nie verbrannt werden können. Droben hätte man Briketts daraus anfertigen können. Sie können hinkommen, wohin Sie wollen: überall das Gleiche!

Beim *Torf* war es ebenso. Tausende Zentner Torf sind zerfallen, weil sie nicht sachgemäß gelagert waren. Sie können höchstens noch als Streutorf verwendet werden. Und die Bevölkerung in München friert. Für Prestorf, Maschinentorf, ist zuerst ein Preis von 2.20 M festgesetzt worden, weil er anders nicht hat erzeugt werden können. Der Preis ist ganz plötzlich von 2.20 M auf 1.10 M heruntergesetzt worden. Die Folge war, daß die Erzeugung von Maschinentorf sofort eingestellt wurde.

Das Kapitel *Brennholz* gehört ja nicht direkt zur Sache; aber es ist doch interessant, daß der Landesforstmeister in der Wirtschaftsausschussitzung erklärt hat: Wir vom bayerischen Staat müssen den *Ster Holz* für 7 bis 9 M liefern; in den 7 bis 9 M sind die Löhne mit enthalten, so daß der bayerische Staat für den *Ster Holz* vielleicht noch 2 bis 3 M bekommt. Von diesem Erlös kann nicht einmal mehr die Aufforstung vorgenommen werden, so daß der bayerische Staat 5 bis 10 M auf den Kubikmeter Holz draufzahlt. Das gleiche Holz, für das der bayerische Staat 7 bis 9 M erhält, wird in München um 32 M für den *Ster* verkauft.

(Hört, hört! — Zurufe: Das stimmt nicht, Herr Piehler, der Fuhrlohn ist das teuerste, die Transportkosten.)

**(Biehler [SPD])**

Die Bauern klagen genau so, daß sie für ihr Holz nichts erhalten und trotzdem in der Stadt der Ster für 32 *M* verkauft wird.

Das waren nur einige Beispiele. Was ist nun zu machen? Soll man die Geschichte so weiterlaufen lassen, oder hat der Landtag nicht doch die Pflicht, hier einzugreifen? Es muß und es kann etwas getan werden.

Ich möchte zuerst auf den Einwurf eingehen, den die Landesstelle Kohle vor einem Jahr vorgebracht hat: daß es sich nur um einen vorübergehenden *N o t f a n d* handle, der nach einiger Zeit beseitigt sein werde, und daß dann der bayerische Braunkohlenbergbau nicht mehr konkurrenzfähig sei. Dazu ist zu sagen: Die meisten Leute und anscheinend auch ein Teil der Abgeordneten verwechseln die Zeit nach 1945 immer wieder mit der Zeit nach 1918. Zwei Jahre nach Beendigung des vorigen Krieges hat es fast keine Lebensmittelmärkte mehr gegeben, hat man schon alles kaufen können. Wir haben nach dem letzten Weltkrieg nicht so ungeheure Massen von Holz schlagen müssen, und trotzdem hat die Kohlennot damals fünf Jahre gedauert. Jetzt sind zwei Jahre um. Von einer Besserung ist noch nichts zu verspüren; im Gegenteil, es wird von Tag zu Tag noch schlechter und es ist damit zu rechnen, daß die Verhältnisse bis zum nächsten Winter noch schlimmer werden.

Dazu kommt aber noch eines, was immer wieder vergessen wird: Fast der gesamte bayerische Bedarf an Hausbrandkohle ist aus Oberschlesien gekommen. Ob wir für die Zukunft aus Oberschlesien noch Kohle erhalten, ist eine Frage für sich. Ob Oberschlesien bei Deutschland bleibt, weiß ich nicht — wir hoffen, daß es bei Deutschland bleibt —, aber Kohle werden wir von dort keine bekommen. Ein großer Teil der Industriekohle der Oberpfalz ist aus Böhmen gekommen. Ob wir Devisen aufbringen können, um die böhmische Braunkohle weiterhin in dem Ausmaß einzuführen, ist eine Frage für sich. Von der gesamten Steinkohle, die nach Bayern gekommen ist, waren nur 25 Prozent von der Ruhr, die übrige Steinkohle kam aus Oberschlesien und dem Saargebiet. Von der gesamten Braunkohle sind nur 12 Prozent aus der jetzigen englischen Zone gekommen. Die übrige Braunkohle kam ebenfalls aus dem Osten und aus Böhmen. Selbst wenn die Ruhr in der Lage wäre, das gleiche Quantum Kohle weiter zu liefern wie vor dem Kriege, dann könnte damit nicht einmal die bayerische Industrie versorgt werden, geschweige denn, daß Kohle davon für den Hausbrand abgezweigt werden könnte. Die *R u h r* wird aber für die nächsten Jahre nicht in der Lage sein, das zu liefern, was sie früher geliefert hat. Selbst wenn die Förderung an der Ruhr noch steigt, wird sie frachtmäßig nicht zu bewältigen sein; denn wir hätten ja jetzt schon mehr Kohle erhalten, wenn es möglich gewesen wäre, sie nach Bayern zu verfrachten. Aus all den Umständen heraus ist sich jeder Sachkenner darüber klar, daß die jetzige Kohlennot mindestens zehn Jahre, wenn nicht vielleicht noch länger andauern wird.

Wir müssen uns deshalb in Bayern überlegen: Können wir die Kohlennot einigermaßen steuern oder können wir es nicht oder, vielleicht noch richtiger gesagt, wollen wir es nicht? Ich meine, daß es gemacht werden muß. Darum muß ich auch auf die Lage der Werke eingehen. Wie sieht es da gegenwärtig aus?

Um einmal bei der Steinkohle anzufangen: Eines der größten Werke, die Oberbayerische Aktiengesellschaft

für Kohlenbergbau mit den Gruben Benzberg und Hausham hat der *Hibernia* gehört. Die *Hibernia* war Eigentum des preußischen Staates. Wer jetzt der Besitzer ist, kann ich nicht feststellen; denn ich weiß nicht, ob es überhaupt noch einen preußischen Staat gibt. Die Oberbayerische Aktiengesellschaft muß jetzt schon, um nur die laufenden Ausgaben decken zu können, einen Staatskredit in Anspruch nehmen, der meines Wissens bereits 6 Millionen Mark beträgt. Wenn es noch ein paar Monate weitergeht, wird der Kredit, den der bayerische Staat geben muß, höher sein als das Aktienkapital, das 7 Millionen Mark beträgt. Man sagt immer: es muß eine Kohlenpreiserhöhung kommen. Das ist selbstverständlich. Auch wenn der bayerische Staat die Werke übernimmt, muß der *K o h l e n p r e i s* den veränderten Verhältnissen angepaßt werden. Aber selbst wenn der Kohlenpreis in dem Ausmaß erhöht wird, wie die Werke sich das denken, dann können immer nur die laufenden Ausgaben damit gedeckt werden; ja ich befürchte sogar, daß nicht einmal das möglich ist. Wie dann die Staatskredite zurückgezahlt werden sollen, wie dann vor allem Geld für den Ausbau der Werke aufgebracht werden soll, kann ich mir nicht vorstellen. Denn im Tiefbau ist es anders als in einer Fabrik. Da kann man nicht auf vier oder sechs Wochen oder ein halbes Jahr hinaus planen, sondern auf fünf, zehn Jahre hinaus. Es muß vorgearbeitet werden, damit nicht das Werk eines schönen Tages ansteht. Benzberg braucht einen neuen Schacht, der 4 bis 5 Millionen Mark kostet. Der Bau des Schachtes wird vier bis fünf Jahre in Anspruch nehmen. Wenn das nicht bald gemacht wird, ist zu befürchten, daß die Oberbayerischen Werke ebenfalls noch flöten gehen. Dann fällt nicht nur die Kohle aus, die dort gefördert wird, sondern die beiden Orte Benzberg und Hausham sind dann ebenfalls mit erledigt. Was mit der Arbeiterschaft werden soll, kann mir wahrscheinlich niemand sagen. Wir haben deshalb das allergrößte Interesse daran, daß die Werke lebensfähig erhalten werden.

Meine Damen und Herren! Stellen Sie sich einmal vor: Benzberg und Hausham gehören Preußen. Wir, der bayerische Staat, sollen jetzt die Werke durch Zuschüsse aufrechterhalten. Wir sollen vielleicht noch einen neuen Schacht bauen und dafür sorgen, daß die nötigen Vorrichtungsarbeiten, die durch den Raubbau der Kriegsjahre unterblieben sind, vorwärtsgetrieben werden. Und dann sollen wir vielleicht sagen: Bittschön, Staat Preußen, jetzt haben wir deine Werke wieder schön hergerichtet, jetzt kannst du sie wieder haben, auf das Geld, das wir hineingesteckt haben, verzichten wir!

Bei den anderen Werken ist es genau so. Marienstein war vor kurzem schon so weit, daß die Böhne nicht mehr ausgezahlt werden konnten. Dort hat man versucht, so ein Ding zu drehen, das fast nach Schiebung aussah. Aber wir werden schon dahinter bleiben, daß es nicht so kommt, daß aus *K r i e g s g e w i n n l e r n* *Z u s a m m e n b r u c h g e w i n n l e r n* werden. Dagegen wird sich die Arbeiterschaft ganz bestimmt entschieden verwahren.

Wenn die Sache einigermaßen vernünftig angepaßt wird, wenn die Werke wirtschaftlich wieder auf die Höhe kommen, ist auch aus dem oberbayerischen Steinkohlenbergbau noch mehr herauszuholen, allerdings nicht so viel, daß damit die Kohlennot in Bayern behoben ist.

(Niehler [SPD])

Anders ist es im Braunkohlenbergbau. Da haben wir noch ganz gewaltige Lager an Braunkohle. Wir wissen, daß die bayerische Braunkohle leider nicht so ist, wie sie sein soll; aber man muß sich eben in der Notzeit damit abfinden. Aus der bayerischen Braunkohle ist allerhand zu machen. Wenn sie gestiebt wird, können die Stücke, sofern sie einigermaßen ausgetrocknet sind, auch für den Hausbrand verwendet werden. Die Abfallkohle kann zu Briquets gepreßt werden. Es sind — das ist auch im Wirtschaftsausschuß festgestellt worden — zwanzig Briquettpressen vorhanden, die Bayern zur Verfügung gestellt werden könnten. Niemand hat sich bis jetzt darum angenommen, niemand nimmt sich darum an, die Braunkohlenfelder aufzuschließen. Ich habe bereits im vorigen Jahre im Vorparlament erklärt, daß bei Dettingen in der Nähe von Wschaffenburg ein Braunkohlenfeld mit 12 Millionen Tonnen Braunkohle vorhanden ist, das vollständig brach liegt. Niemand ist bis jetzt da herangegangen. In einer der Ausschusssitzungen habe ich gesagt: Man zerbricht sich jetzt den Kopf, was man mit denjenigen anfangt, die durch die Entnazifizierungsausschüsse zu Arbeitslager verurteilt werden. Man weiß nicht, was man tun soll. Sie sollen der Industrie keine Konkurrenz machen. Man könnte doch leicht nach Dettingen ein Lager hinstellen und die Leute dort verwenden, damit sie auch wirklich einmal etwas Nützliches für Bayern tun würden.

(Sehr richtig! — Zurufe.)

Aber es wird nichts getan.

Dann vielleicht noch ein Beispiel für die sogenannte Privatwirtschaft, die ja auch im Ausschuß eine so große Rolle gespielt hat. Wackersdorf, das größte Braunkohlenwerk, gehört über die Bayernwerke schon dem bayerischen Staat. Wackersdorf muß ein neues Braunkohlenfeld aufschließen, weil das Werk gezwungen worden ist, mehr Kohle für den zivilen Bedarf zu liefern. Es müssen dort ungefähr 5 bis 7 Millionen Kubikmeter Abraum weggeschafft werden. Wackersdorf hätte den Abraum selbst wegchaffen können, wenn es die nötigen Bagger und Feldbahngeräte erhalten hätte. Wir haben voriges Jahr nachgewiesen, wo Bagger stehen. Wir haben nachgewiesen, daß die Bagger verrostet und die einzelnen Teile gestohlen werden. Wir haben nachgewiesen, wo Feldbahngeräte stehen. Es war nichts zu machen, sie waren nicht zu erhalten, weil die Besitzer versuchen, diese Geräte über die Währungsumstellung hinwegzuretten. Wackersdorf hätte, wenn es den Abraum selbst hätte vornehmen können, den Kubikmeter für 65  $\text{M}$  abräumen können. Man hat sich dann an Baufirmen wenden müssen, die Bagger und Feldbahngeräte haben. Da sind Angebote eingegangen, in denen bis zu 4  $\text{M}$  pro Kubikmeter verlangt wurden. Meine Herren, rechnen sie nach: 5 Millionen mal 65  $\text{M}$  und 5 Millionen mal 4  $\text{M}$ !

(Hört, hört!)

Die Baufirmen sind der Meinung, daß sie die Kriegsgewinne, die sie am Westwall und Atlantikwall gemacht haben, jetzt nach dem Zusammenbruch weiter machen können.

Dazu noch eins: Wackersdorf muß an die Bayernwerke, an das Großkraftwerk Dachelhofen die Tonne Braunkohle für 2,40  $\text{M}$  liefern, die Privatwerke brauchen bis zu 35  $\text{M}$  pro Tonne. Wackersdorf, das Staatswerk, hat für die Tonne Kohle, die es für den privaten

Sektor geliefert hat, 13  $\text{M}$  erhalten. 5  $\text{M}$  davon hat es aber in eine Ausgleichskasse zahlen müssen, um die anderen Werke damit zu erhalten. Der bayerische Staat muß also die anderen Werke jetzt schon mit unterhalten. Jetzt ist die Ausgleichskasse flöten gegangen, weil Wackersdorf seine ganze Kohle für Dachelhofen liefern muß. Jetzt müssen die Privatwerke Staatskredite in Anspruch nehmen. Ich bedauere außerordentlich, daß der Wirtschaftsausschuß den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt hat. Es war bestimmt kein Antrag, der aus irgendwelchen egoistischen Gründen heraus gestellt worden ist, sondern er hat bezweckt, einmal die Kohle, die wir so notwendig brauchen, zu fördern, zum anderen den kleinen Werken zu helfen, die jetzt vielleicht noch im Privatbesitz sind und die in Staatsbesitz übergeführt werden sollen. Wenn man schadenfroh wäre, wenn es einem nicht um die Kohle ginge, dann müßte man eigentlich sagen, ziehen wir den Antrag ruhig noch ein halbes oder ein dreiviertel Jahr hinaus! In der Zeit sind dann die Kredite, die die privaten Werke, die noch vorhanden sind, erhalten müssen, so hoch, daß der bayerische Staat nur noch den Strich zuzuziehen braucht, dann gehören ihm die Werke umsonst. Wir haben in Stochheim droben ein Steinkohlenwerk. Das Werk gehört den Gemeinden und der Arbeiterschaft. Diese bitten uns flehentlichst, der Staat solle doch das Werk sobald wie möglich übernehmen; denn auch sie müssen schon Staatskredit in Anspruch nehmen, um ihr Werk über Wasser zu halten. Es wurde dem Werk mitgeteilt, daß es ein rückzahlbarer Staatskredit ist. Selbstverständlich fürchten die Arbeiter und die Gemeinden jetzt für ihre Einlagen. So sieht es im Braunkohlenbergbau aus. Ich kann jetzt nicht alles schildern, das würde zu lange dauern.

Im Eisenerzbergbau und in der Hüttenindustrie ist es nicht recht viel anders. Wir haben in Bayern ziemlich große Eisenerzfelder mit Erzen, die zudem einen verhältnismäßig hochprozentigen Eisengehalt haben. Die Werke müssen ebenfalls ausgebaut werden. Deutschland kann sich für die Zukunft nicht mehr erlauben, seine Eisenerze aus Schweden und Spanien zu beziehen. Wir müssen unser Eisenerz in Deutschland selbst gewinnen. Wir könnten Eisenerz aus der Oberpfalz liefern noch und noch; aber es wird auch da nichts gemacht. Bei den Hüttenbetrieben sieht es ebenso aus. Die Luitpoldhütte in Amberg hat früher dem bayerischen Staat gehört, ist dann von den Hermann Göring-Werken übernommen worden und hängt jetzt in der Luft. Die Direktoren waren vor kurzem in München. Ich bin mit ihnen zum Finanzministerium gegangen. Beim Finanzministerium ist festgestellt worden, daß die Luitpoldhütte bis jetzt ihre Lagerbestände verkauft, daß sie außerdem ihre Außenstände eingezogen hat. Sie muß nun einen Staatskredit in Anspruch nehmen, um sich noch einigermaßen halten zu können.

Dazu kommt aber noch etwas. Eisen ist genau so notwendig wie Kohle. Die Luitpoldhütte hat zwei Hochöfen. Bis jetzt hat sie nur einen Hochofen in Gang setzen können, weil für den zweiten eine Reparatur nötig ist, die ungefähr 600 000  $\text{M}$  kosten würde. Die Luitpoldhütte hat das Geld nicht, also wird der Hochofen nicht repariert und kann nicht in Gang gesetzt werden. Würde man ihn in Gang setzen können, dann könnte nicht nur die Eisenerzzeugung verdoppelt werden, sondern es könnten außerdem noch aus den Rückständen Bausteine

**(Biehler [SPD])**

hergestellt und Zement gemacht werden. Ferner wird mit den Gichtgasen ein Elektrizitätswerk in Kraft gesetzt. Wenn nur ein Hochofen in Gang ist, muß die Luitpoldhütte Fremdstrom beziehen. Wenn zwei Hochofen in Gang sind, dann kann sie die ganze Umgegend noch mit Strom versorgen. Damit ist es auch nichts.

In der Maxhütte, die früher zum Flick-Konzern gehört hat, ist ein Treuhänder. Über Treuhänder ist ja schon so viel gesprochen worden, daß es nicht nötig ist, das alles aufzuwärmen. Auch dieser Treuhänder fühlt sich anscheinend da oben jetzt schon als allmächtig. Was mir und meinen Kollegen aus der Oberpfalz da schon an Beschwerden zugegangen ist, ist ziemlich viel. Ich will nicht auf alle die Beschwerden eingehen, weil es mir unmöglich ist, sie nachzuprüfen. Ich will keine Behauptungen aufstellen, von denen ich nicht hundertprozentig überzeugt bin, daß sie stimmen. Aber das eine scheint festzustehen, daß die Maxhütte, die früher vom Kopf bis zu den Füßen sauber war, allmählich so weit ist, daß sie vollständig verlüdert. Unsere ganzen Werke, die jetzt in Gang und die für die bayerische Volkswirtschaft von so großer Bedeutung sind, werden verlüdert, wenn die Sache noch lange so weitergeht, wie es bis jetzt gewesen ist.

Deshalb haben wir den Antrag eingebracht. Wir haben vermieden, das Wort „Verstaatlichung“ oder „Vergesellschaftung“ oder „Sozialisierung“ zu gebrauchen; denn da gibt es nichts zu sozialisieren. Wir wollen die Werke bewußt „in den Besitz des bayerischen Staates überführen“. Darum möchte ich Ihnen einmal ganz kurz erklären, wie die Besitzverhältnisse eigentlich aussehen. Die Abgeordneten der CSU und besonders der Freien Demokratischen Partei sind im Wirtschaftsausschuß der Meinung gewesen, wir wollten jetzt eine sozialistische Forderung durchführen, wir wollten jetzt schnell alles sozialisieren. Aber es sieht anders aus.

Im oberbayerischen **B e c h k o h l e n b e r g b a u** ist das größte Werk, Peißenberg, mit über 3000 Beschäftigten schon immer im Besitz des bayerischen Staates gewesen. Die Oberbayerische Aktiengesellschaft mit den Werken Penzberg und Hausham und ungefähr 3800 Beschäftigten gehört dem preußischen Staat. Wollen wir Preußen Geld geben, indem wir die Werke ausbauen, oder wollen wir versuchen, sie auf Bayern zu übernehmen? Es war schon fast so weit, daß die Sibernia bereit gewesen wäre, die Werke an Bayern abzugeben; aber unterdessen scheinen da wieder andere Dinge in Gang gekommen zu sein. Man hört von einer Kohlenpreiserhöhung und denkt dann von Bayern mehr herauschlagen zu können, als man jetzt bekommt. Das Werk Marienstein hat früher zum Heidelberger Zementkonzern gehört; dieser hat es nach Beendigung des Krieges fast hergeschenkt. Um dieses Werk geht nun, wie ich vorhin betonte, bereits ein Kampf, den wir nicht mitmachen wollen. Marienstein steht vorerst noch unter Property Control. Der ganze oberbayerische Beckkohlenbergbau ist also Staatsbesitz oder steht unter Property Control.

Im **B r a u n k o h l e n b e r g b a u** ist das größte Werk, Wackersdorf, über die Bayernwerke ebenfalls bereits Staatsbesitz. Das zweitgrößte Braunkohlenfeld gehört der Buchtal AG, einem Tochterwerk des Hermann Göring-Konzerns; gehört also ebenfalls bereits dem Staat. Wenn es auch dem Reich gehört hat, es

muß doch irgendein Nachfolger dafür kommen. Die Maxhütte mit dem drittgrößten Kohlenfeld hat zum Flick-Konzern gehört. Das Vermögen des Flick-Konzerns ist beschlagnahmt. Flick wird wahrscheinlich als Kriegsverbrecher verurteilt werden.

(Zuruf: Öffentlich!)

Im Wirtschaftsausschuß erklärte der Regierungsvertreter, daß die Maxhütte-Aktien dem bayerischen Staat wahrscheinlich ganz billig zufallen. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, daß dort ebenfalls schon allerhand Dinge im Gange sind. Denn die Maxhütte wird, wenn sie richtig geleitet wird, wieder ein guter Betrieb sein. Es ist begreiflich, daß alle die Geldmenschchen, die jetzt von der Ruhr oder aus Schlesien, dem Saargebiet oder sonst woher weggegangen sind, versuchen, sich in Bayern wieder eine Geldquelle zu verschaffen. Die Maxhütte versucht man schon mit allen Mitteln dem bayerischen Staat aus den Fingern zu schlagen. Auch im Braunkohlenbergbau ist also mit Ausnahme einiger kleinerer Privatwerke bereits alles im Besitz des bayerischen Staates oder —

(Zuruf: Wozu dann noch Ihr Antrag?)

— Das kommt schon, was mein Antrag will. Ich habe es Ihnen schon einmal erklärt; wenn Sie es noch nicht begriffen haben, sage ich es halt noch einmal: Der bayerische Braunkohlenbergbau ist mit Ausnahme einiger kleiner Werke bereits im Besitz des bayerischen Staates; die übrigen Werke stehen unter Property Control. Die kleinen Werke, die noch in Privatbesitz sind und insgesamt höchstens 10 Prozent des gesamten bayerischen Bergbaues und der Hüttenbetriebe ausmachen, müssen recht froh sein, wenn sie baldmöglichst unter die Fittiche des Staates kommen. Es denkt niemand von uns daran, die Werke zu enteignen; im Gegenteil, wenn sie nicht bald in den Besitz des Staates kommen, dann enteignen sie sich von selber. Wenn Sie es so haben wollen, uns soll es recht sein.

Im Erzbergbau und in den Hüttenbetrieben hat die Britpoldhütte mit den Hüttenwerken zum Hermann Göring-Konzern gehört. Das Eisenerzbergwerk Kleiner Johannes in Pegnitz mit großen Eisenerzfeldern hat ebenfalls dem Hermann Göring-Konzern gehört. Die Maxhütte mit den beiden großen Hüttenwerken Sulzbach-Rosenberg und Haidhof und dem Hüttenwerk Frohnberg hat dem Flick-Konzern gehört. Bodentöhr, Weiherhammer und Sonthofen sind ebenfalls schon lange im Besitz des bayerischen Staates. Auch in den Hüttenwerken ist kein Privatbesitz mehr vorhanden. Im übrigen Bergbau ist es nicht viel anders: Der **G r a p h i t b e r g b a u**, der einzige in ganz Deutschland, das Graphitwerk Kropfmühl, hat der IG Farbenindustrie gehört und steht ebenfalls unter Property Control. Der **F l u ß p a t b e r g b a u** ist ebenfalls für Bayern von größter Bedeutung; denn er versorgt nicht nur die gesamte bayerische Industrie, sondern ist darüber hinaus auch noch Devisenbringer. Dort hat das Reich während des Krieges eine Fabrik hingestellt, die 20 Millionen Mark gekostet hat. Die Fabrik steht still. Es ist überhaupt noch nichts gemacht worden. Bei Waldsassen in der Oberpfalz ist eine Schwefelkiesgrube, die einzige in Süddeutschland. Schwefelkies braucht man unbedingt zur Kunstdüngererzeugung. Das Werk soll seine Förderung sofort um das dreifache erhöhen, damit Kunstdünger erzeugt werden kann. Es wird nichts gemacht. Es sind dann noch verschiedene

(Niehler [SPD])

andere kleinere Werke da, die ebenfalls von größter Bedeutung sind, die aber nicht eigens angeführt werden brauchen.

Der Antrag, die Werke in den Besitz des bayerischen Staates überzuführen, ist gestellt worden, weil ja doch einmal irgendwer da sein muß, der Besitzer ist, der Geld hergeben kann um die Werke auszubauen und vor allem einmal einheitlich planen kann, der die Arbeit einmal richtig so macht, wie sie gemacht werden muß. Bis jetzt ist doch nichts getan worden. Wenn nicht ein Besitzer vorhanden ist, der eingreifen kann, dann geht es so weiter, wie es bis jetzt gegangen ist.

Noch ein Beispiel: Drunten bei Schwanenkirchen ist ein Braunkohlenbergwerk, das sich während der ganzen Zeit über Wasser gehalten hat. Weil man kein Geld hatte, hat man die Braunkohle rings um den Schacht abbauen müssen. Der Schacht fällt jetzt zusammen. Es muß ein neuer Schacht gebaut werden.

So ist es überall. Glauben denn die Herren von der Freien Demokratischen Partei, daß irgendwer in den Braunkohlenbergbau Geld hineinsteckt, wenn er weiß, daß er darauffahlen muß? Das ist ja das Schönste an dem abgeänderten Antrag, daß der bayerische Staat zwar neue Braunkohlenfelder erschließen, aber den Werken, die schon vorhanden sind, nichts dreinreden darf.

(Zuruf von der CDU: Die gehören ihm ja!)

— Warum wehrt man sich dann gegen die Überführung in den Staatsbesitz?

(Zuruf von der FDP: Auslieferung an die Bürokratie ist kein Heilmittel.)

Lachen bei der SPD.)

Ja, wenn Sie etwas vom Bergbau verstehen würden, hätten Sie diesen Zuruf bestimmt nicht gemacht; denn wir können Ihnen das Gegenteil beweisen.

(Zuruf: Die Landesstelle Kohle ist eine Staatsstelle.)

— Was hat denn die Landesstelle Kohle mit dem Bergbau zu tun? Die Landesstelle Kohle verteilt Kohlen, sie erzeugt keine Kohlen; sie kann aber keine Kohlen verteilen, wenn keine Kohlen da sind. Reden Sie doch nicht solchen Unsinn daher!

(Sehr gut!)

Wenn wir die Überführung in den Staatsbesitz verlangsamt haben — und sie muß durchgeführt werden —, dann bloß, damit der bayerische Staat eingreifen kann, daß die Kohlenförderung einmal so wird, wie sie sein muß. Auch wir sind uns darüber klar, daß die Überführung Schwierigkeiten bereitet, daß sie nicht ganz einfach ist, besonders bei den Betrieben, die unter Property Control stehen. Wir haben schon versucht, zu verhandeln. Man hat uns einmal erklärt, die Amerikaner wären bereit, die Betriebe zu verpachten. Im Ruhrgebiet ist es jetzt schon so, daß am 1. April die ganzen Betriebe der deutschen Verwaltung übergeben werden. Es besteht doch die Möglichkeit, daß das gleiche für Bayern kommt. Dann muß doch irgendein Besitzer da sein, der die Werke übernimmt, sie sofort ausbaut und dafür sorgt, daß richtig produziert wird. Wir haben für diesen Fall die Vorarbeiten treffen wollen. Wir haben auch der amerikanischen Militärregierung zeigen wollen, daß der Bayerische Landtag gewillt ist, die Betriebe auf den bayerischen Staat zu übernehmen und sie nicht wieder in Privatbesitz übergehen zu lassen.

Wenn vorhin von der Bürokratisierung gesprochen wurde — da bin ich unterbrochen worden —, so haben wir das beste Beispiel doch bei uns im Bergbau: Peißenberg ist von jeher Staatsbetrieb gewesen; es war immer ein sauberes Werk, das auf wirklich solider Grundlage aufgebaut worden ist. Penzberg und Hausham haben früher Privatbesitzern gehört. — Ich möchte eigens betonen, daß die heutige Direktion sich alle Mühe gibt, die Werke in die Höhe zu bringen; sie kann nichts für die früheren Verhältnisse. Dort sind bis 1914 14 Prozent Dividende verteilt worden. Man hat aus den Werken alles herausgeholt und nichts mehr hineingesteckt. Beim Bergbau kann man eben nicht bloß herausholen, da muß man auch hineinstecken.

Ein weiteres Beispiel ist die *S a l i n e* in Reichenhall; sie gehört ebenfalls dem bayerischen Staat. Sie ist eine der modernsten, wenn nicht vielleicht sogar die modernste in ganz Deutschland. Der bayerische Staat muß die Werke übernehmen; niemand denkt daran, sie jetzt zu verbürokratisieren. Wir haben ja dafür schon ein gutes Beispiel: Die bereits in den Händen des bayerischen Staates befindlichen Werke gehören zu einer Aktiengesellschaft; die Aktien hat der bayerische Staat in der Hand. Wir haben den Antrag gestellt, daß nach dem Muster der bisher schon bestehenden Berg-, Hütten- und Salzwerke-AG drei Aktiengesellschaften gebildet werden sollen, so daß die Gefahr der Verbürokratisierung bestimmt nicht besteht. In den Vorstand und Aufsichtsrat der Aktiengesellschaften kann ja dann der Landtag vernünftige Menschen entsenden,

(sehr gut! bei der SPD)

die aus den Werken etwas machen. Wir wollen sie nicht verbürokratisieren; im Gegenteil, wir wollen vernünftig wirtschaften. Es ist ja in den Verhandlungen im Wirtschaftsausschuß immer wieder darauf hingewiesen worden, daß wir Sozialdemokraten nur sozialisieren wollten. Ich möchte es nochmals betonen: Das wollen wir nicht; wir wollen dafür sorgen, daß wir in Bayern Kohle und alle Bedarfsartikel bekommen, die wir brauchen.

Es kommt noch dazu, daß wir in Bayern noch und noch Baustoffe brauchen. Darüber besteht kein Zweifel. In der von mir vorhin angeführten Sitzung im Vorparlament hat Herr Dr. von Kaufmann gesagt, daß man allein bei der jetzigen Baustoffherzeugung zehn Jahre braucht, um nur die nötigsten Reparaturen durchzuführen, ohne an Neubauten zu denken. Also, es müßte sich doch lohnen, darüber nachzudenken, wie die Baustoffherzeugung in Bayern gefördert werden kann. Wir haben im oberpfälzischen Braunkohlenbergbau den Vorteil, daß der Abraum, der auf der Kohle liegt, zum Teil aus sehr hochwertigen Tonen besteht, die zu keramischen Zwecken verwendet werden können; aus der zweiten Qualität können Ziegelsteine und Dachplatten gemacht werden. Wir haben also beide Rohstoffe, Kohle und Ton, an einer Stelle beisammen. Sollte man da nicht versuchen, das auszunützen? Um ganz München herum und auch sonst überall stehen die Ziegeleien still; teilweise weil sie keine Kohlen haben, teilweise weil die Rohstoffbasis erschöpft ist. Die Ziegeleien verfallen, die Maschinen verrostet. Könnte man nicht zur Kohle Ziegeleien hinstellen und dann Baustoffe erzeugen, noch und noch? Wenn vernünftig gewirtschaftet würde, dann könnte es gemacht werden. Wenn man natürlich unver-

**(Piehler [SPD])**

nünftig ist und immer bloß denkt, die bösen Sozialdemokraten wollen jetzt bloß um des Prinzips willen sozialisieren, dann geht es nicht.

Und wenn so viel von der freien Wirtschaft gesprochen wird: meine Herren, Sie müssen entschuldigen, ich will bestimmt keine Agitationsrede halten, ich will streng sachlich bloß einmal erzählen, wie es der Arbeiterschaft unter der sogenannten freien Wirtschaft ergangen ist. Da nehme ich mein eigenes Schicksal: Ich habe mit 14 Jahren in der Emaille-Fabrik Baumann in Amberg zu arbeiten angefangen, nicht als Lehrling, sondern als Vollarbeiter. Ich habe die gleiche Arbeit machen müssen wie die anderen. Ich will Ihnen gar nicht sagen, was für einen Lohn ich dort gehabt habe. Mit 18 Jahren, als ich wirklich leistungsfähig war, habe ich bei 63 Stunden reiner Arbeitszeit — die wirkliche Arbeitszeit betrug 72 Stunden, von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends und jeden Tag — selbstverständlich auch Samstag — einen Wochenlohn von 7 *M* erhalten, (Hört! bei der SPD.)

für die Stunde also 11 *S*. Dann bin ich mit 18 Jahren in den Bergbau gegangen.

(Zuruf von der SPD: Das ist die freie Wirtschaft!) Dort habe ich bis zu meinem 20. Jahr, bis ich habe einrücken müssen, für 9½ Stunden Untertagearbeit einen Bruttolohn von 2 *M* pro Schicht gehabt, also 50 *M* monatlich. Davon sind die Abzüge weggegangen, denn man hat trotz des niedrigen Lohnes auch noch sein Geleucht, sein Werkzeug usw. alles selber kaufen müssen, so daß als Nettolohn 39—42 *M* monatlich übrig geblieben sind. Einige Wochen, bevor ich eingerückt bin, habe ich zu meinem damaligen Werkleiter gesagt: Ich muß jetzt einrücken. Anstatt daß ich mir etwas habe ersparen können, muß mein Vater mich jetzt mit 20 Jahren noch ernähren. Dann hat er gefragt: Wieviel haben Sie denn verdient? Ich habe geantwortet: im vergangenen Monat 39 *M*. Dann hat er erklärt: Ich würde doch meinen, mit 39 *M* im Monat könnte man gut auskommen. — Leute, die vom Militär entlassen waren, die verheiratet waren, haben einen Schichtlohn für 9½ Stunden von 2,30 *M* gehabt, also einen Bruttolohn von 58 *M* monatlich; die Vollarbeiter, die Dauer, haben bis zu 30 Dienstjahren 3 *M* für die Schicht verdient, also einen Bruttolohn von 75 *M*, und erst wenn einer 30 Jahre in den Betrieb gegangen war, hat er 3,30 *M* erhalten, also einen Bruttolohn von ungefähr 82 *M* monatlich. Damals war Deutschland reich, es war wirklich reich, eines der reichsten Länder der Welt. Die Millionäre schossen wie die Pilze aus der Erde. Die Firma Baumann — das möchte ich noch erwähnen — bei der ich 7 *M* verdient habe, hat an verheiratete Leute damals 10 bis 16 *M* Wochenlohn bezahlt. Mein Vater war in der gleichen Fabrik als Brenner beschäftigt. Die Arbeit des Emaille-Brenners war besonders schwer, da die Leute unter großer Hitze zu leiden hatten. Man hat sie nur acht Stunden beschäftigen dürfen. Um das zu umgehen, waren sie acht Stunden im Betrieb, acht Stunden daheim, wieder acht Stunden im Betrieb, haben also in der Woche 72 Stunden arbeiten müssen. Mein Vater hat einen Lohn von 18 *M* erhalten. Die Firma Baumann aber ist in zehn Jahren mehrfache Millionärin geworden.

(Zuruf von der SPD: Freie Wirtschaft!)

In der Maxhütte in Sulzbach ist bis zum Jahr 1918

12 Stunden unter Tage gearbeitet worden bei einem Lohn von 3 *M*. Die Maxhütte aber hat 30 Prozent und noch mehr Dividende verteilt. So hat es für die Arbeiterschaft ausgesehen. Wer sich hat organisieren wollen, ja, wer bei der Maxhütte bloß in eine Gewerkschaftsversammlung hineingegangen ist, ist sofort entlassen worden. So solls wahrscheinlich wieder kommen! Ich betone nochmals: Damals war Deutschland wirklich reich. Jetzt sind wir arm, und zwar so arm, daß die meisten Menschen noch gar nicht begreifen, wie arm wir sind. Anscheinend wissen auch die Abgeordneten der Freien Demokratischen Partei und ein Teil der CDU noch nicht, wie arm wir sind. Denn die Auswirkungen werden erst richtig kommen. Glauben Sie denn, die Arbeiterschaft würde es sich dann bieten lassen, wieder um einen Lohn zu arbeiten, für den sie nicht einmal mehr Holzschuhe kaufen könnte? Wir haben damals trockenes Brot essen müssen, trotzdem die Wurst nur 10 *S* kostete. Das sind keine Sprüche, es sind Tatsachen, jederzeit zu beweisen.

(Zustimmung bei der SPD. — Zuruf von der FDP: Zahlt der Staat mehr?)

— Ich will gar nicht weiter darauf eingehen. Das etne steht aber fest: weder Wilhelm II. noch Hitler waren schuld an den beiden Weltkriegen, sondern einzig und allein die freie Wirtschaft, weil sie nie genug bekommen hat. (Beifall bei der SPD.)

Ich sage nochmals, bitte aber, das bestimmt nicht etwa als Drohung aufzufassen: Die Bergarbeiter sind gegenwärtig zu fast 100 Prozent organisiert. Mr. Coréaur von der Militärregierung war vor kurzem auf dem Bergarbeiter-Kongress und hat den Bergarbeitern die Anerkennung ausgesprochen, daß sie die bestorganisierte Arbeiterschaft in ganz Bayern sind. Die Bergarbeiter haben bis jetzt bewiesen, daß sie bereit sind, am Wiederaufbau mitzuarbeiten. Sie haben im Oktober 1945 bereits eine 100prozentige Leistung gehabt; sie stehen jetzt bei 110 Prozent und noch mehr. Sie haben Sonntagschichten verfahren. Im Werk Wackersdorf wird seit Weihnachten jeden Sonntag gearbeitet; die Arbeiter haben auch an den Weihnachtsfeiertagen gearbeitet. Ich habe einen Brief hier, den ich Ihnen zeigen kann. Darin haben mir die Kollegen geschrieben, sie könnten jetzt nicht mehr, sie müßten einmal einen Feiertag haben. Ich habe ihnen geantwortet: Arbeitet doch noch zwei oder drei Sonntage; wir dürfen jetzt nicht nachlassen, wir müssen aushalten. Ihr wißt, welche Kalamität mit dem Strom besteht. Wenn das Werk Dachelhofen ausfällt, ist alles verloren. Die Arbeiter haben sich bereit erklärt, weiterzuarbeiten. Glauben Sie denn, daß die Arbeiterschaft, die so viel geleistet hat, sich in Zukunft wieder verschachern läßt?

(Sehr gut! bei der SPD.)

Sie können überzeugt sein, daß das nicht kommt. Wenn der Bayerische Landtag versagt, wird die Arbeiterschaft ihr Schicksal selber in die Hand nehmen müssen.

(Beifall bei der SPD.)

Ich möchte zum Schluß noch eins sagen: Wenn wirklich manchmal Meinungsverschiedenheiten über Planwirtschaft und über freie Wirtschaft herrschen: Im Bergbau ist die Planwirtschaft für jeden vernünftigen Menschen eine Selbstverständlichkeit, weil es gar keine andere Möglichkeit gibt. Freie Wirtschaft im Bergbau ist nicht bloß Unsinn, sondern ein Verbrechen an der gesamten bayerischen Bevölkerung.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

**Präsident:** Das Wort hat der Vertreter der Staatsregierung, Herr Ministerialrat Dr. Deckert.

**Ministerialrat Dr. Deckert:** Ich habe bereits im Ausschuß erklärt, daß es unmöglich ist, innerhalb von drei Wochen das notwendige Material zur Verfügung zu stellen. Es handelt sich nicht nur darum, die Besitzverhältnisse zu klären — das könnte innerhalb von 14 Tagen gemacht werden —, sondern wir sind ja bestrebt, die tatsächlichen Verhältnisse zu ermitteln; dazu gehört auch eine Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, die Feststellung der Kriegsschäden und alles, was damit zusammenhängt. Man kann dem hohen Hause nicht zumuten, eine Kasse im Saal zu kaufen. Darum bitte ich namens der Staatsregierung dringend, die Formulierung „innerhalb von drei Wochen“ abzuändern in „alsbald“.

(Zuruf von der SPD: Das ist nächstes Jahr. Machen Sie Überstunden! Sonntagschichten wie die Bergarbeiter!)

— Verzeihen Sie, es ist nicht nur verlangt, die Besitzverhältnisse zu ermitteln, sondern es handelt sich um den ganzen Fragenkomplex. Außerdem darf ich daran erinnern, daß Sie jetzt einen siebenköpfigen parlamentarischen Ausschuß vorsehen. Dieser Ausschuß kann sich ja jederzeit über den Stand der Angelegenheit bei mir erkundigen. Ich werde alles tun, was möglich ist, die Verhältnisse innerhalb von drei Wochen darzulegen; ob es aber möglich sein wird, den Termin einzuhalten, bezweifle ich.

(Zurufe: Muß möglich sein! Sonntagschichten!)

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Stiller.

**Stiller (FDP):** Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie hier nicht so lange aufhalten, wie das mein Herr Vorredner von der SPD tat.

(Zuruf von der SPD: Er hat nicht aufgehalten; er hatte etwas zu sagen.)

— Ich möchte Sie bitten, sich hier so zu verhalten, wie es dem hohen Hause gebührt.

(Zuruf links: Das ist Sache des Präsidenten, festzustellen, ob es sich gebührt oder nicht.)

— Tut mir leid, wenn er nicht eingreift.

**Präsident:** Ich bitte, solche Bemerkungen zu unterlassen und nicht allzu empfindlich zu sein. Das hohe Haus hat das Recht, seine Meinung auch durch Zwischenrufe zum Ausdruck zu bringen. Ich werde nur dann eingreifen, wenn die Zwischenrufe über das Maß des Zulässigen hinausgehen. Ich bitte, nicht in meine Geschäftsführung einzugreifen, Herr Kollege.

**Stiller (FDP):** Ich will hier lediglich feststellen: Der ganze Antrag ist im Wirtschaftsausschuß durchbesprochen worden. Er ist im Wirtschaftsausschuß gegen zwei Stimmen abgelehnt worden, und wir brauchen nicht hier noch einmal die Materie, die um einige Wochen vertagt wurde, weil die Unterlagen ungenügend sind, aufzurollen. 90 Prozent der Dinge, die der Abgeordnete Piehler hier behandelt hat, haben mit dem Thema Verstaatlichung oder Nichtverstaatlichung des Bergbaues gar nichts zu tun. Ich stelle hier lediglich fest: Die Begründung, die der Herr Abgeordnete Piehler brachte, basiert zu 90 Prozent auf den Anträgen betreffend Erhöhung der Hausbrandversorgung. Wir

stimmen all dem zu, was für den Konsumenten von Vorteil ist; wir stimmen zu, wenn Sie im Wirtschaftsministerium eine Stelle schaffen, die die Produktion fördern soll, wenn Sie diesen Leuten die Mittel in die Hand geben, die sie brauchen. Aber die Förderung der Rohlenproduktion selbst, die mit allen Mitteln in die Höhe zu treiben ist, ist absolut nicht identisch mit einer Verstaatlichung oder Sozialisierung. Das möchte ich hier nur feststellen.

Der Antrag des Abgeordneten Piehler, der im Wirtschaftsausschuß eingebracht worden ist, war vollkommen unbegründet. Das Mindeste, was man verlangen muß, wenn man sich über Sozialisierung oder Verstaatlichung in Teilspektoren des Bergbaues überhaupt unterhalten will, ist, daß wir einmal die Ursachen erfahren, wie es denn überhaupt zu den Zuständen kam, die heute im Bergbau besonders kraß sind.

(Zuruf links: Freie Wirtschaft!)

— Es ist wirklich interessant, wenn Sie jetzt sagen: Die freie Wirtschaft ist an allem schuld. Nun sind Sie so weit, daß Sie Hitler vergessen haben, der doch daran schuld ist.

(Lachen bei der SPD und Zurufe.)

— Wer ist denn an Hitler schuld? Ich möchte hier lediglich feststellen —

(Erneute Zurufe bei der SPD.)

— Wahrscheinlich ist die FDP an Hitler schuld!

Ich möchte hier lediglich feststellen, daß wir unter keinen Umständen einen solchen Antrag behandeln können, wenn wir nicht eine klare Übersicht über die Betriebe haben. Hierzu genügt es nicht, daß wir allein die Eigentumsunterlagen besitzen und über die Verhältnisse, wie sie zur Zeit in den Betrieben herrschen, Bescheid wissen, sondern wir brauchen Klarheit darüber, was bisher in den einzelnen Fällen vom Staat an Zuschüssen gezahlt worden ist, wann und in welcher Höhe, sowie Angaben über die Förderung, die Belegschaft, die Bilanzen usw. Solche Unterlagen benötigen wir; und erst wenn die Regierung diese Unterlagen beigebracht hat, können wir diesen Antrag im Wirtschaftsausschuß wieder behandeln. So führt er nur zu endlosen Debatten hier im Plenum.

(Zuruf von der SPD: Wir sind neugierig, welche Ausreden Sie dann haben.)

— Wir haben keine Ausreden. Es geht nicht an, systematisch nur eine einseitige Lohnpolitik zu treiben, dann die Betriebe durch die einseitige Lohnpolitik noch unrentabler zu gestalten und diese angebliche Unrentabilität schließlich als Vorwand für die Verstaatlichung zu benutzen.

Der Vertreter der Staatsregierung hat bereits erklärt, daß selbst die Regierung dazu noch nicht Stellung nehmen kann, weil sie noch nicht die genügenden Unterlagen hat. Das dürfte auch Sie zu einer geringen Geduld veranlassen, meine Herren von der Linken. Wenn Sie hier sagen, es seien Digger herumgestanden, so hat das mit der Verstaatlichung auch nichts zu tun. Schaffen Sie die Stelle im Wirtschaftsministerium; sorgen Sie dafür, daß diese Stelle mit dem richtigen Mann besetzt wird,

(Zuruf von der SPD: Haben wir jetzt!)

und sorgen Sie dafür, daß diese Stelle selbstverantwortlich mit den maßgebenden Leuten im bayerischen Bergbau zusammenarbeitet. Dann wird es auch ohne eine über den Hut geschlagene Gesamtverstaatlichung

(Stiller [FDP])

abgehen. Ich möchte hier noch das Werk Wackersdorf erwähnen. Wackersdorf wurde dem Plenum als Musterbeispiel für einen Staatsbetrieb vorgeführt. Das kann man sehr leicht machen; denn leider Gottes ist der größte Teil der Abgeordneten nicht vom Bergbau, ich selbst auch nicht. Lassen Sie doch den Chef des Werkes Wackersdorf, Herrn Meißner, hier sprechen, wenn es notwendig ist. Hören Sie ihn, was er sagt, wie ihn die staatlichen Stellen in seiner Privatinitiative hemmen. Dann werden Sie freilich zu einer anderen Ansicht über die Verstaatlichung kommen.

(Zuruf von der SPD: Vielleicht will er auch schieben!) Ich möchte Sie bitten, von Herrn Meißner nicht mit Äußerungen wie „Schiebung“ zu sprechen. Der Herr Meißner arbeitet bis nachts um 12 Uhr im Betrieb, und Herr Piehler weiß selbst, daß er der beste Fachmann im Bergbau ist.

Ich möchte die Abgeordneten der CSU und der WMA bitten, auch heute dem Zusatzantrag zum Antrag Brückenkopf zuzustimmen, wonach die bayerische Staatsregierung aufgefordert wird, unter allen Umständen in den nächsten Wochen genaue Angaben über die gewährten Zuschüsse, wann und in welcher Höhe, über Förderung, Belegschaft und Bilanzen zu machen.

Kurz erklären darf ich hier noch: Es kam mir sehr befremdlich vor, daß Herr Dr. Schlögl, der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, einen bereits in seiner endgültigen Fassung abgestimmten Antrag auf der Beilage, die den Abgeordneten vorliegt, überhaupt nicht erwähnt hat. Ich möchte den Abgeordneten Schlögl bitten, in Zukunft Anträge, auch wenn sie von den kleinsten Parteien kommen, nicht nach der Größe der Partei zu bemessen, sondern nach dem Maß an Arbeit, an produktiver Arbeit, das die Abgeordneten bereit sind, zu leisten.

(Zustimmung bei der FDP.)

**Präsident:** Zu den letzten geschäftsordnungsmäßigen Bemerkungen des Herrn Vorredners möchte ich folgendes feststellen: Der Ausschußvorsitzende kann dem Plenum nichts anderes unterbreiten als die mit Mehrheit gefassten Ausschlußbeschlüsse.

(Zuruf Stiller: Steht aber nicht drin!)

Dem Herrn Abgeordneten, der anscheinend über die Geschäftsordnung nicht informiert ist, bleibt es überlassen, im Plenum Änderungsanträge von sich aus einzubringen. Das ist das Recht jedes einzelnen Abgeordneten.

Das Wort hat der Abgeordnete Stinglwagner.

**Stinglwagner (CSU):** Meine Damen und Herren! Das Thema Bergbau an sich ist einerseits eine etwas romantische, andererseits eine wirtschaftlich etwas unsichere Angelegenheit, wenn sich Nichtfachleute darüber unterhalten, und vor allem, wenn man dieses Thema in irgendwelche politische Sphären zieht. Ich möchte deshalb vermeiden, auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Piehler zu erwidern, der auf dieses Gebiet teilweise eingegangen ist. Meiner Ansicht nach dürfen wir uns als Volksvertreter im jetzigen Stadium unserer politischen Situation das überhaupt nicht erlauben. Unsere Aufgabe ist, die Bevölkerung möglichst zu beruhigen, ihr zu helfen, daß sie die schweren Zeiten, die sie durchmacht und die noch vor ihr stehen, sachlich aufgeklärt und mit Gelassenheit zu überstehen versucht.

Lassen Sie mich deshalb vielleicht an den Anfang die Tatsache stellen, daß im Wirtschaftsausschuß über die Anträge abgestimmt worden ist. Der Antrag der SPD ist gegen zwei Stimmen abgelehnt worden. Es sind die Änderungsanträge oder Ergänzungsanträge, wenn ich sie so heißen darf, gegen teilweise zwei Stimmen angenommen worden. Ich glaube, wir können uns darauf beschränken, auch im Plenum bei den beiden Anträgen zu bleiben, die angenommen worden sind; denn die Situation ist geklärt worden. Sie geben der Staatsregierung Gelegenheit, erst einmal die Grundlagen aufzuklären, die in Frage kommen, um das Thema: Überführung in den Staatsbesitz, überhaupt behandeln zu können. Dazu ist nach der Verfassung notwendig — nachdem Entschädigung gewährt werden soll —, daß zuerst die Besitzverhältnisse geklärt werden. Wenn ich jemanden entschädigen will, so muß ich wissen, wen ich entschädigen muß. Der Besitzer muß also erst festgestellt werden. Insofern muß ich hier — ich habe es schon im Ausschuß getan — noch einmal deutlich feststellen: Es ist nicht so, als ob die Besitzverhältnisse auch nur einigermaßen geklärt wären. Man kann nämlich nicht sagen, daß der Besitzer eines Betriebs, der unter Property Control steht, ohne weiteres feststeht. Der Staat ist es ja nicht. Der Staat hat kein Recht, an derartige Dinge heranzugehen. Letzte Instanz ist der Kontrollrat, und dieser muß sich erst darüber klar werden, was er als Vertreter der Siegermächte mit diesem Eigentum anfängt. Es steht absolut nicht fest, daß das Eigentum etwa an den deutschen Staat übergeht, in dem es zufällig nun liegt. Wir wollen hoffen und wir wünschen es alle, daß sei hier öffentlich zum Ausdruck gebracht, daß das Volksvermögen, das in den einzelnen Landesteilen liegt, diesen Landesteilen auch erhalten bleibt; denn sonst geht die Lebensfähigkeit der einzelnen Landesteile und damit Deutschlands verloren.

Lassen Sie also bitte, meine Damen und Herren, der Regierung Zeit, diese außerordentlich schwierigen und verwickelten Verhältnisse wirklich einwandfrei und leidenschaftslos zu prüfen.

Das Gleiche trifft auf den Bergbau als solchen zu, denn der Antrag lautet auf Überführung der Bergbaubetriebe in Staatsbesitz. Begründet wird der Antrag in der Hauptsache mit der Kohlennot. Das ist nahe liegend und steht auch absolut im Vordergrund. Aber wenn ich von der Behebung der Kohlennot, von der Steigerung der Kohlenförderung spreche, so darf ich nicht im gleichen Augenblick verlangen, daß der gesamte bayerische Bergbau verstaatlicht werde. Denn die übrigen Bergbauzweige, die auch wesentlich sind, gehören auf keinen Fall dazu.

Meine Damen und Herren! Zur Kohlennot ein paar ganz kurze Bemerkungen. Nicht etwa deshalb, weil ich dem Herrn Abgeordneten Piehler irgendwie widersprechen will. Ich gehe mit ihm absolut einig. Aber ich halte es für notwendig, hier vor aller Öffentlichkeit, nicht nur Bayerns, sondern Deutschlands und auch für die Ohren der Siegermächte folgendes festzustellen: Deutschland, Bayern in Deutschland und Bayern selbst brechen zusammen, wenn die Siegermächte sich nicht entschließen können, zwei Lücken in dem circulus vitiosus, der sich ja immer wieder schließt, und bei dem wie bei einer Schlange ein Glied am anderen hängt, durch eine ausschließliche Hilfe der Siegermächte zu schließen: in der Ernährung und in der Kohlenversorgung. Wir sind in Bayern und in Deutschland nicht

(Stinglwagner [CSU])

in der Lage, diese beiden Lücken von uns aus zu schließen. Und wenn sie nicht geschlossen werden, so wird der Kreis in diesem Ring unterbrochen. Dann aber geht Bayern als Bayern und geht Bayern in Deutschland, und ich fürchte, ganz Europa daran zugrunde.

(Lebhafte Zustimmung.)

Das ist es, was einmal in aller Öffentlichkeit festgestellt werden muß. Wir können es allein nicht schaffen; es ist völlig unmöglich.

Nun zu dem engeren Thema: Hebung der Rohlenförderung in Bayern. Wir waren uns im Ausschuß darüber einig, daß die vorhandenen Betriebe ihre Pflicht erfüllt haben. Wir waren uns darüber einig, daß bei den bestehenden Betrieben alles geschehen ist, um der bayerischen Bevölkerung das zur Verfügung zu stellen, was sie haben muß, nämlich den Brennstoff. Es ist in ganz Deutschland anerkannt worden, auch vom amerikanischen Militärregierung bis hinauf zum Kontrollrat, daß gerade die bayerischen Bergarbeiter, das darf ich mit größter Genugtuung hier als Werkvertreter feststellen, vom dritten Tage nach dem Einmarsch der Amerikaner an mit gewissen Schwankungen und Unterbrechungen, die in den persönlichen Verhältnisse liegen und absolut erklärlich und entschuldbar waren, hundertprozentig wieder an die Arbeit gegangen sind, obwohl sie durch die vorgegangenen Kriegsjahre mit bis zu 32 Sonntagschichten jährlich absolut ausgepumpt und ausgepowert waren. Das ist eine Tatsache, die von allen Seiten, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken einwandfrei und eindeutig festgestellt und anerkannt werden muß. Auch die Werke selbst haben unter unfäglichen Schwierigkeiten alles versucht, die Hemmungen zu beseitigen, die während der Kriegsjahre durch den Verbrauch an Werkeinrichtungen entstanden sind, und wieder auf die Höhe zu kommen.

Ich darf nun kurz etwas einschalten. Es ist heute von der *Marzhütte* gesprochen und behauptet worden, daß dort eine Mißwirtschaft herrsche. Ich kann Ihnen das nicht im einzelnen erklären, denn das würde zu weit führen. Aber Sie können sich vorstellen, daß gerade ein Hüttenwerk grundsätzlich auf kontinuierlichen Betrieb angewiesen ist. Wenn es nun zwei Jahre still liegt, dann tauchen da allerhand Schwierigkeiten auf, die mit dem besten Willen und mit dem besten Fachkönnen nicht in kurzer Zeit beseitigt werden können. Das ist unmöglich. Nach meiner eigenen Kenntnis und nach dem, was ich aus den vielen gemeinsamen Verhandlungen, die mit dem Treuhänder der Marzhütte innerhalb unseres Kreises, insbesondere auch innerhalb unseres Versorgungsapparats geführt worden sind, erfahren habe, kann und muß ich zu seiner Rechtfertigung feststellen, daß Herr Enzmann mit großem Geschick verstand, die technischen Schwierigkeiten zu beseitigen und auch mit großer Energie wiederholt versucht hat, die Hüttenarbeiter, die nach dem *OMGUS*-Plan ja nicht unter die Bergarbeiter gerechnet werden dürfen, hinsichtlich Verpflegung und Ausrüstung mit Bedarfsartikeln eben so gut zu stellen wie die eigentlichen Untertage-Bergarbeiter. Kurz und gut, ich glaube, daß das Urteil über die Mißwirtschaft in der Marzhütte doch etwas zu scharf ausgefallen ist.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen ersparen, auf die einzelnen Betriebe einzugehen. Denn

man kann über dieses Thema stunden- und tagelang reden. Es ist auch für jeden interessant. Aber es wird damit nichts erreicht, es wird damit nichts gefördert. Was wir wollen, ist ja die Sicherstellung der Versorgung der bayerischen Bevölkerung mit *Brennstoff* im kommenden Winter. Zu einem ganz kleinen Teil kann gewiß eine Besserung erreicht werden, indem man die vorhandenen, noch unaufgeschlossenen Braunkohlenfelder in Nordbayern in Angriff nimmt. Die Regierung hat ja durch den Antrag die Anregung dazu erhalten. Der Staatskommissar ist da; ihm ist ein parlamentarischer Ausschuß beigegeben. Ich könnte mir gut vorstellen, zumal das Kontrollrecht über diese Maßnahmen beim Landtag selbst liegt, daß von der Seite her nun wirklich ab sofort und hundertprozentig alles unternommen wird, um diese Förderung in Angriff zu nehmen und die Felder neu aufzuschließen.

Von der Erhöhung der Förderung in den bestehenden Werken versprechen Sie sich, bitte, nicht allzubiel. Ich muß das betonen, damit in der Öffentlichkeit keine irrigen Auffassungen entstehen. Wenn hier so mit den Millionen Tonnen herumgeworfen wird, so stimmen die Zahlen auf lange Sicht gesehen zweifellos, entweder was die Besitzverhältnisse, das Förderungsvermögen oder den Endzustand angeht, der erreicht werden kann. Aber auch wenn wir alles unternehmen, was überhaupt unternommen werden kann, werden wir für den nächsten Winter bestenfalls einige hunderttausend Tonnen herausbekommen. Ich glaube nicht, daß es 200 000 Tonnen werden. Das ist aber das allerhöchste der Gefühle.

(Zuruf: Besser als gar nichts!)

— Selbstverständlich, Sie haben recht. Ich darf noch einmal betonen: Nehmen Sie bitte Rücksicht auf die schwierige Lage unserer Gesamtbevölkerung bezüglich der Brennstoffversorgung. Man braucht darüber nichts zu erzählen. Es ist entsetzlich, wenn man sich vorstellt, daß in den Krankenhäusern, in den Altersheimen die Leute nicht an den Krankheiten sterben, sondern erfrieren müssen. Das ist ein so entsetzlicher Gedanke, daß man schon als Mensch, nicht als Angehöriger einer politischen Partei oder einer Berufsgruppe, alles versuchen muß, um diesem Zustand ein Ende zu bereiten.

(Sehr wahr!)

Dazu ist die Staatsregierung und zweifellos auch der Landtag bereit. Wenn wir den Antrag *Präsident* mit seinen Zusatzanträgen nehmen, dann ist alles geschehen, damit das als notwendig-Erkannte auch durchgeführt wird. Ich bin auf Anforderung jederzeit bereit, auf alle Einzelheiten einzugehen. Sie sind mir bekannt; denn ich bin seit 34 Jahren im bayerischen Bergbau beschäftigt. Ich kenne seine Entwicklung, seine Zusammenhänge mit der bayerischen und deutschen Wirtschaft. Ich kann Ihnen jeden Aufschluß geben, will Sie aber jetzt nicht länger aufhalten. Meiner Ansicht nach ist es notwendig, daß wir das Thema möglichst heute erledigen, damit der Notwendigkeit, der bayerischen Bevölkerung für den nächsten Winter zu Brennstoff zu verhelfen, alsbald Rechnung getragen wird.

(Beifall bei der CSU.)

**Präsident:** Das Wort hat der Abgeordnete *Wimmer*.

**Wimmer (SPD):** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Ausführungen meines Freundes und Fraktionskollegen *Piehler* veranlassen mich zu einigen Richtigstellungen. Er hat hier auf eine Bemerkung *Be-*

**(Wimmer [SPD])**

zug genommen, die Landesforstmeister Höpfner namens der Landesforstverwaltung zum sozialdemokratischen Antrag machte: es werde vielfach nicht verstanden, warum der Ster Holz für den Verbraucher auf 30 *M* zu stehen komme, während das einzelne Forstamt nur etwa 3 bis 5 *M* dafür erhalte. Wie steht es damit?

Im September 1945 stand fest, daß an die etwa 220 000 Haushaltungen Münchens keine Kohle für den Winter verteilt werden könne. So stand die Stadtverwaltung vor der Frage, auf welche andere Weise die Hausbrandversorgung der Münchener Bevölkerung sichergestellt werden könne. Die Militärregierung hat sich damals sehr intensiv eingeschaltet und verlangt, pro Kopf der damals 560 000 Menschen zählenden Bevölkerung solle ein Ster Brennholz bereitgestellt werden. Die Zeit drängte. Der Handel erklärte sich außer Stande, diese Aufgabe zu lösen. Nach seinem Urteil konnte die Bevölkerung unmöglich mit Brennholz in diesem Umfang versorgt werden. Unter diesen Umständen mußte die Stadtverwaltung auf ausdrücklichen Befehl der Militärregierung die Sache selbst in die Hand nehmen. So war es in München, und andernwärts wird es genau so gewesen sein.

Für den Hausbrand in München waren früher 600 000 bis 700 000 Tonnen Kohle jährlich notwendig. An Brennholz für Anfeuerungszwecke waren 60 000 bis 65 000 Ster pro Jahr erforderlich, zum Teil in Bündelholz, zum Teil in anderen Abfallhölzern. Angesichts der Unmöglichkeit, Kohle zu beschaffen, sollte und mußte nun plötzlich die gesamte Hausbrandversorgung auf Holz umgestellt werden. Der Handel hat, wie gesagt, erklärt, er könne das nicht, und die Stadtverwaltung mußte einspringen, nicht weil sie es von sich aus gewollt hätte, sondern weil der Handel mit seiner ganzen Organisation versagte.

Von welchem Preis ist man nun ausgegangen? Vom Abgabepreis an den Verbraucher, den der Preis-Kommissar auf 32 *M* für den Ster festgesetzt hatte. Dann begann die Arbeit. Zunächst hatte man naturgemäß keine klare Übersicht über die weitere Entwicklung; man ist aber so ungefähr durchgekommen. Im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters nahm ich die Angelegenheit in die Hand. Das erste Ergebnis meiner Arbeit war, daß ich für das Wirtschaftsjahr 1946/47 den Verbraucherpreis von 32 *M* für kleingespaltenes Holz auf 30 *M* gesenkt habe, weil mir die Handelspanne zu hoch erschien. Der Handel war mit dieser Senkung einverstanden.

Wie setzt sich nun der Preis von 30 *M* zusammen? Es setzt sich zusammen aus einer Stop-Preis von durchschnittlich 6 *M* für das Forstamt oder den Privatwaldbesitzer und aus einem Hauerlohn von 6 bis 7 *M* pro Ster. Nun beträgt der Hauerlohn bei den Forstämtern nur 2.20 *M* bis 2.40 *M*. Warum? Weil die Löhne der Forstarbeiter sehr niedrig sind. Es ist klar: Heutzutage kann kein Mensch mehr mit einem Stundenlohn von 48 bis 55 *S* auskommen.

Wir begannen daher den Einschlag auf der Basis eines Hilfsarbeiterstundenlohns von 76 *S*. An sich wollten wir das Holz nicht selber einschlagen. Aber die Forstämter erklärten, mit ihrem schwachen Arbeiterbestand könnten sie die erforderlichen riesigen Mengen von Holz unmöglich bewältigen. Wir mußten also zur Selbsthilfe greifen. Der Handel war zunächst zur Mit-

arbeit nicht zu bewegen; schließlich machte er doch mit, als die Stadtverwaltung zusicherte, sie werde eine allensfallige Unterbilanz tragen. Dieses Risiko haben wir in Kauf genommen. Natürlich waren wir mit allen Mitteln bemüht, eine Unterbilanz zu vermeiden. Allerdings sind zusätzliche Kosten entstanden: wir mußten die Leute hinausfahren usw. So ergab sich alles in allem ein Hauerlohn von 6 bis 7 *M* für den Ster.

Dann war die Transportfrage zu berücksichtigen. Das Ausrücken des Holzes von der Schlagstelle an die Straße, von der es abgefahren werden konnte, und der Transport per Fahrzeug oder Bahn nach München erforderten einen weiteren Aufwand von 6 bis 7 *M*. Der Umschlag der angelieferten Holz mengen auf die Verteiler lag in Händen des Landesverbandes des Kohleneinzelhandels. Dafür kam eine Preispanne von 1 *M* für den Ster in Ansatz. Der Landesverband als Zentrale der ungefähr 450 Münchener Kohlen- und Holzhandlungen setzte den Preis, zu dem der einzelne Händler den Ster Holz in Meterscheiten abzugeben hatte, auf 25 *M* fest. Auf den einzelnen Händler entfiel somit eine Preispanne von 4 *M*. Das Jahr zuvor hatte sie 6 *M* betragen. Diese Spanne erschien uns, wie gesagt, zu hoch. Durch Verhandlungen mit der Fachorganisation gelang es uns, sie auf 4 *M* herabzusetzen. Wir taten das, um nicht als Diktatoren verschrien zu werden; denn sonst heißt es: Zuerst waren die braunen Diktatoren da, jetzt haben wir die schwarz-roten Diktatoren! Weiter wurde vereinbart, daß der Einzelhändler für das Schneiden der Meterscheite einen Arbeitslohn von 3.20 *M*, für das Aufspalten weitere 1.80 *M* pro Ster erhalten sollte. So errechnet sich ein Verkaufspreis von 30 *M* für den Ster geschnittenen und gespaltene Holz. Er konnte unter dem Zwang der Umstände nicht anders gestaltet werden. Gewiß lag der Hauerlohn, den wir zahlten, weit über dem der Forstämter. Doch die Löhne der Forstämter sind, das darf man sagen, nahezu um die Hälfte zu niedrig. Das gibt die Forstverwaltung selbst zu. Andererseits lag die Arbeitsleistung all der Menschen, die wir sozusagen ad hoc in den Produktionsprozeß einschalten mußten, beträchtlich unter dem Durchschnitt. Wir haben 1945/46 überhaupt nur entlassene Parteigenossen für die Arbeit draußen zur Verfügung gehabt, Leute, die zum größten Teil ihr Lebtag überhaupt noch keine Säge und kein Holzhack richtig in die Hand genommen hatten. Auch die Bedingungen, unter denen gearbeitet werden mußte, waren nicht dazu angetan, der Leistung gelernter Forstarbeiter nahezukommen, geschweige denn sie zu erreichen. Unter diesen Umständen mußten wir den Hauerlohn erhöhen und in dieser Höhe auch im heurigen Jahr beibehalten. Für München allein galt es, 200 000 Ster Brennholz zu gewinnen. Um auch das so notwendige Nutzholz zu beschaffen, mußten wir insgesamt 600 000 Festmeter niederlegen.

(Hört, hört!)

Wir mußten darauf bedacht sein, daß nicht jeder gesunde Baumstamm niedergelegt wurde und in Meterstücke zerfällt ins Ofenloch wanderte. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus war es ebenso wichtig, Bau- und Schnittholz in ausreichender Menge zu beschaffen. Dem Fachmann tut das Herz im Leibe weh, wenn er, wie voriges Jahr, mit ansehen muß, wie gesunde Baumstämme von 50—60 cm Dicke in Meterstücke zer schnitten verheizt werden, statt sie zu dem so notwendigen Bau- und Nutzholz zu verarbeiten.

(Wimmer [SPD])

Das Forstamt zahlt nun für den Einschlag pro Festmeter nur 1 *M* zuzüglich 25 Prozent Sozialausgleich. Die Holzeinschlagfirmen, die bei uns in der Stadt arbeiten, hätten also einen Festmeter für 1.25 *M* schlagen müssen. Das war nicht möglich. Ich mußte ihnen einen Ausschlag bewilligen. Wegen dieses Ausgleichs ist der derzeitige Dauerlohn für den Städter ebenfalls auf der Basis von 6 bis 7 *M* festgesetzt.

Diese Feststellungen mußte ich machen, damit es im Lande nicht heißt: Da seht Ihr's: 3 *M* zahlen sie dem Forstamt und 30 *M* verlangen sie. Solch irrigen Ansichten in der Öffentlichkeit muß man entgegenreten, will man nicht in den Geruch kommen, eine unsaubere Wirtschaft zu führen. Daher hielt ich es für meine Pflicht, die Dinge hier so darzustellen, wie sie wirklich sind.

**Präsident:** Das Wort hat der Abgeordnete P a b s t m a n n.

**Pabstmann (CSU):** Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, daß ich auf die Ausführungen des Abgeordneten Biehler zurückkomme.

Um nicht in den Geruch zu kommen, daß ich vielleicht gegen oder für eine Sozialisierung

(Zuruf: oder Verstaatlichung!)

oder Verstaatlichung der Bergwerke wäre, möchte ich vorausschicken, daß es mir vollständig gleichgültig ist, ob ein Bergwerk sozialisiert, verstaatlicht oder privatwirtschaftlich betrieben wird. Die Hauptsache für mich ist, daß es allen am Betrieb Beteiligten so gut wie möglich geht.

(Sehr richtig!)

Der Herr Abgeordnete Biehler sagte, daß in Stockheim 1000 Tonnen Kohle gebrannt hätten. Als Landrat des Kreises Kronach darf ich feststellen, daß mir davon absolut nichts bekannt ist.

(Hört, hört!)

Ich darf weiter feststellen, daß ich mit der Geschichte des Bergwerks Stockheim schon seit meiner Jugendzeit sehr gut vertraut bin; ich kenne seine Geschichte. Das Bergwerk Stockheim ist ja nicht immer nur privatwirtschaftlich, sondern auch schon staatlich betrieben worden.

(Sehr richtig!)

Man hat in Stockheim — ich erwähne das nur am Rande — einmal staatlicherseits eine Kohlenwäscherei eingerichtet, die Millionen von Mark gekostet und die man im Jahre 1909 durch bayerische Pioniere wieder in die Luft gesprengt hat. Daraufhin war das staatliche Bergwerk Stockheim erledigt.

(Zurufe: Das waren aber die Schiebungen mit Rudolf!)

— Darauf antworte ich nicht; darauf müßten wir tiefer eingehen. Ich kenne die Verhältnisse auch. Ich weiß auch, daß man in Stockheim gesagt hat, es ist keine Kohle mehr da, wir müssen das Bergwerk schließen. Die Stockheimer Bergleute haben mir gesagt, daß man die Kohle mit Kalk bespritzt hat, um festzustellen, daß hier die Kohle eben zu Ende ist.

(Zuruf: Mitter Schwindel.)

Nach dem Kriege 1918 wurde das Bergwerk auf genossenschaftlicher Grundlage weiterbetrieben. Auch heute arbeitet es auf genossenschaftlicher Basis. Vor etlichen Monaten hat sich eine Gesellschaft Giesecke Erben für das Stockheimer Bergwerk interessiert; sie wollte einen neuen Schacht teufen und das Berg-

werk teils so, teils so übernehmen. Die Stockheimer Bergleute haben gesagt: Das haben wir nicht nötig; das Stockheimer Bergwerk rentiert sich, wir haben keine Schulden usw. Wir brauchen das nicht; wir verkaufen und verpachten das Bergwerk nicht, sondern wir betreiben es auf genossenschaftlicher Grundlage weiter, weil wir sehen, daß wir auf diese Weise durchkommen. — Ich selbst habe an diesen Verhandlungen teilgenommen und kann Ihnen alle Einzelheiten schildern.

Der Abgeordnete Biehler hat weiter gesagt, die Stockheimer Bergleute hätten flehentlich darum gebeten, daß der Staat das Bergwerk übernehme. Auch davon ist mir nichts bekannt, es müßte denn sein, daß dieser Hilferuf in den letzten 24 Stunden an den Abgeordneten Biehler gelangt ist.

(Hört, hört!)

Weitere Ausführungen gestatten Sie mir dann zu machen, wenn ich glaube, daß sie am Platz sein werden. (Beifall bei der CSU.)

**Präsident:** Der Abgeordnete Biehler hat das Wort.

(Zuruf: Der weiß alles, dem kann man nichts vormachen!)

**Biehler (SPD):** — Ich habe mir noch nie eingebildet, daß ich alles weiß. Aber der Herr Landrat von Kronach scheint recht wenig zu wissen; denn sonst müßte ihm bekannt sein, daß die Angelegenheit mit den 1000 Tonnen Kohlen wahr ist. Er kann sich ja ruhig beim Betriebsrat und bei der Werkleitung und sogar hier bei der Landesstelle Kohle erkundigen; denn auf unsere Beschwerde hin ist der Leiter der Landesstelle Kohle nach Stockheim gefahren und wollte mit dem Feuerwehrschlauch die Kohle abspritzen. Dagegen hat die Stockheimer Belegschaft eingewendet, daß ihr dadurch ihre Kohle verloren geht.

(Pabstmann: Ich finde es komisch, daß man das nach München und nicht nach Kronach berichtet.)

— Herr Landrat, Sie müssen sich um Ihren Bezirk kümmern! Ich kann nichts dafür, wenn Sie es nicht wissen; ich kann nicht mehr mitteilen, als mir gesagt worden ist. Daß es gestimmt hat, ist mir nicht nur gesagt worden, sondern das hat auch die Landesstelle Kohle festgestellt. Das haben also nicht nur die Stockheimer Arbeiter behauptet.

Herr Landrat, außerdem können Sie sich bei den Stockheimer Arbeitern darüber erkundigen, daß sie flehentlich darum bitten, das Werk sobald wie möglich in den Besitz des bayerischen Staates übernommen zu sehen. Den Arbeitern kommt es nämlich darauf an, das Werk zu erhalten, was unter den jetzigen Umständen nicht möglich ist. Ich weiß nicht, Herr Landrat, ob Ihnen nicht auch bekannt ist, daß Stockheim bereits Staatskredite in Höhe von 180 000 *RM* in Anspruch nehmen mußte und einen noch höheren Staatskredit benötigten wird, weil eben die Kohlenpreise nicht erhöht werden. Daher ist es den Stockheimer Arbeitern und den Gemeinden allmählich Angst um ihren Besitz und um den Fortbestand des Werkes geworden. Sie sollten also nicht Tatsachen behaupten, ehe Sie sich nicht überzeugt haben, daß sie auch stimmen. Wenn Sie jetzt heimkommen, erkundigen Sie sich und sagen dann das nächste Mal, ob es wahr war oder nicht.

Ich glaube, daß ich auf die Ausführungen des Herrn Stiller nicht eingehen brauche; denn ich habe bestimmt keine Lohnpolitik betrieben. Ich habe versucht,

(Mth.)

**(Piehler [SPD])**

sachlich festzustellen, wie es möglich ist, in Bayern die Kohlenförderung zu steigern. Denn uns geht es wirklich darum, daß in Bayern alles getan wird, um die Brennstoffe aufzubringen, die wir notwendig haben.

Ich möchte auch feststellen, daß ich kein einziges Wort über den Herrn Direktor Meißner gesagt habe. Im Gegenteil, ich erkenne an, daß Herr Direktor Meißner alles getan hat, um Wackersdorf in die Höhe zu bringen. Ich habe schon in der Wirtschaftsausschußsitzung gesagt, ich würde wünschen, daß mancher andere Direktor die Initiative hätte, die Herr Direktor Meißner besitzt; er läßt jetzt das ganze Dorf Wackersdorf abbrechen und an neuer Stelle wieder aufbauen. Daß man manchmal gegen die Bürokratie nicht aufkommen kann, trifft nicht allein für den Herrn Direktor Meißner als Vertreter eines Staatswerkes, sondern auch für die Vertreter der Privatindustrie zu. Uns ist es ja auch so gegangen; denn wenn wir gegen das damalige Wirtschaftsministerium aufgetreten wären, würde heute im Bergbau bereits eine Besserung zu verzeichnen sein.

Ferner möchte ich Herrn Direktor Stinglmagner bitten, dem Herrn Stiller doch einmal die Möglichkeit zu geben, sich den Bergbau richtig anzusehen. Ich bin nicht einmal so schadenstroh, zu verlangen, daß er 14 Tage in ein Bergwerk geht; ich glaube, wenn er einmal vier Stunden darin herumgeführt wird, hat er genug davon. Es wäre vielleicht gut, zu verlangen, daß die Herren, die jetzt in dem Ausschuß sitzen, der über das Schicksal des Bergbaus zu entscheiden hat, sich den Bergbau unter Tag zumindest einmal anschauen, damit sie wissen, wie es den Bergarbeitern geht.

Ich möchte nochmals betonen, es tut mir wirklich leid, daß der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion im Wirtschaftsausschuß abgelehnt worden ist. Ich will diesen Antrag heute nicht neu einbringen, weil ich fest davon überzeugt bin, daß er wieder abgelehnt würde. Es muß also einstweilen mit dem gearbeitet werden, was der Ausschuß beschlossen hat. Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses hat in der Sitzung erklärt, man müsse versuchen, ein Kind zu gebären. Ich habe von vornherein behauptet, daß es eine Mißgeburt wird, und meiner Ansicht nach ist es auch eine geworden. Aber ich bin gewohnt, mit dem zu arbeiten, was in Wirklichkeit vorhanden ist. Wir müssen uns also jetzt mit dem Vorschlag abfinden, den der Ausschuß vorlegt, und versuchen, mit ihm das Beste zu erreichen.

Aber ich glaube kaum, daß wir durchkommen. Wenn der Vorschlag soweit erweitert würde, wie das der Herr Abgeordnete Stiller beantragt, wenn von jedem Werk sozusagen ein Geburtschein, der bis zu seinem Entstehen zurückgeht, beigebracht werden soll, wenn die Löhne, die Unkosten und alles, was sonst noch drum und dran hängt, festgestellt werden soll, dann können wir in zwei Jahren immer noch nicht an die praktische Arbeit herangehen.

Ich möchte zu dem Antrag, den der Ausschuß empfohlen hat, noch einige Änderungen vorschlagen. In Ziffer 1 Buchst. a heißt es:

Die bayerische Staatsregierung wird ersucht, unverzüglich die Besitzverhältnisse der bayerischen Bergbau- und Hüttenbetriebe . . . . . zu prüfen.

Hier würde ich beantragen einzufügen „unverzüglich nach dem Stand vom 1. Mai 1945“; denn nicht bloß ich, sondern meine Parteifreunde befürchten, daß schon manches unternommen worden ist und noch wird, um die Besitzverhältnisse zu verschieben.

Außerdem möchten wir noch beantragen, in Ziffer 2 Buchst. a Zeile 3 zu bestimmen:

Der Übergang der unter Art. 160 der bayerischen Verfassung fallenden Unternehmungen oder wesentlicher Teile hievon an andere Besitzer ist mit Wirkung ab 1. Mai 1945 an die Zustimmung des Staatskommissars gebunden.

(Zuruf vom Regierungstisch: Rückwirkend wird es nicht gehen.)

**Präsident:** Das Wort hat der Regierungsvertreter, Herr Staatssekretär **S e d l m a y r**.

**Staatssekretär Sedlmayr:** Hohes Haus! Zu dem Antrag Brückenk und Genossen darf ich im Namen des Staatsministeriums für Wirtschaft eine kurze Erklärung abgeben.

Was zunächst die Ziffer 1 a dieses Antrags angeht, so wird das Staatsministerium für Wirtschaft so rasch wie möglich handeln. Wir bitten Sie jedoch, uns nicht eine Frist von drei Wochen zu setzen, sondern statt dessen vielleicht zu sagen: „innerhalb kürzester Frist“. Dann sind wir imstande, diesem Antrag gerecht zu werden.

Zum Thema Kohlennot, das in Ziffer 1 b behandelt ist, darf ich erklären, daß wir in der Frage der Brennstoffversorgung und der Erschließung geeigneter Vorkommen alles in unseren Kräften Stehende so rasch wie möglich veranlassen wollen. Darüber hinaus sind wir auch bestrebt, soweit wie möglich die bayerische Landwirtschaft durch Zusammenfassung aller beteiligten Kräfte einzuschalten, damit wir für das Jahr 1947 noch rechtzeitig zu einem positiven Resultat kommen können.

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete **S t o c k**.

**Stoß (SPD):** Ich möchte nur eine ganz kurze Bemerkung zu der Erklärung des Herrn Vertreters der Staatsregierung machen. Wir sind damit einverstanden, an die Stelle von „drei Wochen“ „in kürzester Frist“ zu setzen, bitten aber die Staatsregierung, alles zu tun, damit diese kürzeste Frist auch eine kürzeste Frist bleibt.

**Präsident:** Wünscht noch einer der Herrn das Wort? — Das ist nicht der Fall. Die Beratung ist geschlossen.

Das Schlußwort hat der Herr Berichterstatter, Abgeordneter **K i e n e**.

**Kiene (SPD) [Berichterstatter]:** Ich möchte nur eine kurze Berichtigung geben. Es ist zweimal in der Debatte, vom Herrn Abgeordneten Stinglmagner und vom Herrn Abgeordneten Stiller, behauptet worden, der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion sei mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt worden. Das ist nicht richtig, und ich bitte insbesondere die Presse, das richtig aufzunehmen: Der Antrag wurde mit 17 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurden die ersten beiden Punkte des gemeinsamen Antrags mit 15 gegen 2 Stimmen, die übrigen einstimmig angenommen.

**Präsident:** Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte die Beilage 63 zur Hand zu nehmen. Wir müssen absatzweise abstimmen.

Der Antrag des Ausschusses lautet:

Die bayerische Staatsregierung wird ersucht, — Buchst. a ist in der Beilage 63 nicht richtig wiedergegeben; ich bringe die richtige Fassung zur Verlesung —

- a) unverzüglich die Besitzverhältnisse der bayerischen Bergbau- und Hüttenbetriebe, der Zementfabrik Marienstein in Marienstein, der Keramischen Fabrik der Firma Buchtal AG. in Schwarzenfeld, der Fabrikanlagen der Vereinigten Flußpatwerke in Stulln und des Annawerks in Döllau zwecks Überführung in den Besitz des bayerischen Staates zu klären, ferner Angaben über alle bisher vom Staat gewährten Zuschüsse, wann und in welcher Höhe sie gegeben wurden, sowie Angaben über Förderung, Belegschaften und Jahresbilanzen seit 1938 zu erbringen und

— wenn das Haus damit einverstanden ist, setze ich gleich ein —

innerhalb kürzester Frist einen Gesetzentwurf hierüber vorzulegen.

Das ist der richtige Text.

Dazu liegt ein Änderungsantrag Piehler vor, nach dem Wort „unverzüglich“ einzufügen „nach dem Stand vom 1. Mai 1945“.

(Zuruf: 31. Mai 1945.)

1. Mai 1945 liegt mir vor.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dieser Änderung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Dr. Hundhammer: Zunächst wäre über die erste Änderung abzustimmen!)

Ich habe den Damen und Herren den richtigen Text des Ausschlußbeschlusses mit der Änderung, die allgemein gewünscht wird, „in kürzester Frist“, vorgelesen. Dazu liegt ein Änderungsantrag Piehler vor:

Die bayerische Staatsregierung wird ersucht, unverzüglich nach dem Stand vom 1. Mai 1945 die Besitzverhältnisse der bayerischen Bergbau- und Hüttenbetriebe usw. zu klären.

(Brüschent: Zur Geschäftsordnung!)

Das Wort hat zur Geschäftsordnung der Abgeordnete **Brüschent**.

**Brüschent** (CSU): Es müßte heißen „nach dem Stand vom 1. Mai 1945 und jetzt“, also bis zur Gegenwart.

**Präsident:** Es soll also eingefügt werden: „seit dem 1. Mai 1945 und nach dem derzeitigen Stand“.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Zusatz zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. — Der Zusatz ist einstimmig angenommen.

Ich lasse nun über Buchst. a mit den angenommenen Änderungen abstimmen.

Wer dem Buchst. a mit den beschlossenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Buchst. a ist mit den Änderungen einstimmig angenommen.

Zu Buchst. b und c liegen keine Änderungsanträge vor. Ich brauche diese beiden Absätze wohl nicht mehr zu verlesen und darf die Zustimmung des Hauses hierzu annehmen. — Ich stelle fest, daß kein Widerspruch erfolgt.

Wir kommen nun zu den Zusatzanträgen.

Der Zusatzantrag unter Ziffer 2a entspricht dem Änderungsantrag bei Ziffer 1a. Es heißt hier:

Der Übergang der unter Art. 160 der bayerischen Verfassung fallenden Unternehmungen oder wesentlicher Teile hiervon an andere Besitzer ist mit sofortiger Wirkung an die Zustimmung des Staatskommissars gebunden;

Hier sollen die Worte „ist mit sofortiger Wirkung“ abgeändert werden in „mit Wirkung ab 1. Mai 1945“.

(Zurufe: Das ist nicht möglich.)

Dieser Antrag kann unter Umständen später gestellt werden. Ich würde vorschlagen, ihn jetzt zurückzuziehen. Ist der Antragsteller damit einverstanden?

(Zuruf: Ja.)

Zu dem bereits verlesenen Text der Ziffer 2a kommt noch hinzu:

Als wesentliche Teile gelten Teile des Anlagevermögens ab 10 v. H.

Wer diesem Zusatzantrag zu Ziffer 2a zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Zu den Ziffern 2b und c liegen Änderungsanträge nicht vor. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Dann haben wir noch über folgenden Absatz abzustimmen:

Zu Mitgliedern des unter Ziffer 1 Buchst. c bezeichneten Ausschusses wurden gewählt die Abgeordneten Emmert, Brüschenk, Stinglwagner, Drechsel, Piehler, Köhlig, Stiller.

Widerspruch erhebt sich nicht; ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Schließlich ist noch abzustimmen über die Eingabe von Ernst Meißner in Schwandorf betr. Verstaatlichung des bayerischen Kohlenbergbaues.

Hier beantragt der Ausschuß, diese Eingabe durch die Beschlüsse für erledigt zu erklären. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Nun schlage ich vor, die Sitzung zu unterbrechen und Nachmittag pünktlich um 3 Uhr wieder aufzunehmen. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Die Sitzung wird um 12 Uhr 36 Minuten unterbrochen und um 15 Uhr 7 Minuten durch den Präsidenten Dr. S o r l a c h e r wieder aufgenommen.

**Präsident:** Die Sitzung ist wieder aufgenommen. Wir kommen zu Ziffer III der Tagesordnung:

(Präsident)

**Mündliche Berichte des Ausschusses für Verfassungsfragen**

- a) zu dem Auftrag in der Vollsitzung des Landtags vom 31. Januar 1947, zu prüfen, ob ein Mißtrauensvotum gegen einen einzelnen Minister nach der Verfassung überhaupt möglich ist;
- b) zum Antrag der Abgeordneten Dr. Linnert und Genossen betreffend Verhalten des Wirtschaftsministers Dr. Zorn bei der Wahl des Dr. Agarz beim Verwaltungsrat für Wirtschaft und der Bipartite Economic Control Group.

Ich erteile das Wort dem Berichterstatter Dr. Lacherbauer.

Dr. Lacherbauer (CSU) [Berichterstatter]: Der Verfassungsausschuß hat sich in seiner Sitzung vom 12. Februar mit dem Antrag der Abgeordneten Dr. Linnert und Genossen (Beilage 33) befaßt.

Der Berichterstatter hat es für erforderlich gehalten, folgende Vorfragen zu klären, bevor zum genannten Antrag Stellung genommen werden könnte:

1. ob Dr. Zorn einen Mißtrauensantrag gegen Dr. Müller unterstützt hat;
2. wie der Mißtrauensantrag begründet war;
3. ob Dr. Zorn als Vertreter Bayerns von der Staatsregierung zu einem solchen Schritt ermächtigt worden war;
4. ob seine allgemeine Vollmacht hierzu ausreicht, wenn er keine spezielle Vollmacht hatte.

Erst wenn diese Fragen beantwortet sind, könne man entscheiden, ob die Staatsregierung in der Lage sei, die von Dr. Zorn abgegebene Erklärung zurückzuziehen oder die Wahl des Dr. Agarz als nicht rechtskräftig anzusehen.

Sollte sich nach Klärung der angeführten Fragen herausstellen, daß die Entscheidung von Minden unanfechtbar sei, so bliebe trotzdem dem Landtag die Möglichkeit zur Untersuchung der Frage, ob Dr. Zorn im Sinne der bayerischen Staatsregierung und im Sinne der Regierungspolitik gehandelt habe.

Durch eine Erklärung des Wirtschaftsministers Dr. Zorn wurde die erste Frage dahingehend beantwortet, daß er das gegen Dr. Müller eingebrachte Mißtrauensvotum unterzeichnet hat. Dr. Zorn hat im Verfassungsausschuß folgende Ausführungen gemacht:

Ich war, als die Mindener Tagung angelehrt wurde, etwa 14 Tage im Amt. Der Punkt Neuwahl des Vorsitzenden stand überhaupt nicht auf der Tagesordnung. Ich wußte nicht einmal, daß Dr. Müller Vorsitzender des Wirtschaftsrats ist. Zusammen mit Staatssekretär Geiger kam ich am Vorabend des Sitzungstags um 1/210 Uhr in Minden an. Erst jetzt erfuhr ich inoffiziell, daß daran gedacht sei, den Vorsitzenden des Verwaltungsrats für Wirtschaft, der gleichzeitig Leiter des Wirtschaftsamtes ist, abzurufen. Von verschiedenen Seiten wurde mir mitgeteilt, daß Dr. Müller hier keine gute Presse habe, weil er für den am Mindener Amt herrschenden

Zentralismus verantwortlich gemacht werde. Bei dem Zusammentritt von sechs neuen Ministern war selbstverständlich ein neuer Vorsitzender des Verwaltungsrats zu wählen. Nach parlamentarischen Gepflogenheiten hatte ich infolgedessen keine Bedenken, Dr. Müller mit abzurufen. Mit dem Mißtrauensantrag, den ich allerdings erst am nächsten Tage einige Minuten vor der Sitzung zu Gesicht bekam, war ich an sich einverstanden und bin es heute noch. Mich mit seiner Begründung näher zu befassen, hatte ich keine Möglichkeit mehr. Dr. Müller ist dann auf Grund des von den sechs Wirtschaftsministern gemeinsam unterzeichneten Antrags abberufen worden.

In zweiter Linie wurde dann der Antrag gestellt, zum Vorsitzenden Dr. Agarz zu wählen. Hierzu habe ich beantragt, die Frage zu vertagen, weil zu einer Angelegenheit von solcher Wichtigkeit zunächst die Kabinette Stellung nehmen müßten. Ich wollte mir vorbehalten, mich hierwegen mit dem Herrn Ministerpräsidenten in Verbindung zu setzen. Ich wurde aber hier mit fünf Stimmen gegen eine Stimme majorisiert. Hierauf wurde der Antrag gestellt, Dr. Agarz zum Leiter des Wirtschaftsrats zu bestellen. Hierbei habe ich mich der Stimme enthalten. Fünf Stimmen wurden für Dr. Agarz abgegeben.

Das Mitglied des Hauses Dr. Dehler hat in der Debatte den Text der Mindener Erklärung verlesen, den ich ebenfalls bekanntgebe:

Im Namen der unterzeichneten Wirtschaftsminister der Länder der amerikanischen und britischen Zone habe ich Ihnen folgende Erklärung abzugeben:

Nach den Satzungen des Verwaltungsrats für Wirtschaft ist die Wahl des Vorsitzenden des Verwaltungsrats, der zugleich der Leiter des Verwaltungsamtes ist, und dessen Stellvertreters eine Angelegenheit des Verwaltungsrats, der aus den Wirtschaftsministern der Länder beider Zonen besteht.

Durch die Wahlen in den süddeutschen Ländern und durch die Entscheidung der britischen Militärregierung, als Vertreter der britischen Zone ebenfalls die Wirtschaftsminister der Länder der britischen Zone in den Verwaltungsrat zu entsenden, hat sich die Zusammensetzung des Verwaltungsrats entscheidend geändert. Die Voraussetzungen, unter denen Dr. Müller und sein Stellvertreter, Dr. Rasch, seinerzeit gewählt wurden, bestehen demnach nicht mehr.

Die unterzeichneten Wirtschaftsminister halten es für ihre Pflicht, die Frage der Leitung neu zur Entscheidung zu stellen. Sie erklären, daß sie nicht in der Lage sind, dem bisherigen Leiter und seinem Stellvertreter ihr Vertrauen auszusprechen. Die wirtschaftspolitische Einstellung und bisherige Tätigkeit der beiden Herren bieten nicht die Gewähr für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Die entscheidende Stellung, die der Vorsitzende des Verwaltungsrats für Wirtschaft beim Neu-

(Dr. Lacherbauer [CSU])

aufbau der deutschen Wirtschaft innehat, sowie die hohe Bedeutung, die dem Verwaltungsamt für Wirtschaftspolitik in den einzelnen Ländern zukommt, verlangt an der Spitze einen Mann, der das uneingeschränkte Vertrauen der Mitglieder des Verwaltungsrats besitzt. Die unterzeichneten Wirtschaftsminister sind der Überzeugung, daß mit der Leitung des Verwaltungsrats Persönlichkeiten betraut werden müssen, die in ihren wirtschaftspolitischen Ansichten und in der Durchführung der praktischen Aufgaben des Amtes den wirtschaftlichen Notwendigkeiten für den Aufbau Deutschlands und Europas entsprechen.

Minden, den 16. Januar 1947.

Die Richtigkeit dieser Ausführung wurde von keiner Seite bestritten.

Die Frage, ob Dr. Zorn vom bayerischen Kabinett ermächtigt war, so zu handeln, wie er gehandelt hat, wurde vom Ministerpräsidenten verneint; die Frage, ob er auf Grund seiner hinzureichenden Vollmacht so handeln konnte, wurde dagegen bejaht.

Der Ministerpräsident erklärte ergänzend hierzu, daß die Stimmenthaltung des bayerischen Wirtschaftsministers die Staatsregierung außer Stand setze, ein sogenanntes Minderheitsvotum abzugeben, d. h. durch Einspruch bei der Militärregierung eine Abänderung des Mindener Beschlusses anzustreben.

Hinsichtlich der Zulässigkeit des Antrags der FDP führte der Regierungsvertreter außerdem aus, daß der Landtag gar nicht befugt sei, der Staatsregierung in einer konkreten Frage, deren Entscheidung ihr als Vollzugsgewalt zukomme, ein bestimmtes Verhalten vorzuschreiben, da unsere Verfassung von dem Grundsatz der Gewaltenteilung beherrscht werde. Im übrigen sei der Beschluß von Minden von den beiden Militärregierungen zwischenzeitlich genehmigt worden.

Angeichts der Erklärung des Berichterstatters, daß die Mindener Erklärung sich jeder korrektiven Beschlüßfassung durch den Bayerischen Landtag entziehe, und daß nur noch das Verhalten des bayerischen Wirtschaftsministers Dr. Zorn einer politischen Beurteilung durch den Landtag unterworfen werden könne, änderte Dr. Dehler als Vertreter der FDP den ursprünglich eingebrachten Antrag wie folgt ab:

Die bayerische Staatsregierung sei zu ersuchen, beim Verwaltungsrat für Wirtschaft und der Bipartite Economic Control Group die Erklärung abzugeben, daß sie den vom Minister Dr. Zorn abgegebenen Mißtrauensantrag nicht billige.

Berichterstatter und Mitberichterstatter vertraten jedoch die Ansicht, daß auch ein solches Ersuchen unzulässig sei und beantragten daher auch die Abweisung des neugefaßten Antrags. Der Verfassungsausschuß entschied mit 18 gegen 1 Stimme bei 4 Stimmenthaltungen, den Antrag abzulehnen.

Wie ich bereits im ersten Teil meines Berichts ausgeführt habe, steht der Antrag der FDP (Beilage 54) in unmittelbarem Sachzusammenhang mit dem soeben behandelten Antrag (Beilage 33).

Der Antrag Beilage 54 hat folgenden Wortlaut:

Dem Wirtschaftsminister Dr. Zorn wird das Mißtrauen des Bayerischen Landtags ausgesprochen.

Der Verfassungsausschuß hatte von diesem Hause lediglich den Auftrag erhalten, zu prüfen, ob ein Mißtrauensvotum gegen einen einzelnen Minister nach der Verfassung überhaupt möglich ist.

Ich möchte dies mit aller Deutlichkeit klargestellt wissen, weil in einer großen deutschen Tageszeitung ursprünglich die nicht zutreffende Mitteilung verbreitet worden war, daß der Verfassungsausschuß selbst ein solches Mißtrauensvotum ausgesprochen habe. Hierzu war er nicht in der Lage, und er hat auch gar nicht daran gedacht, zum sachlichen Inhalt des Antrags Stellung zu nehmen und hierüber eine Entscheidung zu treffen.

Nach diesen Vorbemerkungen darf ich zur Darstellung der Erledigung unseres Auftrags zurückkommen.

Der Berichterstatter bejahte die Möglichkeit einer Mißtrauenserklärung gegenüber einem einzelnen Minister, verwies aber mit allem Nachdruck darauf, daß ein entsprechender Beschluß des Landtags nicht die Folge hat, die eine entsprechende Willensäußerung des alten Reichstags oder des Bayerischen Landtags nach der Weimarer bzw. Bamberger Verfassung nach sich zog, nämlich die Pflicht des Betroffenen, sein Amt niederzulegen. Es sei jedoch Sache des Ministerpräsidenten, zu prüfen, ob er das betroffene Regierungsmitglied angesichts der Einstellung der Mehrheit des Landtags im Amt belassen oder seine Entlassung dem Landtag vorschlagen wolle.

Entschließe sich der Ministerpräsident dazu, sein Kabinettsmitglied im Amt zu behalten, so könne dadurch die Situation hervorgerufen werden, die Art. 44 Abs. 3 mit den Worten umschreibt:

Der Ministerpräsident muß zurücktreten, wenn die politischen Verhältnisse eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen ihm und dem Landtag unmöglich machen.

Der Mitberichterstatter bezeichnete eine Mißtrauenserklärung gegen einen einzelnen Minister für rechtlich wirkungslos, weil sie seinen Rücktritt nicht zur Folge habe. Mit Rücksicht darauf, daß einer solchen Mißtrauenserklärung nur politische Bedeutung zukomme, sprach er sich gegen sie aus.

Der Vertreter der Staatsregierung brachte zum Ausdruck, daß unsere Verfassung ein formloses Mißtrauensvotum mit der Folge des Rücktritts weder gegenüber dem Kabinett noch gegenüber einem seiner Mitglieder kenne. Wohl sei der Landtag imstande, durch konkludente Handlungen dem Minister gegenüber unmißverständlich zum Ausdruck zu bringen, daß er, der Landtag, mit der Politik des Kabinettsmitgliedes nicht einverstanden sei. Geschehe dies, dann werde der Ministerpräsident zu überlegen haben, ob er den Minister entlasse oder nicht, oder ob er selbst zurücktreten wolle. Der Antrag der Abgeordneten Dr. Linnert und Genossen stehe nicht im Einklang mit der Verfassung und sei daher abzulehnen.

Es bestand im Verfassungsausschuß darüber Einigkeit, daß ein Mißtrauensbeschluß des Landtags gegen einen einzelnen Minister nicht die Folge hat, daß dieser

(Dr. Lacherbauer [CSU])

zurücktreten muß. Ausschuß und Regierung waren sich auch darüber einig, daß der Landtag das Recht hat, jedem Minister gegenüber sein Mißfallen über eine Einzelmaßnahme oder sein ganzes Verhalten zum Ausdruck zu bringen.

Mit Rücksicht darauf, daß das Wort Mißtrauensvotum in der Vergangenheit einen Beschluß bezeichnete, der automatisch den Rücktritt des Betroffenen zur Folge hatte, plädierte die Regierung dafür, den Ausdruck durch das Wort Mißbilligung zu ersetzen, um Verwechslungen in der Öffentlichkeit auszuschließen.

Nachdem der Abgeordnete Dr. Dehler erklärt hatte, auch er sei nicht der Auffassung, daß ein als Mißtrauensvotum bezeichneter Beschluß des Landtags nach unserer jetzigen Verfassung die rechtlichen Folgen wie früher auslöse; nachdem ferner von einer Reihe von Abgeordneten zum Ausdruck gebracht worden war, es könne dem Landtag nicht vorgeschrieben werden, welche Worte er wähle, um einem Kabinettsmitglied sein Mißfallen zum Ausdruck zu bringen, beantragte der Berichterstatter, den Antrag der Abgeordneten Dr. Sinnert und Genossen für zulässig zu erklären, im Gegensatz zum Mitberichterstatter, der seine Abweisung beantragt hatte. Das Abstimmungsverhältnis betrug 13 gegen 12 Stimmen.

Es darf noch erwähnt werden: Der Ministerpräsident richtete an den Verfassungsausschuß die Bitte, zu interpretieren, was unter dem Begriff Mißtrauensvotum zu verstehen sei.

Der Berichterstatter erklärte hierzu im Ausschuß, daß er im vollen Hause mit der gleichen Deutlichkeit wie im Verfassungsausschuß das Wesen eines solchen Beschlusses erläutern werde. Ich glaube, dieser Bitte bereits entsprochen zu haben.

Ich darf hierzu folgendes erwähnen: Der Inhalt eines Begriffs wird nicht seiner Bezeichnung, sondern seinem Wesen entnommen. Wer glaubt, Schlußfolgerungen aus der Bezeichnung ableiten zu können oder gar zu müssen, gleicht einem Manne, der den Wert und den Inhalt eines Buches nach seiner Überschrift beurteilt. Leider erliegen nur viel zu viele solchen Außerlichkeiten; ich gehe aber davon aus, daß diejenigen, die staatsrechtliche Fragen zu entscheiden haben, nicht zur Gruppe derjenigen gehören, die die Bezeichnung eines Dinges mit seinem Wesen verwechseln.

**Präsident:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Dr. Dehler.

**Dr. Dehler (FDP):** Meine Damen und Herren! Die Vorgänge von M i n d e n, wie sie Ihnen schon Kollege Dr. Lacherbauer in Kürze umschrieben hat, sind von erheblicher Bedeutung. Ich glaube, sie erleuchten schlagartig die gesellschaftlichen und politischen Kräfte, die am Werk sind.

(Zurufe von der SPD: Sehr richtig!)

— Ich freue mich sehr über das Eingeständnis, das hier von der linken Seite kommt. Diese Dinge sind symptomatisch und bedeuten viel mehr als das, was wir sonst zu sehen und zu hören bekommen.

Nun darf ich noch eine ganz kurze Ergänzung der vom Kollegen Dr. Lacherbauer vorgebrachten Schilderung des Sachverhalts geben. Bei Bildung der

bizonalen Verwaltungsräte, besonders des Wirtschaftsrats in Minden, hat bereits ein intensiver Kampf um den Geist dieses Verwaltungsrats stattgefunden. Dieser Kampf hat sich schon in den beiden Persönlichkeiten ausgeprägt, die als Vorsitzende des Verwaltungsrats präsentiert wurden, nämlich in Dr. Ugarz und Dr. Rudolf Müller.

(Zuruf von der SPD: Der Kampf bestand schon vor 1933!)

— Der Kampf geht weiter. Er geht verschärft weiter; das wissen wir.

(Zuruf von der SPD: Wie im Hitlerregime!)

— Wir wollen uns verständigen und zunächst einmal die Kampffronten aufzeigen. Das tut Minden, das tun der 15. und der 16. Januar. Deswegen ist darüber zu reden.

Bei Gründung der Verwaltungsräte waren parlamentarische, demokratische Kräfte noch nicht vorhanden. Die Regierungen, die damals bestellt waren, hatten ihre Vollmachten von den Militärregierungen übertragen erhalten. Schon damals hat die britische Zone — das darf man sagen — und haben die Kräfte, die dort lebendig sind, versucht, eine ganz bestimmte wirtschaftspolitische Richtung durchzusetzen. Der Exponent dieser Richtung war Dr. Ugarz.

(Zuruf von der SPD: Warum auch nicht?)

— Wir reden ja darüber.

(Zuruf von der SPD: Sie wollen doch auch eine bestimmte Richtung! Das wissen wir längst.)

— Der Wirtschaftsminister Jörn scheint es nicht gewußt zu haben, das ist das Merkwürdige. Ich mache es ihm nicht zum Vorwurf. Der Name Dr. Müller war ihm kein Begriff. Vielleicht war ihm auch der Name Dr. Ugarz kein Begriff. Wir sind uns aber dessen bewußt, was hier gespielt wurde und welche Kräfte vorhanden waren. Bei der Gründung des bizonalen Wirtschaftsrates fiel eine Entscheidung gegen Dr. Ugarz. Diese Entscheidung war durch die Länder der US-Zone, durch die süddeutschen Länder, herbeigeführt worden, die das ablehnten, was der Name Dr. Ugarz in sich schloß, nämlich erstens Zentralismus und zweitens Sozialismus, d. h. hier entschädigungslose Enteignung der Produktionsmittel.

(Lebhafte Zurufe: Oho, oho! und Widerspruch bei der SPD.)

Darum ging es hier.

(Stoß: Das ist wider besseres Wissen!)

— Herr Stoß, wie können Sie das behaupten? Sie haben die Möglichkeit, mich richtigzustellen, wenn ich die Dinge falsch sehe. Darum wurde also gespielt, und deshalb fiel die Entscheidung mit Recht gegen Dr. Ugarz.

(Zuruf von der SPD: Sie besitzen doch nichts, Herr Doktor; warum haben Sie dann soviel Angst?)

— Mich unterscheidet von Ihnen, daß ich eine Überzeugung habe.

(Sehr gut! bei der FDP.)

Diese vertrete ich. Ich bin kein Kapitalist, ich bin wirklich keiner. Ich bin ein kleiner Pinscher, sonst nichts. Aber ich habe einen Glauben und eine Zuversicht, und dafür trete ich ein. Dabei denke ich nicht an mich, sondern mühe mich mit den Besten unseres Volkes, wie wir der Gemeinschaft unseres Volkes helfen können.

(Dr. Dehler [SP])

Vor allem ist es an der Zeit mit den Experimenten aufzuhören, die Sie mit den jammervollen Resten unserer Produktionsmittel durchführen wollen.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD.)

Dr. Agarz hat damals den Kürzeren gezogen, aber der Kampf wurde nicht aufgegeben. Diese politischen Hintergründe aufzuzeigen tut not. Darum geht es doch. Man hat systematisch begonnen, das, was damals nicht gelang, auch in der Zeit fortzuführen, in der in der US-Zone Parlamente gewählt und in der britischen Zone Parlamente bestellt worden waren. Man hat trotzdem versucht, die politische Macht in die Hand zu bekommen und die wirtschaftliche Linie zu bestimmen. Das ist kein Hirngespinnst, Herr Stöck, sondern das hat Dr. Schumacher kühl und klar und unverhüllt gesagt und sagt es immer und immer wieder.

(Zuruf von der SPD: Sie behaupten Dinge wider besseres Wissen.)

— Sie sagten, ich würde Dinge wider besseres Wissen vorbringen.

(Zuruf: Entschädigungslos enteignen, haben Sie gesagt. Wo steht das?)

— Das ist das letzte Ziel.

(Zuruf: Wer sagt das?)

— Hier die Schleier von den Ereignissen zu ziehen, tut not, das ist der Sinn dieser Diskussion. Das hat Dr. Agarz vertreten. Auf die Nuance kommt es gar nicht an.

(Zuruf: Auf die Wahrheit kommt es an.)

— Daß Dr. Agarz bewußt die Bergesellschaftung der Produktionsmittel — so hat er sich geäußert — durch entschädigungslose Enteignung

(Zuruf: Wo und wann hat er das gesagt?)

betreibt, das ging, wenn auch verkleidet, schon aus dem Hannoveraner Parteitag hervor.

(Zuruf: Da waren wir dabei; da hat er es nicht gesagt.)

— Mir geht es darum, aufzuzeigen, daß eine Kraft vorhanden ist, die versucht, entgegen dem klaren Willen des Volkes eine wirtschaftspolitische Richtung einzuschlagen —

(Zurufe: Abstimmung in Hessen! — Wenn das Volk kapitalistisch wäre, hätten Sie, Herr Dr. Dehler, ja die Mehrheit in Bayern.)

— Nein, Sie werden ja die Stimme der CSU hören und werden wahrscheinlich auch von der WVB die Ansicht vertreten bekommen, daß unsere Verfassung keine sozialistische ist. Das ist offenkundig. In Württemberg-Baden liegen die Dinge nicht anders.

Ich sprach von einem wirtschaftspolitischen Willen, der am Werke ist und sich durchzusetzen versucht. Dieser Wille konzentriert sich in einer Person, das ist Dr. Kurt Schumacher. Er hat unverblümt erklärt, es sei sein Ziel, alle Wirtschaftsministerien der britischen und der amerikanischen Zone in die Hand seiner Parteifreunde zu bekommen.

(Zuruf: Jetzt sagen Sie, zu welchem Zweck.)

Das ist ihm gelungen,

(Zuruf: Sind wir froh! — Das ist Politik.)

Gegen den klaren Willen des Großteils der Bevölkerung.

(Zuruf: Das erweist sich noch, siehe Berlin.)

Aber nicht genug damit. Sein Ziel geht ja noch weiter, sein Ziel ist gerichtet auf aktuelle Sozialisierung.

Es vertreten ja auch andere dieses Ziel der Überführung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum.

(Zuruf: In die Hand des Volkes, nicht in die Hände einzelner.)

Auch Herr Kollege von Knoeringen hat das ganz freimütig erklärt, indem er sagte: „Die Sozialisierung ist den Sozialdemokraten nicht ein Fernziel, sondern eine Tagesaufgabe.“

(Zurufe: Sehr richtig!)

Was in Minden geschehen ist, ist ein Teil dieser Operation.

(Stöck: Wir würden uns ja selbst aufgeben.)

Vielleicht darf ich doch einmal zitieren, Herr Kollege Stöck, damit Sie wissen, worum es geht. Dr. Schumacher hat erst vor wenigen Wochen sein Sozialisierungsprogramm veröffentlicht. Er hat dabei erklärt:

Der deutsche Restkapitalismus, seine politischen, geistigen und gesellschaftlichen Erscheinungsformen sind der Feind, der unter allen Umständen und in jeder Situation zu bekämpfen ist.

(Zuruf: Klar!)

— Dann sind wir uns ja einig. Hier wird von Dr. Schumacher, der dominierenden Kraft in der britischen und demnächst auch in der amerikanischen Zone, erklärt, daß es jetzt aktuell im Augenblick darum geht, das, was an sogenanntem Restkapital noch vorhanden ist, das, was uns der Krieg, die Zerstörung und die Demontage noch gelassen haben an Produktionskapital,

(Zuruf: Nicht Kapital, sondern Kapitalismus!)

— lassen Sie mich zu Ende reden! — in die Hand der Gesellschaft zu bekommen. Wenn ich Ihnen noch einige charakteristische Sätze aufzeigen darf, damit Sie die Zusammenhänge erkennen, will ich Sie darauf hinweisen, daß er weiter sagt:

Die heutigen Ansätze können im Prinzip nur durch eine vorwärtsdrängende und gestaltende Politik überwunden werden. In diesem Sinne haben die Sozialdemokraten auch bei der Regierungsbildung in allen Ländern der amerikanischen und britischen Zone darauf gedrängt, den Wirtschaftsminister zu bekommen; ihre Einheitlichkeit in dem Gremium der Minister, das den Geschäftsführer des bizonalen Amtes trägt, ist gesichert. Jetzt geht der Kampf

— hören Sie die Worte —

(Zuruf: Haben Sie keine Angst!)

um die Schlüsselstellung in diesen Zweizonenämtern. Damit entbrennt der Kampf um die Besetzung und Kontrolle der zonalen und bizonalen Ämter überhaupt.

Das sagte Dr. Schumacher. Er sagte noch mehr, nämlich:

Die Sozialisierung ändert entscheidend die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse, macht die Regierungen letzten Endes krisenfest.

Ein ganz klares Programm, das mit ebensoviel Klarheit durchgesetzt wird.

(Zuruf: Das braucht das deutsche Volk.)

— Das können Sie nachher dem Parlament darlegen und es davon überzeugen. — Man bringt also die Schlüsselstellungen in seine Hand, man sichert sich die Wirtschaftsministerien in sämtlichen sechs Ländern, man erkämpft — hören Sie den militanten Ton,

(Dr. Dehler [FDP])

welche Kämpfer sind diese „Demokraten“! — das Amt des Leiters des Verwaltungsrats in Minden, und dann sozialisiert man. Und wenn man sozialisiert hat, dann ändert man die Mehrheitsverhältnisse in den Parlamenten. Das sind die Worte des Herrn Dr. Schumacher.

(Zuruf: Unverschämtheit!)

— Die Sozialisierung ändert entscheidend die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse. Hier wird die Wahrheit einmal ohne Maske gesagt. Es ist eine merkwürdige Demokratie, die hier betrieben wird, eine Demokratie, die ausschließlich Mittel zum Zweck ist. Man versucht die wirtschaftspolitischen Schlüsselstellungen in die Hand zu bekommen, um damit die demokratische Mehrheit zu gewinnen, wenn man am Schalthebel der Wirtschaft steht, und dann die politische Macht zu erlangen, die man nie mehr hergibt.

(Zurufe: Unerhört!)

— Das sind die Gefahren, auf die wir zu sprechen kamen. Das sind keine Hingespinnste. Das sind einerseits die Kampfsparolen, die Dr. Schumacher ausgegeben hat, auf der anderen Seite die Tatsachen: Man hat sechs Wirtschaftsminister, wie man sie haben wollte, und hat auch den Leiter des bizonalen Wirtschaftsrats in Minden mit seiner Machtfülle, die kaum zu überschätzen ist. Wir haben wirklich allen Grund, zu fragen: Entspricht das dem Willen des Volkes, entspricht das den Wahlen, der Zusammensetzung der Parlamente? An diese Dinge müssen wir doch rühren, wenn man nun erst noch die Einzelheiten kennt, wenn man sieht, wie sich hier schon, gestatten Sie das abgegriffene Schlagwort, eine überstaatliche Macht entwickelt, die die Dinge entscheidet.

(Zuruf: Wer ist die überstaatliche Macht?)

— Dr. Schumacher und seine sozialistische Organisation. Wer der Vorsitzende des Verwaltungsrats in Minden wurde, entschieden nicht die Regierungen, die vom Volke gewählt worden sind, sondern entschied allein Dr. Schumacher. Dagegen wenden wir uns.

(Zuruf: Über die Hälfte des deutschen Volkes steht hinter Dr. Schumacher; siehe Berlin, siehe Hessen. — Glocke.)

**Präsident:** Ich bitte um Ruhe; ich bitte, sich nicht aufzuregen. Die jeweiligen Wahlen werden beweisen, wer im Volk der stärkere ist.

**Dr. Dehler (FDP):** Wenn ich an das anknüpfe, was der Herr Präsident gesagt hat: Die Wahlen müssen sich aber auch auswirken, es dürfen nicht Entscheidungen gegen den Willen des Volkes fallen. Das ist in Minden geschehen. Das ist offenkundig. Sie brauchen nur dieses Haus anzuschauen. Glauben Sie, daß Dr. Agatz bestätigt werden würde, wenn dieses Haus entscheiden würde? Glauben Sie, in Württemberg-Baden würde es anders sein?

(Zurufe: Hessen.)

Wie es in Hessen ist, weiß ich nicht. Wir haben uns hier zu fragen: Bestätigen wir das, was der Vertreter der bayerischen Regierung in Minden getan hat?

(Zurufe: Das brauchen wir nicht. Das ist eine deutsche Entscheidung. Sie reden ja immer von Deutschland.)

— Am 15. Januar — das ist eine Tatsache, die alles beleuchtet — waren die sozialdemokratischen Minister zum Befehlsempfang bei Dr. Schumacher nach Hannover bestellt.

(Zuruf: Das ist in jeder Partei so üblich.)

Herr Minister Dr. Born war anscheinend verhindert, er war nicht dort. In Hannover wurde die Mißtrauenserklärung gegen Herrn Dr. Müller formuliert und niedergelegt.

(Zuruf: Woher wissen Sie das?)

— Widerlegen Sie mich, wenn Sie dazu in der Lage sind! Man stelle sich vor: Vertreter von Ländern werden zitiert von einem Mann, der keinerlei Mandat hat, und empfangen von diesem Mann entsprechend den seit langem vorgefaßten Plänen eine Weisung und befolgen diese Weisung! Das ist eine Tatsache, daß in Hannover diese Mißtrauenserklärung, wie sie Herr Dr. Sacherbauer vorgelesen hat, formuliert wurde. Man war sogar so ungeschickt, das Datum „Hannover, den 15. Januar 1947“ darauf zu setzen, so daß man es erst in Minden nachträglich ändern mußte.

So sind die Dinge. Sie sagen mehr als viele Worte. Übrigens zur Verteidigung der sozialistischen Minister: sie waren nicht einmütig; verschiedene waren dagegen, weil sie den Dr. Müller in seiner Arbeit kannten, weil sie mußten, was für ein wertvoller Mann an diesem Platz saß, und weil sie es für unmöglich hielten, diesen Mann in die Wüste zu schicken.

(Lebhafte Zurufe von der SPD.)

Ich weiß sogar, daß eine Reihe dieser sozialdemokratischen Minister es abgelehnt haben, das Mißtrauensvotum in Minden vorzulegen. Man hat sich dann auf den Ausweg geeinigt, daß der erste im Alphabet sich dieser mißlichen Aufgabe unterziehen mußte. So gingen die Dinge.

(Zuruf: Märchenerzähler!)

— So war es. Widerlegen Sie mich. Ich sage nichts, was ich nicht kontrollierbar gehört habe. Ich empfinde diesen gesamten Vorgang als unmöglich.

(Zuruf: Das glaube ich schon, das ist Ihre Aufgabe.)

Es hat sich bei dieser Entscheidung keinen Augenblick darum gehandelt, ob Dr. Müller die Voraussetzungen für sein Amt erfüllt oder nicht, ob er sich bewährt hat oder nicht. Im Gegenteil, der Sprecher der sechs Wirtschaftsminister hat bei der Übergabe des Mißtrauensvotums ausdrücklich erklärt: „Herr Dr. Müller, Sie sind ein ausgezeichnete Mann, wir erkennen Ihre Fähigkeiten, wir erkennen Ihre Ritterlichkeit an, aber uns trennen Weltanschauungen.“

(Zurufe: Hört, hört!)

Das war der Vorgang. Klarer kann man nicht sagen, um welche Entscheidung es sich hier gehandelt hat, um eine extrem wirtschaftspolitische, darum, daß das Programm des Dr. Schumacher perfektuiert würde, daß der Mann an die entscheidende Stelle gesetzt wurde, der der Wirtschaftsberater des Dr. Schumacher ist, der sein getreuer Gefolgsmann ist. Über diese Dinge muß man sprechen. Das sind Gefahren, die hier aufstreten.

(Zuruf: Für wen?)

— Für das deutsche Volk.

(Zuruf: Für Ihre Auftraggeber.)

Unser Antrag hat den Sinn, das hier in diesem Hause klarzustellen.

(Dr. Korff: Die Schaffenden sind das deutsche Volk, nicht die Bonzen. — Widerspruch bei der SPD.)

**Präsident:** Herr Abgeordneter Stock!

**Stock (SPD):** Ich glaube, daß Nazis hier sind, weil von „Bonzen“ gesprochen worden ist. Ich mache den Herrn Präsidenten darauf aufmerksam.

**Präsident:** Ich bitte solche Ausdrücke, die an frühere Zeiten erinnern, zu unterlassen.

(Stoß: Die „Bonzen“ haben im RZ. gefessen. —

Dr. Korff: Zufällig war ich nicht eingesperrt.)

— Dann brauchen Sie das nicht besonders hervorzuheben.

Ich bitte Herrn Dr. Dehler, fortzufahren.

Dr. Dehler (FDP): Unser Antrag hat lediglich den Sinn, diese Dinge klarzustellen und zur Aussprache zu bringen. An diesen Ereignissen kann man doch nicht vorbeigehen. Die bayerische Verfassung hat sich grundsätzlich auf einen föderalistischen Standpunkt gestellt.

(Dr. Hille: Gegen Ihren Willen.)

— Ganz und gar nicht, Herr Dr. Hille. Ich bin nicht der Unitarist, als den mich Herr Dr. Hoegner gelegentlich hinzustellen beliebt. Ich bejahe durchaus den föderalistischen Gedanken dahin, daß keine Verfassung zu einer Verödung führen soll, daß unser Staatsaufbau so sein soll, daß die Mannigfaltigkeit und Vielfältigkeit des Lebens zum Ausdruck kommt. Das habe ich auch in der Verfassungsgebenden Landesversammlung betont. Was hier geschehen ist, ist das Gegenteil davon; das ist eine Uniformierung, wie sie schlimmer nicht sein kann; sechs sozialistische Wirtschaftsminister in der britischen und amerikanischen Zone, und das Haupt ein extremer, orthodoxer Marxist! Stellen Sie sich so einen gesunden Aufbau unseres Volkes vor? Das ist das Gegenteil von dem, was ich mir unter Föderalismus erträume.

(Zuruf: Sechs Demokraten wären etwas anderes.)

— Das ist nicht mein Ziel, wirklich nicht, Herr Kollege Hagen. Auf jeden Fall soll in den Organisationen, die sich über den Ländern aufbauen, die Vielfalt der Erscheinungen zum Ausdruck kommen. Ich halte es für eine ganz unmögliche Gestaltung, daß das gesamte Wirtschaftsleben der beiden Zonen jetzt in sozialdemokratischer Hand liegt und daß sich die Dinge so weit steigern, daß auch der letzte Hemmschuh, das war Dr. Müller, gefallen ist. Daß der Bayerische Landtag dazu Stellung nimmt und fragt, ob das seinem Willen entspricht, ist eine Selbstverständlichkeit. Diese Stellungnahme heraufzubeschwören, ist der Sinn unseres Antrags. Wir können es zunächst nicht in einer anderen Form tun, als daß wir das Verhalten des Herrn Dr. Zorn zur Kritik stellen. Darüber wollen wir uns klar sein, daß wir den Saß schlagen und den Esel meinen. Es geht nicht um Herrn Dr. Zorn, es geht um die Politik des Herrn Dr. Schumacher und um die Frage, inwieweit wir das billigen, was hier geschieht.

Daß Herr Dr. Zorn arglos in die Falle gegangen ist, die man ihm gestellt hat, ist offensichtlich. Er hat uns ja im Verfassungsausschuß zugestanden, daß er über diese Dinge und über die Zusammenhänge nicht unterrichtet war, daß ihm nicht einmal gesagt wurde, welche Position Dr. Müller in Minden bekleidete, finde ich unerhört, auch seitens der Bürokratie des Wirtschaftsministeriums. Man hat Dr. Zorn einfach dupiert. Er hat die Gefahren dieses Schrittes nicht erkannt. Ich meine, er hätte sich anders verhalten müssen. Er ist nach Minden gefahren, ohne daß die Tagesordnung festgelegt war, ohne daß ihm gesagt worden war, daß ein Wechsel in der Leitung des Verwaltungsrats in Minden erfolgen soll. Man hat das Gefühl, daß das absichtlich geschehen ist. Auf jeden Fall bestand nicht der

geringste Grund, die Dinge zu forcieren und zu überstürzen. Es ging darum, sofort sauberen Tisch im Sinne der Herren Sozialdemokraten zu schaffen. Man hat sich nicht damit begnügt, Herrn Dr. Müller zu kassieren und Herrn Dr. Agary zu präsentieren, man hat gleichzeitig alles erledigt, was wirtschaftliches Können aufwies, was dafür Gewähr bot, daß produktiv gearbeitet wird.

Der Verwaltungsrat war durch bizonale Faktorkommissionen unterbaut, die Vertreter der Länder und sachkundige Persönlichkeiten enthielten. Man hat sie in Minden hinweggesetzt, ohne auch nur mit einem der Länder darüber Fühlung zu nehmen. Wer hier nicht begreift, was gespielt wird, dem fehlen die Sinne für die politischen Dinge.

(Zuruf von der SPD: Sie sprechen vom Volk und meinen die Aktien!)

— Jammervoll! Auf dieser politischen Linie kann man nicht diskutieren.

(Sehr richtig!)

Ich warne Sie. Wenn ich den Landtag mit der Verfassungsgebenden Landesversammlung vergleiche, dann muß ich mit Betrübnis sagen, wieviele wertvolle Köpfe schon ausgeschieden sind.

(Gelächter bei der SPD.)

— Lachen Sie nicht! Es handelt sich um Köpfe, die wir nicht entbehren können. Aber wenn Sie in dieser Art polemisieren, dann drängen Sie auch den letzten anständigen Menschen aus dem Parlament hinaus.

(Beifall bei der FDP.)

**Präsident:** Herr Abgeordneter! Wegen dieser letzten Ausführungen rufe ich Sie zur Ordnung. Hier im Parlament befinden sich nur anständige Leute. Ich bitte Sie, sich in Ihren Äußerungen etwas zu mäßigen.

(Zuruf von der FDP: Anständige Leute, die uns als Schurken bezeichnen!)

— Herr Abgeordneter Dr. Korff, ich rufe Sie ebenfalls zur Ordnung, weil Sie dauernd die Ruhe des Hauses stören.

(Dr. Korff: Herr Präsident, ich habe seit Minuten, vielleicht auch seit einer Viertelstunde den Mund nicht mehr aufgemacht. Ich bitte Sie, sich die Leute etwas vorsichtiger anzuschauen. Ich war es nicht.)

Dr. Dehler (FDP): Auf jeden Fall darf ich zu dem Tadel, der mir erteilt wurde, sagen, daß das, was ich gesagt habe, nur ein Bild war; damit wollte ich doch nicht sagen, daß kein anständiger Mensch hier sitzt. Ich wollte doch nur sagen, daß diese Kampfesart zu einer Vergrämung aller Gutwilligen führt. Wenn wir uns nicht gegenseitig zugestehen, daß jeder von seinem Platz aus das Beste will, dann hört die Zusammenarbeit auf.

(Herrmann: Sie streiten es den andern ab.)

— Wem habe ich etwas abgestritten? Nein, Herr Kollege, das ist falsch; ich streite den Sozialisten nicht die gute Meinung ab.

(Herrmann: Alles umsonst bei Ihnen.)

**Präsident:** Herr Kollege Dr. Dehler, ich bitte, doch diese Kontroverse zu verlassen und fortzufahren.

Dr. Dehler (FDP): — Die ist doch nicht von mir begonnen, sondern von da drüben!

(Wimmer: Herr Dr. Dehler, wer hat uns in dieses grauenvolle Elend hineingeführt, der Sozialismus oder der Kapitalismus?)

**Präsident:** Ich bitte, die Zwischenrufe, die den Redner verhindern fortzuführen, auch zu unterlassen, damit der Redner jetzt ruhig und vielleicht etwas rascher zu Ende kommt.

**Dr. Dehler (FDP):** Herr Präsident, das kann ich nicht annehmen. Ich bin nicht veressen darauf, hier tätig zu sein. Ich kann diese Kritik nicht hinnehmen.

(Dr. Dehler verläßt das Rednerpult.)

**Präsident:** Herr Kollege, ich bitte, nicht so aufgeregt zu sein. Sie reden über drei Viertelstunden. Wenn ich diese Bemerkung gemacht habe, so geschah es mit Rücksicht auf das Haus.

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident Dr. Ghard.

**Ministerpräsident Dr. Ghard:** Verehrte Frauen und Männer! Bitte sehen Sie mich in dem Augenblick nicht als Ministerpräsident an, sondern erlauben Sie mir, daß ich als Mitglied dieses Hauses ein paar Worte zu der Sache spreche. Ich bin mir darüber vollkommen klar — und wir wissen das alle —, daß hinter diesen Dingen um **M i n d e n**, will ich einmal sagen, weltanschauliche Kämpfe stehen, die in irgendeiner Form ausgetragen werden müssen.

(Sehr richtig!)

Dazu ist es aber notwendig, daß die eine und die andere Richtung ihre Meinung sagen kann.

(Sehr gut!)

Ob die Meinung der einen oder der anderen Seite richtig ist, können wir in der Gegenwart vielleicht alle nicht entscheiden. Das wird die Zukunft und die Entwicklung zeigen, was auch die Vergangenheit bewiesen hat, wo uns erst der Erfolg, oder besser gesagt Mißerfolg vor die vollendete Tatsache und die späte Erkenntnis stellte.

(Sehr richtig!)

Aber eine Möglichkeit bietet uns die Demokratie: daß man sich ausdrückt, daß man die Meinungen, die man hat, äußert. Nun glaube ich auch als Mitglied dieses Hauses sagen zu dürfen: man muß jedem seinen guten Willen, seine gute Absicht und sein Anstandsgefühl zubilligen, auch wenn wir ihn sachlich noch so scharf bekämpfen.

(Sehr gut!)

Ich teile durchaus den Standpunkt, daß ein liberaler Privatkapitalismus überholt ist; ich gebe das ganz offen zu. Wie wir weiter kommen, welchen Weg wir dabei beschreiten müssen und welchen Weg wir beschreiten können, das zu klären ist schließlich eine der Aufgaben der Demokratie. In ihr hat man die Meinungen zu klären. Man kann sich gelegentlich auch einmal die Köpfe heiß reden; doch darf man deshalb nicht den andern einen bösen Menschen schelten, weil man vielleicht sachlich in scharfem Widerspruch zu ihm steht. Eine Entscheidung können wir in der Demokratie nur dadurch treffen, daß man schließlich — das ist das letzte Mittel — darüber abstimmt. Es ist ebenso demokratisch, die Meinungen aller Seiten anzuhören, wie es demokratisch ist, sich einer eindeutigen Mehrheitsentscheidung zu fügen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Wenn wir über die bloße Form der Demokratie hinauskommen und sie mit einem Inhalt erfüllen wollen, müssen wir, glaube ich, diesen Weg beschreiten. Er ist um so notwendiger, als wir in einer überaus schweren

Zeit leben. Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich Ihnen nun sage: Ich habe manchmal die Empfindung, als ob wir hier ein Schattenspiel vorführen, als ob wir uns über einige Sätze die Köpfe sehr heiß reden und dabei ganz übersehen, in welcher Tiefe eines **A b g r u n d e s** wir uns augenblicklich schon befinden.

(Sehr richtig!)

Ich weiß nicht, ob wir nicht noch viel tiefer abrutschen. Das zwingt uns zu der weiteren Erkenntnis, daß wir versuchen müssen, trotz aller sachlichen Gegensätze, die berechtigt sind und ausgetragen werden müssen, diese Gegensätze nicht zum Alleinzweck werden zu lassen, sondern daß wir in einer solchen Notzeit, in der wir uns befinden und der wir noch entgegengehen, das tun, was notwendig ist.

Vielleicht erlauben Sie mir noch, in zwei Minuten an einem **B e i s p i e l** zu zeigen, wie ich es mir vorstelle: Ein Haus, das unter einem Bombenangriff zusammengebrochen ist; die Bewohner sitzen im Keller. Was ist notwendig zu tun? Werden sich die Bewohner, die da unten sind und um ihr Leben bangen, jetzt zusammenstellen und zusammensetzen und sich zunächst darüber streiten, ob sie den ersten Stock in einer größeren oder kleineren Form ausbauen wollen, ob sie die Fassade so oder anders gestalten oder die Farbe des Hauses blau, grün oder sonstwie wählen wollen? Nein, das werden sie nicht tun; sondern sie werden zu Pickel und Schaufel greifen und ohne sich lange zu streiten vereint das tun, was zunächst notwendig ist: sie werden versuchen, aus dem Loch herauszukommen.

(Sehr richtig!)

Wenn sie dann draußen sind, mögen sie sich den Schaden ansehen; dann mögen sie sich vielleicht darüber unterhalten, ob man das nun so oder anders macht. Aber auch da werden sie sich sehr bald über eines einigen müssen: Zunächst brauchen sie ein Dach; zunächst brauchen sie einen Raum, in dem sie Unterschlupf finden können, um vor der Witterung und sonstigem geschützt zu sein. Wenn sie das erreicht haben, dann mögen sie in schärferer Auseinandersetzung vielleicht den Bau weiterführen und ihre Meinungen etwas stärker zur Geltung bringen, vielleicht auch die Gegensätze schon wieder etwas schärfer herausstellen. Es mag der eine meinen, man möge es so machen, und der andere, man möge es anders machen. Erst wenn dieses Nothaus, in dem sie eng zusammengedrängt sitzen, fertig ist, dann mögen sie, wenn sie aus zwei Häusern heraussehen können, ihre **G e g e n s ä t z e**, die nun einmal bestehen und bestehen werden, solange die Welt besteht, in einer stärkeren Form ausschalten. Kein Geringerer als Goethe hat schon erkannt und immer wieder ausgesprochen: Die Welt besteht aus Gegensätzen. Es gibt kein absolut Böses und kein absolut Gutes, solange Menschen leben; aber es ist ein Glück, wenn sich das Böse und das Gute so ausgleicht, daß zum Schluß das Gute in der größeren Menge, in der größeren Zeitspanne überwiegt.

(Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Das Haus hat durch den gemeinsamen Beifall zum Ausdruck gebracht, daß die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Wir wollen die Konsequenzen daraus ziehen und die Zusage auf das Mindestmaß beschränken, um den Redner nicht so häufig in seiner Rede zu unterbrechen. Wir wollen den demokratischen Grundsatz aufrechterhalten, der so häufig auch in diesem Hause aus-

(Präsident)

gesprochen worden ist, daß wir die Demokratie als inneres Erlebnis betrachten und uns auch geloben wollen, die Meinung des anderen zu ertragen, wenn sie in sachlicher Form vorgetragen wird. Das ist der Grundton, auf den wir uns alle zu gemeinsamer Arbeit einigen müssen.

Ich bitte nun Herrn Abgeordneten Dr. Dehler, in seinen Ausführungen weiterzufahren.

Dr. Dehler (SPD): Der Grundton, der mir entgegenklang, war leider entgegengesetzt, nicht nur heute.

Präsident: Aber Herr Abgeordneter Dr. Dehler!

Dr. Dehler (SPD): Ich muß das kurz sagen: Ich schätze die glückliche, kluge, überlegene und weise Art des Herrn Ministerpräsidenten Dr. Chard ungeheuer und stelle mich durchaus hinter ihn. Dann muß man aber auch sagen, wo gefehlt wird: Die Kritik, die man heute übt, ist jetzt schon zur Mode geworden. Wenn der Herr Dr. Kreyffig in der Süddeutschen Zeitung bei der Besprechung der Mindener Vorgänge uns als Saboteure des Aufbaus bezeichnet, so ist das eine derartige Diffamierung, daß sie doch wirklich zutiefst schmerzt. Das ist ein Geist, der dem des Herrn Ministerpräsidenten diametral entgegengesetzt ist; es ist auch ein Geist, der mit Demokratie nichts zu tun hat, der abwürgen will, der keine Kritik erträgt. Meine Damen und Herren! Kritik ist doch das Elxier der Demokratie. Selbstverständlich verstehe ich, daß Ihnen weh tut, was ich sage. Was Sie sagen, tut mir auch weh. Wir versuchen doch, zu überzeugen und zu überreden, aber einen andern als Saboteur zu bezeichnen, geht das an?

(Zuruf von der SPD: Und uns als Bonzen!)

— Von mir haben Sie kein hartes Wort gehört. Ich glaube, das können Sie nicht sagen. Die Mindener Vorgänge geben zu größter Sorge Anlaß. Wenn in der Korrespondenz zwischen den Wirtschaftsverbänden und dem Herrn Ministerpräsidenten die Erinnerung an die Gleichschaltung von 1933 fiel, so ist das ein etwas hartes Wort; aber es erinnert daran. Gleichschalten wollen, uniformieren wollen, überall Leute gleichen Geistes und gleichen Schlages hineinsetzen wollen, das ist keine Demokratie; das schlägt jedem gesunden föderalistischen Standpunkt ins Gesicht. Deswegen rühren wir an die Mindener Vorgänge. Wir glauben, daß Herr Minister Dr. Zorn die Dinge anders hätte behandeln können. Man konnte ihn nicht zwingen, der Abberufung des Herrn Dr. Müller zuzustimmen. Man konnte ihn nicht zwingen, eine Erklärung abzugeben, in der von wirtschaftspolitischen Gegensätzen die Rede ist, obwohl Herr Dr. Zorn zugestimmt, sich über die Persönlichkeit des Herrn Dr. Müller nicht unterrichtet zu haben. Nach dem Statut des Verwaltungsrats hatte er die Möglichkeit, mit Nein zu stimmen, sowohl bei der Abberufung des Herrn Dr. Müller wie bei der Berufung des Herrn Dr. Algarz. Daß er sich bei der Berufung des Herrn Dr. Algarz der Stimme enthalten hat, hatte keinerlei Bedeutung; das war eine leere Geste. Nur wenn er mit Nein stimmte, bieb er in der Minderheit.

(Dr. Lacherbauer: Die Stimmenthaltung hat eine Bedeutung.)

— Die Stimmenthaltung hatte keine Bedeutung; sie war eine leere Geste.

(Dr. Lacherbauer: Sie hat eine Bedeutung: dadurch ist die Möglichkeit ausgeschlossen, ein Minderheitsvotum vorzutragen!)

— Es hätte eine positive Bedeutung gehabt, wenn Herr Minister Dr. Zorn mit Nein gestimmt hätte; dann wäre nach Art. 5 des Statuts des Verwaltungsrats die Möglichkeit gegeben gewesen, die Entscheidung der Militärregierungen anzurufen.

Nun kommt die rechtliche Frage: Besteht die Möglichkeit, an der Willensentscheidung des Herrn Ministers Dr. Zorn etwas zu ändern?

Unser Antrag geht dahin, daß die Staatsregierung ersucht wird, diese Erklärung entweder zu mißbilligen oder sie zu widerrufen. Der Verfassungsausschuß hat sich auf den Standpunkt gestellt, diese Möglichkeit sei nicht gegeben, einmal mit dem Argument: Die Exekutive sei ausschließlich Sache der Regierung, das Parlament habe nicht die Möglichkeit, ein bestimmtes Verhalten der Regierung zu fordern. Ich habe gegen diesen Standpunkt Bedenken. Höchster Grundsatz der Demokratie ist die Kontrolle der Regierung durch die Volksvertretung. Diese Möglichkeit darf sich ein Parlament nicht nehmen, auch nicht verkümmern lassen. Ich bin der Meinung, daß das Parlament — deswegen sind die Erörterungen, die wir heute pflegen, von erheblicher Bedeutung; sie werden auf lange Zeit ausstrahlen — berechtigt ist, ein bestimmtes Ersuchen an die Staatsregierung zu stellen und im Falle der Ablehnung dieses Ersuchens Folgerungen daraus zu ziehen. Ich bin auch der Meinung, daß eine Erklärung der Staatsregierung an den Wirtschaftsrat und an die anderen Wirtschaftsminister sinnvoll und von rechtlicher Bedeutung ist. Denn die anderen fünf Wirtschaftsminister, die die Willensempfänger der Erklärung des Herrn Dr. Zorn sind, waren nicht gutgläubig; sie wußten genau, daß Herr Dr. Zorn keine Weisung seines Ministerpräsidenten und seiner Staatsregierung hatte. Sie wußten genau, daß er dadurch überrascht war, daß man die Neubesetzung des Leiters des Verwaltungsamts und Verwaltungsrats auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Sie waren schlechtgläubig. Sie wußten, daß Herr Dr. Zorn keine Vertretungsmacht insoweit hatte. Sie kannten doch das ganze Gespinnst, das von Hannover ausging. Deswegen kann die Gesamtheit der übrigen Wirtschaftsminister, zusammengesetzt im Verwaltungsrat eine Erklärung der bayerischen Staatsregierung, daß sie die Stellungnahme des Herrn Wirtschaftsministers Dr. Zorn mißbilligt, nicht ablehnen, sondern muß sie nach meiner Meinung berücksichtigen.

Zur Frage des Mißtrauensvotums: Ich weiß nicht, ob der Antrag, den ich neu formuliert habe, dem Hause zugegangen ist.

(Zurufe: Ja!)

Ich habe den Antrag wie folgt gefaßt:

1. Das Verhalten des Wirtschaftsministers Dr. Zorn bei der Abberufung des Dr. Rudolf Müller als Vorsitzenden des Verwaltungsrats für Wirtschaft in Minden und bei der Berufung des Dr. Algarz als Nachfolger des Dr. Müller wird mißbilligt.
2. Dem Wirtschaftsminister Dr. Zorn wird aus diesem Anlaß das Mißtrauen des Bayerischen Landtags ausgesprochen.

(Dr. Dehler [FDP])

Im Verfassungsausschuß ist die grundsätzliche Frage aufgeworfen worden: Besteht nach unserer Verfassung die Möglichkeit, gegen die Gesamtregierung oder gegen einen einzelnen Minister ein Mißtrauensvotum auszusprechen? Der Verfassungsausschuß hat sich mit sehr knapper Mehrheit auf einen bejahenden Standpunkt gestellt. Es tut not, daß wir diese Frage auch heute grundsätzlich entscheiden; sie muß geklärt werden. Besteht die Möglichkeit eines Mißtrauensvotums gegen das Gesamtkabinett und gegen einen Einzelminister? Wir bejahen diese Frage. Ich habe in der Verfassungsgebenden Landesversammlung die Beschneidung des parlamentarischen Prinzips der Regierung bekämpft. Der ursprüngliche Entwurf sah vor, daß der Ministerpräsident auf vier Jahre gewählt wird und für diese Zeit nicht abberufbar ist. Es ist im Laufe der Verhandlungen eine Zwischenlösung gefunden worden. Man läßt den Ministerpräsidenten auf vier Jahre wählen, setzt aber fest, daß er zurücktreten muß, wenn ein gebetliches Zusammenarbeiten zwischen ihm und der Volksvertretung sich nicht als möglich erweist. Es ist klar, daß angesichts dieser Formulierung ein Mißtrauensvotum nicht zur Folge hat, daß das Gesamtkabinett oder ein Einzelminister zurücktreten muß. Ein Mißtrauensvotum hat also nach der bayerischen Verfassung im Gegensatz zu allen demokratischen Verfassungen der Welt, darf man wohl sagen, einen anderen Sinn; es ist eben lediglich die Erklärung, daß das Verhalten eines Ministers oder der Regierung mißbilligt wird, und zwar derart mißbilligt wird, daß ein Vertrauensverhältnis nicht mehr besteht. Zum Rücktritt ist die Regierung erst gezwungen, wenn offenkundig ist, daß eine vertrauensvolle Zusammenarbeit unmöglich geworden ist. Ich bin der Meinung, daß nach der Fassung, wie sie jetzt vorliegt, das parlamentarische System nicht grundsätzlich ausgeschaltet ist, sondern daß ein Mißtrauensvotum einen Sinn hat, daß das Parlament nicht auf die kümmerliche Waffe angewiesen ist, mit konfludenten Handlungen sein Mißtrauen auszudrücken oder gar ein Kabinett dadurch gewissermaßen auszuhungern, daß Vorlagen abgelehnt werden, sondern daß der Landtag als der souveräne Träger des Willens des Volks berechtigt ist, die Feststellung zu treffen: Ein vertrauensvolles Zusammenwirken ist nicht mehr möglich, mit der Folge, daß dann das Kabinett zurücktreten muß.

Es ist unmöglich, eine solche Frage — Herr Kollege Dr. Lacherbauer hat es durchaus zutreffend im Verfassungsausschuß herausgearbeitet — dem Verfassungsgerichtshof übertragen zu wollen. Eine Frage psychologischer Art, eine Frage der politischen Wertung kann man niemals als Rechtsfrage betrachten und einem Gerichtshof übertragen.

Träger der parlamentarischen Macht, auch gegenüber der Regierung, muß der Landtag sein und deshalb muß der Landtag die Möglichkeit haben, notfalls die Regierung zu stürzen. Ich sehe auch gar keine Bedenken verfassungsrechtlicher Art, einem Einzelminister das Mißtrauen auszusprechen. Nach der Verfassung ist der einzelne Minister in seinem Ressort dem Landtag verantwortlich. Das kann nur in der Form geschehen, daß der Landtag, wenn er das Verhalten des Ministers nicht billigt, das beschlußmäßig zum Ausdruck bringt. Es ist unmöglich, zu sagen, der Landtag dürfe den terminus technicus Mißtrauen nicht gebrauchen. Wir

lassen uns doch keinen Maulkorb vorbinden! Was der Landtag sagen will, das sagt er! Da gibt es keine Einschränkung. Auch in der Verfassung ist eine solche nicht vorgesehen.

Ich bin der Meinung, daß der Landtag in diesem Fall konkret Stellung nehmen muß, daß auf ihm in diesem Augenblick eine politische Entscheidung von erheblicher Tragweite liegt. Ich glaube die Hintergründe genügend gezeichnet zu haben. Der Bayerische Landtag muß entscheiden: billigt er das, was in Minden geschah? Er hat die verfassungsrechtliche Möglichkeit, das zu sagen.

Wir bitten Sie, das Verhalten des Herrn Dr. Zorn zu mißbilligen und darüber hinaus ihm auf Grund dieser Vorgänge das Mißtrauen auszusprechen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP.)

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Staatsminister für Wirtschaft Dr. Zorn.

**Staatsminister Dr. Zorn:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der amerikanische Außenminister Byrnes soll bei seinem Rücktritt gesagt haben: Im Leben eines Ministers gibt es nur zwei schöne Tage, nämlich den Tag, an dem er ernannt wird, und den Tag, an dem er zurücktritt. Ich möchte einen Schritt weitergehen und sagen: Im heutigen Deutschland gibt es für einen Minister nur einen schönen Tag, nämlich den, an dem er wieder zurücktritt. Ich sage Ihnen dies, um nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, daß ich mich wegen des gegen mich eingebrachten Mißtrauensantrags verteidigen möchte. Was ich Ihnen jetzt zu sagen habe, das sage ich, um der Wahrheit und der Gerechtigkeit die Ehre zu geben und die Tatsachen und Vorgänge, die augenblicklich offenbar in eine trübe Atmosphäre geraten sind, wieder ins rechte Licht zu stellen.

Bevor der Mißtrauensantrag der Freien Demokratischen Partei gegen mich eingebracht wurde, stand der grundlegende Sachverhalt durch verschiedene Presseerörterungen bereits eingehend fest. Ich möchte kurz rekapitulieren, was ich seinerzeit in die Presse gegeben habe:

1. Man macht mir zum Vorwurf, ich hätte das Kabinett über die Abberufung des Vorsitzenden Dr. Müller nicht verständigt. Dies konnte ich nicht; denn die Neuwahl des Vorsitzenden Dr. Ugarz war nicht auf der Tagesordnung der Verwaltungsratsitzung vorgesehen. Ich bin vor der Tagung weder offiziell noch inoffiziell von dem Vorhaben verständigt worden, daß Dr. Müller abberufen werden sollte. Es kann also keine Rede davon sein, daß ich auf Befehl Dr. Schumachers gehandelt hätte. Weder Dr. Schumacher noch einer seiner Mitarbeiter ist mir persönlich bekannt.

(Hört, hört! bei der SPD.)

Ich bin seinerzeit auch nicht nach Hannover geladen worden. Es ist unrichtig, was der Abgeordnete Dehler in dieser Richtung ausgeführt hat.

(Hört, hört! und Zurufe: Demagogie!)

2. Wenn sechs neugewählte Wirtschaftsminister zum ersten Male in einem Beirat zusammentreten, so ist es ihr selbstverständliches parlamentarisches Recht, einen Mann ihres Vertrauens zum Vorsitzenden zu wählen. Dieses Recht ist auch durch die Geschäftsordnung des Verwaltungsrats vorgesehen. Ich hatte um so weniger Grund, auf dieses Recht zu verzichten, als Dr. Müller.

(Staatsminister Dr. Jörn)

bis zu seiner Entfernung vom Amt jedenfalls in Bayern wegen seiner bekannt zentralistischen Haltung keine gute Presse hatte.

3. In der Sitzung des Verwaltungsrats habe ich die Vertagung der Wahl des Nachfolgers mit der Begründung beantragt, daß diese Angelegenheit erst in den Kabinetten besprochen werden mußte. Dieser Antrag wurde mit allen gegen meine Stimme abgelehnt. (Hört, hört! bei der SPD.)

4. Der Antrag des Wirtschaftsministers von Niedersachsen, den Herrn Dr. Agatz zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats für Wirtschaft zu bestellen, wurde mit 5 Stimmen angenommen. Ich habe mich dabei der Stimme enthalten.

Dies, meine Damen und Herren, ist der reine Sachverhalt. Ich muß bei dieser Gelegenheit ferner feststellen, daß einem homo novus im Ministerrat auf Grund einer Abstimmung, die in seinem freien Belieben stand, nach nur zehntägiger Ministerschaft das Mißtrauen ausgesprochen werden soll, obwohl dieser Minister und sein Programm keinem der Herren Demokraten bekannt war.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Eine solche Haltung läßt ohne Zweifel jedes fair play missen.

(Sehr wahr!)

Dieses Verhalten zeigt, daß die demokratischen Spielregeln jedenfalls von den Herren Demokraten in Bayern nicht berücksichtigt werden.

(Sehr richtig! — Widerspruch bei der FDP.)

Aus diesem Vorgehen scheint mir jedenfalls das eine klar ersichtlich zu sein: Den Herren Demokraten hier kommt es nicht auf Minden, nicht auf Müller oder Jörn an, hier geht es um den Sozialdemokraten im Wirtschaftsministerium.

(Sehr wahr! bei der SPD.)

Ich glaube, das eine ist während meiner kurzen Minister-tätigkeit klar geworden: Es wird ernst mit der Demokratisierung der Wirtschaftsverwaltung, es wird ernst mit der Entmachtung der Wirtschaftsbürokratie, es wird ernst mit dem Kampf gegen Warenhortung, gegen Korruption und Schwarzhandel!

(Sehr gut! — Zuruf von der SPD: Das ist der Grund für den Mißtrauensantrag!)

Die Herren Demokraten nehmen anscheinend alle Mißstände in Kauf, nur damit sie mit Lärm und Geschrei einen Vertreter vorgestriger Wirtschaftsgesinnung ins Wirtschaftsministerium in Bayern bringen.

(Große Erregung bei der FDP. — Dr. Dehler: Das ist unerhört! — Glocke.)

**Präsident:** Ich bitte um Ruhe.

Ich kann nicht feststellen, daß der Herr Wirtschaftsminister das Maß einer sachlichen Kritik überschritten hat. Ich bitte auch, nicht so diffizil zu sein. Wir müssen endlich lernen, auch die Meinung des anderen zu ertragen.

(Allgemeine Zustimmung. — Dr. Dehler: Schützen Sie uns, Herr Präsident! Ist das fair play, uns zu sagen, wir wollen die Schwarzhändler schützen?)

**Staatsminister Dr. Jörn:** — Das habe ich nicht gesagt, Herr Dr. Dehler.

(Erneuter Zuruf Dr. Dehlers. — Glocke.)

**Präsident:** Wenn das gesagt worden wäre, hätte ich das gerügt.

Ich bitte, auf die Formulierungen des Redners achtzugeben.

(Dr. Dehler: Das ist sinngemäß gesagt worden!)

**Staatsminister Dr. Jörn:** — Nein, Herr Dr. Dehler! Gerade Sie als Jurist müßten wissen, daß dies nicht gesagt worden ist.

Meine Damen und Herren! Ein jeder Wirtschaftsminister, gleichgültig, wer er ist und welcher Partei er angehört, kann heute nur zwei Ziele haben, nämlich: die Produktion in Gang zu setzen und zu steigern und die Güter gerecht zu verteilen.

(Sehr richtig!)

Diese Ziele stehen wohl für alle verantwortungsbewußten Kräfte unbedingt fest. Über die Mittel und Wege kann man streiten. Hat man aber das gleiche Ziel, so kann man immer auch ein gutes Stück Wegs gemeinsam gehen. Das wollen aber viele Interessenten nicht.

Das Volk draußen hat kein Verständnis für das Kochen dünner Parteisuppen. Es ist des Parteigezänks müde. Es will vom Landtag und seinen Ministern eine gesammelte Kraftanstrengung sehen, um die Not zu lindern. Es will praktische und ehrliche Arbeit sehen. Das beweisen mir die vielen Zustimmungen, die ich in der kurzen Zeit meiner Ministerschaft erhalten habe.

In meiner Amtszeit wurde — das kann ich mit Stolz sagen — der zerrüttete Apparat des Ministeriums gegen Hunderte von Widerständen in Ordnung gebracht. Ich bin daran, die behördliche Befehlswirtschaft abzubauen und die Wirtschaftsverwaltung zu demokratisieren. Das Landeswirtschaftsamt wird aufgelöst.

(Lebhafte Zustimmung.)

Der schwerfällige Fünfstufenaufbau der heutigen Wirtschaftsverwaltung wird durch einen Dreistufenaufbau ersetzt. Die Gesetzentwürfe haben das Wirtschaftsministerium teils schon verlassen, teils stehen sie unmittelbar vor der Fertigstellung. Die Vorarbeiten zur Ersassung der Schwarzlager sind getroffen. Dergleichen sind energische Maßnahmen gegen Korruption und Schwarzhandel im Gang.

(Bravo!)

Die Vorarbeiten zur Verstaatlichung des Vergebauwesens werden nicht auf die lange Bank geschoben, sondern energisch in Angriff genommen.

Ich könnte mir denken, meine Damen und Herren, daß das ganze Volk an der Unterstützung dieser Aufgaben interessiert ist. Um diese Aufgaben aber durchführen zu können, braucht der Wirtschaftsminister die Hilfe der Volksvertretung. Kleinliche Kritik, kleinliche Angriffe und Denunziationen, an denen es auch nicht fehlt, hemmen nur die praktische Arbeit. Mit solchen Methoden ist niemandem gedient.

Ich kann Ihnen versichern, meine Herren: Auf den Schultern eines Wirtschaftsministers in einem deutschen Lande lastet heute eine ungeheuere Arbeit und eine ungeheuere Verantwortung. Er kann sie nur bewältigen, wenn er in seinem Parlament den entsprechenden Rückhalt hat. Ein parlamentarischer Minister ist gerade so viel wert, wie die Stimmen des Parlaments wert sind, die hinter ihm stehen. Sein schweres und verantwortungsvolles Amt braucht unbedingt die notwendige Rückenstärkung, um innerhalb und

(Staatsminister Dr. Zorn)

außerhalb seines Amtes A u t o r i t ä t zu haben. Ich brauche diese Autorität, die mir nur der Landtag geben kann, um in meinem Amt die dringend notwendigen Reformen durchführen zu können. Wie notwendig die Reformierung gerade des Wirtschaftsministeriums ist, wird der Untersuchungsausschuß des Landtags beweisen. Ich brauche diese Autorität auch außerhalb meines Amtes für die Verhandlungen mit der Militärregierung, zu den Verhandlungen im Länderrat und in Minden, wo jetzt gerade die wichtigsten Entscheidungen anlaufen, die für Leben und Sterben der bayerischen Wirtschaft ausschlaggebend sind. Aus diesem Grunde — das sage ich Ihnen offen — kann ich mich als Wirtschaftsminister heute nicht mehr mit einer labilen Mehrheit von einigen Stimmen begnügen. Ich lehne es auch ab, wegen meiner Haltung in Minden eine Mißbilligung der Mehrheit entgegenzunehmen.

(Bravo! bei der SPD. — Lachen bei der FDP.)

Mißbilligungen werden nur unfolgsamen Schülern und nicht Ministern erteilt.

(Dr. Lacherbauer: Was soll dann der Landtag überhaupt tun? — Zuruf von der FDP: Nach Hause gehen!)

— V e r a n t w o r t u n g zeigen, Herr Abgeordneter!

(Weiterer Zuruf: Arbeiten! — Dr. Lacherbauer: Der Landtag hat das Recht der Kritik, Herr Minister!)

— In einem so exponierten Amt wie dem meinen gibt es nur eine Alternative: entweder Rücktritt oder Unterstützung sachlicher Arbeit mit einer tragfähigen Mehrheit.

(Zustimmung.)

Meine Herren, ich sage dies nicht für mich; denn ich liebe nicht an meinem Amt. Ich stehe nicht aus Ehrgeiz auf diesem Posten, sondern aus P f l i c h t g e f ü h l und aus V e r a n t w o r t u n g s b e w u ß t s e i n, weil ich glaubte, meiner Heimat nützen zu können.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

**Präsident:** Der Abgeordnete Emmert hat das Wort.

**Emmert (CSU):** Verehrte Abgeordnete, Herr Präsident! Ich möchte nicht in den Fehler verfallen, Vorgänge, die an sich staatspolitisch gesehen von Bedeutung sind, zu dramatisieren noch sie ihrer Tragweite zu entkleiden. Eines steht jedenfalls fest und das haben die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Lacherbauer eindeutig gezeigt. Das hohe Haus darf sich unabhängig von diesen Vorgängen in keinem Fall das Recht nehmen lassen, einem Minister oder auch dem Gesamtkabinett jederzeit sein M i ß t r a u e n oder auch seine M i ß b i l l i g u n g auszusprechen.

(Sehr richtig!)

Welchen Gebrauch wir von Fall zu Fall davon machen wollen, ist nach dem jeweiligen Tatbestand zu entscheiden, sachlich, nüchtern und ohne Leidenschaft. Darüber besteht also kein Zweifel. Die staatsrechtliche Seite ist demnach klar.

(Zuruf von der SPD: Die ist gar nicht klar!)

Wenn der Herr Minister Dr. Zorn nach Minden ging, so interessiert uns dies deswegen, weil wir alle wissen, daß das S c h w e r g e w i c h t der wirtschaftlichen Entscheidungen vom Lande Bayern längst nach M i n d e n verlegt ist.

(Sehr richtig!)

Es kann im Ernst doch nicht geleugnet werden, daß ein großer Teil unserer Schicksalsfragen heute in Minden entschieden wird, mit unserem oder auch gegen unseren Willen. Das Land Bayern hat gewissermaßen hier schon einen Teil seiner Souveränität, der Landtag einen Teil, ich möchte sagen, seiner Handlungsfreiheit, seiner legislativen Rechte verloren. Wenn wir also den Versuch machen, den ursprünglichen Zustand wieder herzustellen, d. h. auch Bayern im Konzert der Bundesstaaten jenes Gewicht zu verleihen, auf das wir immerhin Anspruch erheben können, so gilt es, diese Frage leidenschaftslos, sachlich und nüchtern zu erörtern.

Wir haben lange Ausführungen darüber gehört, wie sich Herr Dr. Zorn in Minden verhalten hat. Eines kann jedenfalls nicht bestritten werden: Er hat den Mißtrauensantrag gegen Herrn Dr. Müller mit unterschrieben. Dafür ist er auf alle Fälle verantwortlich. Ich möchte nun nicht so weit gehen, diesen Vorgang zu dramatisieren, einmal, weil er überholt ist, zum andern auch, weil sich erst noch herausstellen muß, ob und inwieweit Minden demnächst in der Lage ist, unser wirtschaftliches Schicksal mit zu entscheiden, ja darüber hinaus, ob und inwieweit es überhaupt gelingt, durch gesetzgeberische Maßnahmen der Wirtschaft selbst neue Impulse zuzuführen, ihr wieder Blut zu verleihen. Sonst kann es uns leicht passieren, daß wir glauben, die Dinge zu beleben, und doch nur Schatten auf sie werfen.

Es liegt an Herrn Minister Dr. Zorn, sich selbst von dem Verdacht zu befreien, ob er nun ein Geheimagent oder gelehriger Schüler Herrn Dr. Schumachers ist oder nicht. Wir wollen ihn nicht danach beurteilen, was er in diesen einem Falle getan hat, sondern danach, welches Ausmaß von Tatkräft, von wirtschaftlichem Weitblick und, ich möchte sagen, von gesamt-bayerischer Haltung er künftig an den Tag legt. Es ist selbstverständlich, daß wir einem Manne, der erst zehn Tage im Amt ist, nach demokratischen Grundsätzen auch eine Chance einräumen müssen. Soviel steht aber fest: Wer im Auftrag unseres bayerischen Volkes über die Grenzen hinausfährt, hat sich zuerst als der Vertrauensmann des gesamten bayerischen Volkes und nicht als der Abgesandte einer politischen Partei zu fühlen und danach zu handeln.

(Sehr richtig!)

Ich möchte mich auch nicht dazu verleiten lassen, diese Vorgänge unter dem Blickwinkel der am Horizont aufziehenden Sozialisierungswelle zu betrachten. Wir haben noch genügend Zeit, uns über dieses Thema eingehend zu unterhalten, und brauchen uns heute noch nicht in seinen Schatten zu stellen. Für das p r i v a t e U n t e r n e h m e r t u m bin ich aber doch verpflichtet, eine kleine Lanze zu brechen. Heute Vormittag ist in diesem hohen Hause in so anerkannter Weise darauf hingewiesen worden, wie selbstlos und opferbereit unsere Bergarbeiter sich in den Dienst des Wiederaufbaus gestellt haben. Sie verdienen damit unsere restlose Anerkennung. Genau so verdient aber auch der kleine und große Unternehmer in Handel, Gewerbe und Industrie unsere Anerkennung, wenn er

(Emmert [CSU])

sich seit dem Zusammenbruch der Naziwirtschaft mit unzähligen Opfern und Mühen dem Aufbau der Wirtschaft zugewendet hat.

(Sehr richtig!)

Es ist heute leicht, auf einen Stand den Bannstrahl der Verachtung zu werfen. Liebe Freunde, wo gibt es nicht schwarze Schafe? Überall!

(Sehr wahr! — Zuruf von der SPD: Nur gegen die schwarzen Schafe kämpfen wir an!)

Es wird Aufgabe des neuen Wirtschaftsministers sein, dafür zu sorgen, daß die Korruption überall, wo sie auftritt, mit Stumpf und Stiel bekämpft, daß die Protektion in allen Amts- und Wirtschaftsstellen vernichtet wird.

(Sehr gut!)

Er hat dabei — das betone ich ausdrücklich — die volle Unterstützung aller Anständigen in Industrie, Handel und Gewerbe.

(Allgemeine Zustimmung.)

Wir legen Wert darauf, von diesem neuzeitlichen Schmarozertum, von dieser Seuche befreit zu werden. Wenn sich der Herr Wirtschaftsminister dieser Aufgabe mit Tatkraft unterzieht, so findet er jederzeit in uns hilfreiche Freunde.

Ehe nicht die Vorgänge durch den parlamentarischen Untersuchungsausschuß restlos geklärt sind, wollen wir sie aus Gründen der Gerechtigkeit dem Herrn Minister Dr. Zorn, der nichts davon wußte, auch nicht zur Last legen, wie es da und dort irrtümlicherweise heute schon versucht wird. Es wird Aufgabe des Untersuchungsausschusses sein, nach Klärung der Verhältnisse die Gesamtverantwortlichkeit des damaligen Kabinetts Dr. Hoegner festzustellen;

(Sehr richtig!)

denn in diese Kra fielen jene Fälle. Wir wollen hier nicht vorgreifen. Die Wirtschaftspolitik, um die es sich letztlich handelt, muß meines Erachtens frei werden von parteipolitischen Strömungen des Tages, aus einer ganz einfachen Ermägung heraus: Wir sind so bettelarm, wir leiden unter Demontage, Denazifizierung, Entmilitarisierung und weiß Gott, was noch alles. Es wird darauf ankommen, die Frage nicht so zu stellen: Ist die private Wirtschaft oder die Sozialisierung, gleich in welcher Form, nun aktuell? Die Fragestellung wird vielmehr so lauten müssen: Wann die private Wirtschaft oder die verstaatlichte, gleich in welcher Form, die Aufgaben des Tages besser und billiger lösen, auch unter dem Gesichtspunkt, daß wir in einigen Jahren wieder in den internationalen Wettbewerb hinaustreten müssen?

(Zuruf: Gemeinsam.)

Herr Minister Dr. Zorn, der durch sein Verhalten den Unwillen weiter Kreise erregt hat,

(Zuruf von der FDP: Sehr richtig! — Zuruf von der SPD: Welcher „weiter Kreise“?)

das wissen Sie wahrscheinlich besser als ich — wird beweisen müssen, ob er auch weiterhin das Vertrauen des Landes genießt. Es liegt also an ihm, sich insoweit zum Föderalismus zu bekennen, als dies der Mehrheit unseres Volkes entspricht.

(Zuruf: Ihr müßt ihm einen Katalog geben!)

— Wir arbeiten nach keinem Katalog.

Ich bin daher der Auffassung, daß wir nicht grundsätzlich die Frage, ob ja oder nein, in der Form, wie die Demokraten nun den Antrag gestellt haben, entscheiden sollen, sondern ich bin dafür — und das ist die Auffassung meiner Fraktion —, daß wir folgenden Antrag zur Abstimmung stellen:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung sei zu erfuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die Ressortminister sich an die Weisungen des Ministerpräsidenten halten und rechtzeitig die erforderlichen Instruktionen bei auswärtigen Dienstgeschäften einholen. Wenn diesem Gesichtspunkt nicht Rechnung getragen wird, dann müßte der Landtag von seinen verfassungsmäßigen Rechten Gebrauch machen.

Meine Fraktion wird in diesem Sinne entscheiden.

(Beifall bei der CSU.)

**Präsident:** Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Franke.

**Dr. Franke (SPD):** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Soeben hat der Jurist und Generalstaatsanwalt Dr. Dehler in einer Weise gesprochen, der ich doch entgegenen möchte, und zwar mit einem Vergleich (Dr. Dehler: Ich bin nur ein ganz einfacher Abgeordneter, Herr Dr. Franke.)

— gut — mit einem Vergleich. Es war, als wolle ein Cicero gegen einen fiktiven Catilina sprechen, als er den Namen Dr. Schumacher erwähnte. Über die ehrfurchtgebietende Gestalt Dr. Schumachers, über all das, was er gelitten hat, brauche ich nichts weiter zu sagen. Sie mögen politische Gegner sein oder nicht: die Reinheit seiner Absichten wird man wohl kaum bestritten können. Was er sagt, kann jeder lesen und jeder hören. Da ist nichts Heimliches, da ist nichts von einer Verschwörung. So ist es nun nicht, und dagegen muß ich mich verwahren.

(Dr. Dehler: Ich habe doch seine Worte wiederholt, Herr Dr. Franke; ich habe ihn nicht der Verschwörung bezichtigt. Ich habe ihn nicht herabgesetzt.)

— Herr Dr. Dehler hat gesagt: Wir müssen heute aussprechen, was ist. Das ist auch meine und unsere Parole wie die anderer Leute. Aussprechen, was ist! Da muß ich ganz offen fragen: Worum geht es denn? Meiner Ansicht nach geht es nicht um den Sozialisten und Fachminister Dr. Zorn. Ich habe das Empfinden, es geht in diesem Falle um etwas ganz anderes. Was jetzt auf dem Spiele steht, meine Herren — wie Sie auch entscheiden mögen —, das ist die Koalition. Darüber müssen wir uns klar sein. Nun sage ich Ihnen — aber ohne jede Phrase —: für mich war und ist die Koalition eine heilige Sache.

(Sehr richtig!)

Bitte, meine Herren, ich beschwöre Sie: Wie haben wir zusammen um die Koalition gerungen! Haben wir denn nicht in der ganzen Verfassunggebenden Landesversammlung damals überlegt, wie einer dem anderen entgegenkommen kann? Daß wir durch Programme getrennt sind, das wissen wir ganz genau. Daß jeder die Linie hat, einmal sein Programm durchzuführen, das wissen wir ebenso genau. Aber Koalition bedeutet, daß man sein Programm offen und ehrlich hinlegt und so-

(Dr. Franke [SPD])

weit zurückstellt, daß man die korrespondierenden Programmpunkte herausgreift und sagt: das ist unsere Arbeitsbasis. Wir haben das getan. Auf diese Weise stehen auch die gesamten Wähler hinter uns, denn wir widersprechen ja auch in der Koalition niemals dem Willen unserer Wähler.

Ich möchte mich damit auch gegen das Wort von Dr. Binnert wenden, daß eine Koalition nicht in demokratischem Sinne die Stimmen der Wähler vertreten könnte. Das ist nicht richtig. Wenn man allein stünde, wären vielleicht nur 100 Stimmen vertreten, wenn aber eine Koalition besteht, so sind es 150 und mehr Stimmen. Das macht, wie ich schon neulich sagte, sehr viel aus. Dadurch werden unsere Stimmen einheitlich und nachdrucksvoll, gerade wenn wir nach außen sprechen wollen und müssen. Aber das ist es eben: Der Kampf gilt der Koalition.

Da möchte ich noch eines erklären: Uns werden hier von der FDP immer Maßregeln gegeben, wie ein Demokrat sein soll, wie man sich im Parlament verhalten soll. Das ist nicht gerade schön. Diese reichlichen Belehrungen könnten ruhig einmal unterbleiben. Ich hoffe, es wird künftig auch so sein. Die FDP kann allerdings nach ihren Grundsätzen keine Koalition eingehen, nachdem sie sich seinerzeit auf den Standpunkt gestellt hat, daß dort, wo eine absolute Mehrheit besteht, die Koalition eine Verfälschung des Willens der Auftraggeber, der Wähler, darstellen würde.

Schon seinerzeit in der Verfassungsgebenden Landesversammlung ist bedauerlicherweise erstmalig von der FDP das Wort *Ruhhandel* gefallen. Das soll hier nochmals festgestellt werden. Wir haben mit der CSU —

(Zuruf: Zur Sache!)

— Ich spreche zur Koalition, weil ich sie retten will, meine Herren.

(Zuruf: Zur Tagesordnung! — Glocke.)

— Das ist die Tagesordnung; denn ich habe eben gesagt —

**Präsident:** Ich weise diesen Zwischenruf zurück. Darüber habe ich als Präsident zu machen. Es ist von den Rednern bisher immer zur Tagesordnung gesprochen worden. Kein Wort war gegen die Tagesordnung. Ich stelle das ausdrücklich fest. Ich setze auch so viel Intelligenz bei den einzelnen Abgeordneten voraus, daß sie die Rede genau verfolgen und Verhandlungen nicht erschweren.

(Zuruf: und das unterscheiden können)

— und das unterscheiden können.

**Dr. Franke (SPD):** — Das Wort *Ruhhandel* ist jedenfalls von vornherein geeignet, jede Anbahnung zu diffamieren. Da frage ich nun: Wurde das Wort schon damals gewählt aus Furcht vor einer kommenden Koalition?

Ich muß es schon aussprechen: Diese Furcht vor dem, was die Koalition vielleicht fertig bringt, ist eigenartig. Die Vorwürfe gegen einige Minister, die angeblich gegen deren Willen handeln, liegen natürlich, wie die meisten politischen Dinge, und in diesem Falle erst recht und eindeutig auf wirtschaftlichem Gebiet: Sie geben es ja selber zu. Man spricht von einer Rechten und einer Linken im Parlament. In diesem Parlament

ist es bei der Eigenart der Verteilung der Parteien furchtbar schwer, herauszufinden, wo eigentlich rechts und links ist. Eines ist sicher: Die FDP steht wirtschaftlich am allermeisten rechts.

(Zuruf von der FDP: Wir sehen uns links!)

Sehen Sie: Da ist die große Parole: *Freie Wirtschaft*. Das ist Ihre Parole. Und nun kommen Sie mit einem Schreckschuß für die anderen Hörer und sprechen von Sozialisierung, als ob jeder Sozialdemokrat heute noch mit dem roten Schlips herumliefe. *Sozialisierung* — darüber will ich hier keine weiteren Ausführungen machen — heißt Überführung von Besitz in irgendeine Gesellschaftsform unter Entschädigung desjenigen, der seinen Besitz an diese Gesellschaftsform abzugeben hat. Anders verstehen wir die Sozialisierung nicht. Wir behaupten auch gar nicht, daß wir sie im Augenblick durchführen wollen.

(Zuruf von der FDP: In Berlin entschädigungslos.)

— Wir sind nicht in Berlin.

(Zuruf von der FDP: Dort sind dieselben Sozialdemokraten!)

— Ich will darüber jetzt nicht weiter sprechen; es führt zu weit. Aber zu dem, was Sie vom Sozialismus und von der Sozialisierung denken, kann ich nur sagen: So stellt sich das kleine Frizchen die Sozialisierung vor.

(Zuruf bei der SPD: Sehr richtig!)

Wir stehen auf dem Standpunkt unserer Verfassung, die wir beschworen haben. Auch wir Sozialdemokraten wissen, so gut wie jeder andere auch, daß der Eid heilig ist. Da heißt es in Art. 160 eindeutig, was zu geschehen hat und was nicht. Deshalb begreife ich überhaupt nicht, wie man eine Gefahr sehen kann, das Eigentum könnte irgendwo abschwimmen, nachdem hier ein ganzer Landtag sitzt, der über jeden einzelnen Fall beschließen kann. Die Verfassung ist doch ein Grundgesetz und von diesem Grundgesetz her handelt es sich allerdings jetzt unter anderem um die Durchführung einer gewissen Planung.

Es ist nun gesagt worden, die Planwirtschaft sei mehr oder weniger am Chaos schuld. Ich möchte hier wirklich etwas Demagogisches sagen. Es fehlt nur noch, daß, wie man es manchmal hört, behauptet wird, die *Planwirtschaft* habe die Schuld und bei Hitler ging es uns besser.

Ich habe das in einer bestimmten Absicht ausgesprochen, um überzuleiten. Es ist sicher: Während des Krieges hat die Naziorganisation, leider in ganz falscher Anwendung und nach einer falschen Richtung hin, doch gezeigt, was die Planwirtschaft zu leisten vermag. Aber es war eine gegen das Ethos gelenkte Planwirtschaft, weil sie den Krieg wollte. Wäre diese Planwirtschaft —

(Zuruf: Wirtschaftsdiktatur!)

— es war kein Parlament dabei, das diese Planwirtschaft kontrollierte — wäre also diese Planwirtschaft, parlamentarisch kontrolliert, bereits damals zur Produktion von Friedensgütern verwendet worden, dann wären wir jetzt ein wohlhabendes und hochgeachtetes Volk.

(Sehr gut!)

Wenn wir über Planwirtschaft sprechen, muß man sich darüber sine ira et studio unterhalten können. Es heißt, zur Zeit versage die Planwirtschaft, siehe unser Wirtschaftsministerium! Ja, mein lieber Gott im Himmel! Wenn dort wirklich auch richtig geplant worden wäre, dann könnte man vom Versagen einer Planwirtschaft

(Dr. Franke [SPD])

sprechen. Ich will hier niemanden beschuldigen. Ich stelle nur fest: Man ist den Prinzipien der Planwirtschaft nicht gewachsen gewesen. Bis jetzt hat dort keine Planwirtschaft geherrscht.

(Zuruf: Man hat sie sabotiert!)

Insofern kann also von einer Mißkreditierung der Planwirtschaft nicht die Rede sein. Von den Gegnern will ich heute gar nicht reden, die ja ein Interesse daran haben, zu beweisen, daß die Planwirtschaft nicht funktioniert.

Wenn ich nun auf das Zentralamt in München zu sprechen komme, muß ich ganz offen sagen, daß ich von diesem Amt keine näheren Kenntnisse habe. Relata refero. Aber so viel ist doch wohl sicher, daß München in gewissem Sinne das Spiegelbild anderer Wirtschaftsministerien darstellt. Es ist ein großaufgeblähter Apparat, wie ich höre, mit 1500 Beamten.

(Zuruf: Mit viel Nazi drin!)

— Darauf komme ich noch. — Ich bezweifle es nicht, daß Dr. Müller ein hervorragender Organisationsbeamter ist. Seine wirtschaftliche Richtung war jedoch für die jetzt einzuschlagende Linie — das wird offen zugegeben — untragbar. Aber diese Linie ist gar keine sozialdemokratische. Lesen Sie die amerikanischen Zeitungen, lesen Sie die Artikel von Lippman usw.! Auch Amerika gibt zu, daß sich Europa in seiner großen Pleite überhaupt nur noch durch weitgehende Sozialisierungsformen der Großindustrie helfen kann.

Wir müssen uns weiter darüber klar sein: Gerade dieses Amt mit 1500 Leuten vertritt im Augenblick bestimmt noch nicht die Interessen Bayerns in dem Sinne, daß Bayern im Rahmen seiner Teilhaberschaft an der ganzen Zonenkonzentration paritätisch vertreten sein muß. Ich weiß nicht, wieviele bayerische Beamte zur Zeit dort sind und glaube, daß gegenwärtig eine ganze Menge Leute sich unter diese 1500 gemischt haben, deren Fragebogen auch etwas mit Sommerprossen bedeckt sind.

(Heiterkeit.)

Das muß sich noch herausstellen.

Wogegen man jetzt Sturm läuft und anrennt und wodurch unsere Koalition auf dem Spiele steht, ist im Augenblick lediglich die Verstaatlichung gewisser Großbetriebe und Anlagen des Großkapitals, meinerwegen auch derer im Westen. Verstaatlichung in diesem Sinne wird heute auch als Sozialisierung bezeichnet. Das bedeutet aber zunächst einmal, daß ein anderes Großkapital, das im Hintergrund steht, sich nicht ausgerechnet noch in diesem Augenblick in Sachwerte flüchtet, wo wir selber alles verlieren.

Ein zweites wichtiges Argument ist darin zu sehen: die Überführung in den Staatsbesitz heißt, den Mächten die Garantie geben, daß die großen Rohstoffquellen, die wir in den Staatsbesitz überführen wollen und die von einem demokratischen Parlament kontrolliert werden, niemals mehr zum Mißbrauch für irgendwelche Dinge herangezogen werden können. Schon vor einem Jahr hatten wir vorgeschlagen: Sozialisieren das Ruhrgebiet, aber laßt es uns! Dieser Ruf ist aufgenommen worden. Ob er verwirklicht wird, wissen wir nicht. Ich glaube aber nicht, daß es hier jemanden gibt, der sagen würde: lieber privatkapitalistisch weiter gearbeitet, aber von den Franzosen übernommen und an Frankreich an-

Stenogr. Ber. d. Bayer. Landtags 1946/47. Bd. I. 8. Sitzung.

geschlossen, als sozialisiert und dann in deutscher Hand und somit weiter in unserem Besitz.

(Zuruf: Zum Thema!)

— Das gehört alles zur Frage, die vorhin von Dr. Dehler aufgeworfen worden ist.

Ich komme ziemlich rasch zum Schluß und darf noch folgendes sagen: Es kommt auch darauf an, die Produktionslust zu steigern. Wenn der Teil des Volkes, der am wenigsten hat, nur das Gefühl besitzt, das ist Staatsbesitz und er habe auch ein Stück dieser deutschen Erde mit im Besitz, dann ist die Arbeitslust eine ganz andere und es ist alles viel leichter. Ich meine, mit dem Großkapital, mit der freien oder gar mit der entfesselten Wirtschaft haben wir doch wirklich reichliche und genügend trübe Erfahrungen gemacht. Sehen Sie, es gibt ein interessantes biologisches Experiment. Selbst ein Regenwurm, wenn er so und so oft in einer Richtung an eine Wand angestoßen ist — das mag tausendmal sein —, geht dann nach der anderen Richtung. Der homo sapiens hat es leichter. Wenn mir z. B. als Physiker eine Versuchsanordnung zweimal ins Gesicht geflogen ist, dann mache ich sie nicht noch einmal. Soweit reicht mein Gedächtnis. Nun frage ich Sie: Wer hat die Katastrophen, auch die letzte, herbeigeführt? Doch immer die Konkurrenz der freien und entfesselten Wirtschaft, die wieder und wieder zu Krieg und Zusammenstößen führen mußte.

(Sehr wahr!)

Das ist unsere Überzeugung! Soll uns jetzt noch einmal alles ins Gesicht fliegen? Ich glaube: nein!

(Beifall bei der SPD.)

**Präsident:** Das Wort hat Herr Dr. Lacherbauer.

**Dr. Lacherbauer (CSU):** Meine Damen und Herren! Der Herr Staatsminister Dr. Zorn, der nicht Mitglied dieses Hauses ist, hat vorhin erklärt, daß er nicht bereit ist, eine Mißbilligung entgegenzunehmen. Das kann er halten, wie er will. Ich entnahm seinen Worten, daß er für den Fall einer Mißbilligung seinerseits die Konsequenzen ziehen würde. Leider Gottes mußte ich aber zu einer anderen Überzeugung kommen. Als ich nämlich erklärte, es ist das gute Recht des Parlaments, Mißbilligungen auszusprechen, da hielt Herr Dr. Zorn den Zeitpunkt für gekommen, um zu erklären: „Nein, der Landtag hat nicht zu mißbilligen, sondern zu arbeiten!“

(Staatsminister Dr. Zorn: Habe ich nicht gesagt.)

— Wortwörtlich! Ich muß feststellen, daß ein Minister —

**Präsident:** Herr Kollege Lacherbauer, ich bitte, in Zukunft, wenn Sie zu den Worten eines Staatsministers von solcher wesentlicher Bedeutung Stellung nehmen, das nach dem Wortlaut der Ausführungen zu tun. Ich weiß als Präsident genau, daß der Wortlaut ein ganz anderer gewesen ist. Wir werden das auch auf Grund des stenographischen Protokolls nachweisen. Es war in den guten Zeiten des Parlaments immer üblich, daß man Äußerungen eines Staatsministers erst angriff, wenn das Stenogramm vorlag.

**Dr. Lacherbauer (CSU):** Ich habe den Wortlaut genau in Erinnerung. Hier möchte ich folgendes feststellen: Ich werde das Stenogramm, wenn es ausgefer-

(Mth.)

(Dr. Lacherbauer [CSU])

tigt ist, nochmals nachlesen und dann auf diese Gelegenheit zurückkommen.

Aber ich möchte generell folgendes sagen, und das ist für die Erledigung unserer Frage von grundsätzlicher Bedeutung: Wenn es die Auffassung wäre, daß das Parlament nicht das Recht habe, eine Mißbilligung oder ein Mißtrauensvotum auszusprechen, dann würde der Landtag überhaupt nicht in die Lage kommen, eine Kritik an der Regierung zu üben.

(Sehr richtig!)

Ich möchte Ihnen ausdrücklich erklären: Für mich handelt es sich nicht um den konkreten Fall Dr. Zorn. Ich weiß genau, in welcher Situation der Herr Dr. Zorn in Minden war, und ich persönlich mache ihm aus seinem Verhalten nach der subjektiven Seite hin keinen Vorwurf. Aber ich muß für dieses Haus reklamieren, daß der Landtag das parlamentarische Recht der Kritik für sich in Anspruch nehmen muß. Das festzustellen ist der Zweck meiner Ausführungen.

(Beifall.)

**Präsident:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst über den Antrag Beilage 61 ab.

Es liegt der Beschluß des Verfassungsausschusses zu dem Antrag des Landtags in der Vollziehung vom 31. Januar 1947 vor, zu prüfen, ob ein Mißtrauensvotum gegen einen einzelnen Minister nach der Verfassung überhaupt möglich ist:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Antrag der Abgeordneten Dr. Linnert und Genossen, dem Wirtschaftsmminister Dr. Zorn das Mißtrauen des Bayerischen Landtags auszusprechen (Beilage 54), wird für zulässig erklärt.

Es liegen ferner die Anträge Dr. Gundhammer und Dr. Dehler vor, die wir damit verbinden müssen. Aber zunächst hat nach meiner Überzeugung das Plenum des Landtags dem Ausschuß den Auftrag gegeben, unabhängig von dem Fall Zorn zu untersuchen, ob nach der Verfassung ein Mißtrauensvotum gegen einen Einzelminister zulässig ist. Diese Frage muß jetzt im Plenum zuerst zur Entscheidung gebracht werden. Ich werfe diese Frage nun unabhängig von dem Fall Zorn auf.

Wer der Ansicht ist, daß nach den Bestimmungen der Verfassung ein Mißtrauensvotum gegen einen Einzelminister zulässig ist, möge sich vom Platz erheben.

Das ist, wie ich sehe, die Minderheit. — Ich bitte um die Gegenprobe.

(Zuruf: Auszählen!)

— Darf ich bitten, noch einmal Platz zu nehmen; es wird mir zugerufen, ich sei falsch verstanden worden. Ich habe die Frage genau gestellt.

Wer der Meinung ist, daß ein Mißtrauensvotum gegen einen Einzelminister zulässig ist, möge sich vom Platz erheben. — Das ist die Minderheit. — Ich bitte um die Gegenprobe.

(Zuruf: Auszählen! Es geht um das Recht des Landtags!)

— Herr Kollege, das Recht des Landtags vertreten wir alle miteinander.

Ich bitte nun auszuzählen.

(Zuruf: Das ist Selbstentleibung! Selbstmord!)

— Meine verehrten Damen und Herren, ich muß jetzt einmal energisch auftreten. Wenn wir in der Abstimmung sind, dann sind Zurufe nur insoweit zulässig, als sie sich auf die Abstimmung beziehen.

(Zuruf: Sehr richtig!)

In dieser Beziehung ist bei einzelnen Abgeordneten ja gar keine parlamentarische Disziplin vorhanden! Obwohl ich mir als Präsident vollständig darüber im klaren bin, daß das erstere die Minderheit und das letztere die Mehrheit gewesen ist, lasse ich trotzdem auszählen, um jeden Irrtum zu vermeiden.

Wer dafür ist, daß ein Mißtrauensvotum gegen einen Einzelminister zulässig ist, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. Wir zählen jetzt aus. — Ich bitte die Abgeordneten, alle Platz zu nehmen; sonst kann ich nicht sehen, wer steht und wer sitzt. Ich bitte die Abgeordneten, die dagegen sind, die Sitze zu behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Die Frage, ob ein Einzelmißtrauensvotum gegen einen Ressortminister zulässig ist, ist mit 82 gegen 37 Stimmen verneint worden.

(Zurufe: Bravo!)

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

(Dr. Lacherbauer: Zur Geschäftsordnung!)

Herr Dr. L a c h e r b a u e r.

Dr. Lacherbauer (CSU): Herr Präsident, es ist die Frage zu klären, ob dann an Stelle des Mißtrauens, das von den Mitgliedern des Hauses offenbar als ein terminus technicus aufgefaßt worden ist, einem Einzelminister die Mißbilligung ausgesprochen werden kann.

**Präsident:** Das ist eine Frage, mit der sich erneut der Verfassungsausschuß beschäftigen sollte.

(Widerspruch. — Zurufe: Zur Geschäftsordnung!)

— Ich bitte um Ruhe! Ich kann als Präsident, wenn kein Antrag vorliegt, keine Abstimmung vornehmen lassen, auch wenn zehn Herren sich zur Geschäftsordnung melden.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

— Ich habe nur die Angelegenheit zur Entscheidung gebracht, auf die es ankommt. Ich bitte mir dann aus dem Hause die entsprechenden Fragen vorzulegen.

Zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete S a u f l e i t e r das Wort. —

**Saufleiter (CSU):** Ich stelle hiermit den Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag hat das Recht, jedem einzelnen Minister seine Mißbilligung auszusprechen.

Ich möchte zur Begründung dieses Antrags die Frage kurz klarstellen. Nach parlamentarischem Brauch ist

(Zuruf: war!)

mit dem Mißtrauensantrag zwangsläufig der Rücktritt des Ministers verbunden. Wir haben uns in der Verfassung für die verantwortlich geführte Demokratie nach angelsächsischem Vorbild entschieden, nach dem die Verantwortung für die Betrauung eines Ministers beim Ministerpräsidenten liegt. Mithin kann ein Mißtrauensvotum nur gegenüber dem Ministerpräsidenten ausgesprochen werden. Dagegen muß es das Recht des Landtags sein, einem einzelnen Minister im gegebenen Fall seine Mißbilligung auszusprechen. Das ist unsere Auffassung. Wir treten

**(Haußleiter [CSU])**

hier für das Recht des Landtags ein, haben uns aber gegen die Zulässigkeit eines Mißtrauensvotums entschieden, weil wir alle Verantwortung auf das Haupt des Ministerpräsidenten gelegt sehen wollen, der ja auch die Minister mit Zustimmung des Landtags beruft und entläßt. So ist der klare staatsrechtliche Sachverhalt.

Ich bitte nun den Herrn Präsidenten, damit die Frage geklärt wird, meinen Antrag ohne weitere Umstände zur Abstimmung zu stellen.

**Präsident:** Herr Dr. Dehler hat zur Geschäftsordnung das Wort.

**Dr. Dehler (FDP):** Ich stimme mit Herrn Kollegen Haußleiter überein. An sich waren wir uns im Verfassungsausschuß und auch hier doch alle darüber einig, daß ein Mißtrauensvotum nach der Verfassung nicht die Konsequenz der Pflicht des Ministers zum Rücktritt hat. Das ist ein Streit um Worte. Aber darüber, daß das Parlament trotzdem das Recht haben muß, zu einem Minister und zu seiner Amtsführung Stellung zu nehmen, sollten wir nicht zu streiten brauchen. Sonst hören wir auf! Darum habe ich auch den Antrag absichtlich hier im konkreten Fall gestellt. Ich habe beantragt, daß der Landtag beschließt, erstens das Verhalten des Ministers Dr. Zorn in Minden zu mißbilligen, zweitens ihm das Mißtrauensvotum auszusprechen. Ich unterstütze den Antrag Haußleiter.

**Präsident:** Zuerst muß die allgemeine Frage entschieden werden.

Es liegt hiermit der Antrag vor, klarzustellen, ob eine Mißbilligung gegen einen einzelnen Ressortminister zulässig ist. Wer diese Frage bejaht, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Das ist die große Mehrheit. Die Frage ist bejaht.

(Zuruf: Gegenprobe, bitte!)  
Ich bitte um die Gegenprobe. — Das ist einstimmig beschlossen; warum dann die große Aufregung?

(Weiterkeit.)

Ich stelle fest, daß die Frage bejaht ist; ein Mißbilligungsantrag gegen einen einzelnen Ressortminister ist also verfassungsmäßig zulässig.

Im Zusammenhang damit steht der Antrag Dr. Sundhammer und Fraktion und der Antrag Dr. Dehler. Der Antrag Dehler ist der weitergehende; über ihn ist also zuerst abzustimmen.

Dann kommt der Antrag Dr. Sundhammer.

Herr Kollege Dr. S u n d h a m m e r hat noch etwas zu bemerken.

**Dr. Sundhammer (CSU):** In dem Antrag ist etwas zu berichtigen. Der Wortlaut soll heißen: „Die Staatsregierung wird ersucht“, anstatt „sei zu ersuchen“.

**Präsident:** — Ich nehme das zur Kenntnis.

Wir kommen dann zur Abstimmung.

Ich verlese also den Antrag des Herrn Kollegen Dehler:

Der Landtag wolle beschließen:

1. Das Verhalten des Wirtschaftsministers Dr. Zorn bei der Abberufung des Dr. Rudolf Müller als Vorsitzender des Verwaltungsrats für Wirtschaft in Minden und bei der Berufung des

Dr. Ugarz als Nachfolger des Dr. Müller wird mißbilligt.

2. Dem Wirtschaftsminister Dr. Zorn wird aus diesem Anlaß das Mißtrauen des Bayerischen Landtags ausgesprochen.

(Zuruf: Ziffer 2 ist hinfällig!)

— Ziffer 2 ist hinfällig.

Wer der Ziffer 1 die Zustimmung erteilen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. Ziffer 1 des Antrags Dr. Dehler ist mit allen gegen die Stimmen der FDP abgelehnt.

(Beifall.)

Wir kommen zum Antrag Dr. Sundhammer und Fraktion, der folgenden Wortlaut hat:

Die Staatsregierung wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß die Ressortminister sich an die Weisung des Ministerpräsidenten halten und rechtzeitig die erforderlichen Instruktionen bei auswärtigen Dienstgeschäften einholen. Wenn diesen Gesichtspunkten nicht Rechnung getragen wird, dann müßte der Landtag von seinen verfassungsmäßigen Rechten Gebrauch machen.

Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilen will, den bitte ich sich vom Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag ist gegen zwei Stimmen angenommen.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung mit Ausnahme des Antrags Dr. Linnert und Fraktion erledigt, der den Damen und Herren auf Beilage 33 gedruckt vorliegt. Ich brauche ihn wohl nicht mehr zu verlesen. Der Ausschuß beantragt Ablehnung dieses Antrags als unzulässig.

Wer dem Ausschufsantrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich sich vom Platz zu erheben. — Das ist die große Mehrheit. Der Antrag ist gemäß dem Ausschufbeschluß abgelehnt.

Wir kommen zu Ziffer IV der Tagesordnung.

**Mündlicher Bericht des Ausschusses für Aufgaben wirtschaftlicher Art zum Entwurfe eines Gesetzes über die Wiedererrichtung von Verbraucher-Genossenschaften — Konsumvereinen** — (Beilage 62).

(Dr. Schlögl: Zur Geschäftsordnung!)

**Präsident:** Der Abgeordnete Dr. S c h l ö g l hat zur Geschäftsordnung das Wort.

**Dr. Schlögl (CSU):** Meine sehr geehrten Frauen und Herren! Ich möchte den Antrag stellen, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen. Es hat sich nämlich unterdessen herausgestellt, daß im Ausschuß eine irriige Auffassung über die Auslegung eines Artikels vorhanden war. Der Grund hierfür war, daß der Regierungsvertreter im Ausschuß nicht die gesetzlichen Unterlagen bei sich hatte — oder er hat sie überhaupt nicht befehen — und sie auch nicht kannte. Das war ein ganz merkwürdiger Zustand.

Ich bitte die Staatsregierung dringend, daß, wenn wieder Referenten zu Ausschufßitzungen erscheinen, sie mindestens mit dem entsprechenden Handwerkszeug ausgerüstet werden und auch die notwendigen Sachkenntnisse mitbringen; das Handwerkszeug und der Verstand

(Dr. Schögl [CSU])

müssen zusammenwirken, damit man in einem Ausschuß überhaupt arbeiten kann.

Außerdem rege ich an, daß zu der Sitzung des Ausschusses, in der dieses Gesetz nochmals behandelt wird, der zuständige Staatskommissar Dr. Dürr bzw. sein Vertreter erscheint, damit wir dann sachgemäß sehr schnell über das Gesetz beschließen können.

Ich bitte daher, diesen Punkt jetzt von der Tagesordnung abzusetzen.

(Stoc: Ich bitte ums Wort!)

**Präsident:** Herr Abgeordneter Stoc hat das Wort!

**Stoc (SPD):** Meine Damen und Herren! Auch meine Fraktion ist der Auffassung, daß dieser Punkt nochmals an den Ausschuß zurückverwiesen werden muß, weil über die Beschlüsse die notwendige Klarheit nicht besteht.

(Kremp: Zur Geschäftsordnung!)

**Präsident:** Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Kremp!

**Kremp (CSU):** Ich möchte bitten, daß zu dieser Vorberatung auch der Einzelhandelsverband in München gehört wird, der für ganz Bayern zuständig ist. Ich bitte, daß er beratend zugezogen wird, wie das in anderen Fällen bei Gewerkschaften und anderen Verbänden auch der Fall ist.

**Präsident:** Herr Abgeordneter Kremp, dem muß ich mit aller Entschiedenheit widersprechen. Das ist parlamentarisch unzulässig. Der Ausschuß berät allein über diese Vorlage; wenn die Regierung das Bedürfnis hat, Interessenten einzuvernehmen, ist das ihre Sache. Interessenten können sich mit der Regierung ins Benehmen setzen. Die Regierung ihrerseits hat nach Kenntnis aller Zusammenhänge diese Vorlage gegenüber dem Parlament und seinem Ausschuß zu vertreten.

(Dr. Hundhammer: Der Einzelhandelsverband kann eine Eingabe an den Landtag machen.)

Es liegt nun der Antrag vor, die Vorlage über die Konsumvereine wieder an den Ausschuß zurückzuweisen. Wer dem zustimmt, den bitte ich sich vom Platz zu erheben. — Das ist die große Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Wir kommen zu Ziffer V der Tagesordnung:

#### **Beratung des Antrags der Abgeordneten Stoc und Genossen (Beilage 66).**

Die bayerische Staatsregierung wird ersucht, bei der Militärregierung einen Antrag auf Absetzung des Kalk- und Zementwerkes Solnhofen von der Reparationsliste dringlichst einzubringen, nachdem die Sprengung des Werkes bereits angeordnet sein soll.

Zur Begründung hat Herr Abgeordneter Stöhr das Wort.

**Stöhr (SPD):** Männer und Frauen des Bayerischen Landtags! Die sozialdemokratische Fraktion unterbreitet Ihnen den soeben verlesenen Antrag. Vor wenigen Tagen erfuhren wir, daß das Kalk- und Zementwerk Solnhofen auf Anordnung der Militärregierung sofort seinen Betrieb einzustellen hat. Es verfällt der Demontage.

Mehrere Gründe veranlassen uns Sozialdemokraten, zu dieser Sache Stellung zu nehmen und die Staatsregierung zu ersuchen, dringlichst bei der Militärregierung vorstellig zu werden, daß das Kalk- und Zementwerk von der Reparationsliste gestrichen wird. Wir verzeichnen die Tatsache, daß Bayern gegenüber der durch Kontrollratsbeschluß für das deutsche Reichsgebiet zugelassenen Zementherzeugung eine Untertapazität aufweist. Wir verstehen nicht, daß von den ohnehin wenigen Zementwerken noch ein Teil zerstört werden soll, wenn die Zementwerke in ihrer Gesamtheit nicht in der Lage sind, das Material zu erzeugen, das uns eigentlich zugewilligt worden ist. Sachleute beurteilen die Möglichkeit, den durch die Zerstörung des Werkes ausfallenden Zement aus einem anderen deutschen Land zu beziehen, als sehr schlecht. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß ein Ausgleich aus Württemberg oder anderen Staaten nicht möglich ist.

Es dürfte nicht notwendig sein, in diesem Haus auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, die der Beschaffung von Baumaterialien entgegenstehen. Das Werk Solnhofen liegt inmitten des Lithographiestein- gebiets, in dem sich 60 Unternehmen befinden. Das Werk bedient sich der riesigen Schutthalde, die in Jahrhunderten durch die Arbeit der Betriebe angefallen sind, und erzeugt aus dem Abfall Zement. Durch den Abbau dieser riesigen Halde wird laufend neues Gelände für die anderen Unternehmen freigelegt.

Würden diese Halde in Zukunft nicht mehr abgebaut werden, dann bestünde die Gefahr, daß die Betriebe schon in wenigen Jahren nicht mehr die Steinbrüche zur Verfügung hätten, die sie brauchen, um in diesem Bezirk ihre Arbeiter zu beschäftigen. Das Zementwerk ist zur Erhaltung der Steinhütte unbedingt erforderlich, beide Industrien sind in gemeinschaftlicher Arbeit aufeinander angewiesen. Für den Aufbau unseres zerstörten Franken und vor allen Dingen für die Erhaltung von Arbeitsmöglichkeiten für die Arbeiter aus den Gauen Südbayerns ist deshalb die Rettung dieses Werkes unbedingt notwendig.

Die Staatsregierung wird dringendst ersucht, entscheidende Schritte zu unternehmen, daß dieses Werk erhalten bleibt.

(Beifall.)

**Präsident:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag Stoc und Genossen die Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Das ist einstimmig beschlossen. Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen zu Ziffer VI der Tagesordnung:

#### **Interpellation der Abgeordneten Dr. Schögl und Genossen. (Beilage 93)**

Sie hat folgenden Wortlaut:

Ist die bayerische Staatsregierung bereit, darüber Auskunft zu geben, welche Maßnahmen sie zur Behebung der Unsicherheit auf dem Lande bereits getroffen und in Aussicht genommen hat?

(Präsident)

Ist die bayerische Staatsregierung bereit, über die Kriminalität in Bayern Auskunft zu geben, besonders auch darüber, wie weit Jugendliche darunter fallen?

(Dr. Dehler: Zur Geschäftsordnung!)

— Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Dr. Dehler!

Dr. Dehler (FDP): Ich bitte unsere Anfrage Nr. 3, Beilage 36, gleich mit dieser Interpellation zu verbinden.

Präsident: Ihre Anfrage, Herr Kollege, kann ich ruhig damit verbinden; den ich will weitherzig handeln. Aber man muß zwischen einer kurzen Anfrage und einer Interpellation unterscheiden. Interpellationen müssen nach der Geschäftsordnung 15 Unterschriften tragen. Das ist bei Ihrer Anfrage nicht der Fall. Weil Ihre Anfrage diese 15 Unterschriften nicht enthält, stellt sie offenkundig eine kurze Anfrage dar. Es besteht jedoch kein Hindernis, sie mit der vorliegenden Interpellation zu verbinden.

Das Haus ist damit einverstanden. Herr Dr. Dehler, Ihre Anfrage wird mit der Interpellation verbunden.

Ich bitte nunmehr Herrn Dr. Schögl, seine Interpellation zu begründen.

Dr. Schögl (CSU): Meine sehr geehrten Frauen und Herren! Es ist uns allen bekannt, daß die Unsicherheit auf dem Lande immer noch sehr stark ist. Wir können wohl feststellen, daß im Laufe der Jahre seit dem Einmarsch der Amerikaner manches besser geworden ist; aber Einödhöfe, auch Ortschaften werden immer noch heimgesucht. Die Kriminalität auf dem Lande ist daher doch noch immer außerordentlich stark. Es soll auch vorgekommen sein, daß verschiedene Landpolizisten bei Feuergefechten ihr Leben verloren haben. Die Interpellation hat den Zweck, das hohe Haus eingehend zu unterrichten, wie zur Zeit die Dinge liegen, weil die Landbevölkerung durch zahlreiche Zuschriften immer und immer wieder bittet, man möge ihr bei ihrer schweren Arbeit auch den nötigen Schutz gewähren. Deshalb haben meine Freunde und ich diese Interpellation eingebracht. Es besteht eben die Befürchtung, daß dann, wenn eines schönen Tages die Währungsreform durchgeführt wird, die Kriminalität wieder stark steigen wird; denn die Menschen, die heute auf dem Schwarzen Markt ihr Geld verdienen, werden nicht so leicht zu ordentlicher Arbeit zurückkehren,

(sehr richtig!)

sondern sie werden dann eben die dunklen Geschäfte in irgendeiner Form weitertreiben. Die bayerische Staatsregierung sollte in Kenntnis dieser Zusammenhänge möglichst bald ihre Vorkehrungen treffen, da die Polizei draußen auf dem platten Land, das in erster Linie heimgesucht wird, in keiner Weise genügt.

Es wäre auch sehr gut, von der Staatsregierung zu erfahren, ob es nicht möglich ist, Selbsthilfeeinrichtungen auf dem Land zu schaffen. Ich weiß, daß in manchem unserer Dörfer heute schon bestimmte Wachmannschaften, wenn auch unbewaffnet, nachts patrouillieren, daß schon Marmeinrichtungen geschaffen worden

sind usw. Es wäre angebracht, wenn diese Bestrebungen der Selbsthilfe von der bayerischen Staatsregierung möglichst unterstützt würden, damit die Furcht vom platten Lande verschwindet. Wir müssen auch berücksichtigen, daß in vielen Bauernhäusern draußen zum größten Teil nur Frauen anwesend sind. Diese Tatsache hat dazu geführt, daß in manchen Bauernhäusern draußen in der Nacht ständig das elektrische Licht brennt, weil die Leute sich sonst nicht mehr zur Ruhe begeben. Das sind Tatsachen, die meine Freunde und mich veranlaßt haben, die bayerische Staatsregierung um Auskunft zu bitten.

Außerdem bezweckt diese Anfrage, daß wir einen Überblick bekommen, auch wie die Kriminalität bei unserer Jugend ist. Das wäre zu wissen wichtig, weil ja alle möglichen Gerüchte darüber umgehen.

Ich bitte daher die Staatsregierung, diese Gesichtspunkte zu würdigen und insbesondere dafür zu sorgen, daß der Schutz des flachen Landes stärker wird, als es jetzt der Fall ist, vor allem durch tunlichste Vermehrung bzw. Verstärkung von Gendarmeriestationen,

(sehr richtig!)

ferner durch Förderung von Selbsthilfeeinrichtungen durch Verbesserung des Alarmsystems.

(Stoß: Auch Nachtpatrouillen!)

— Ja, auch Nachtpatrouillen! Die wenigen Landpolizisten die wir draußen haben, sollten angehalten werden, fleißig zu patrouillieren. Auch die Telefoneinrichtungen auf dem Lande sollten, so gut es geht, vervollkommen werden, damit man der Banden Herr wird. Es ist ja meistens so: Wenn die Überfälle geschehen sind — die geschehen ja zum Teil sogar am Tag —

(Sehr wahr!)

und die Gendarmerie nach langer Verzögerung kommt, ist die Bande schon längst wieder über alle Berge. Sie kann dann nicht verfolgt werden, weil zum größten Teil auch Ausländer mit beteiligt sind. Denn die Ausländerfrage spielt bei der Bekämpfung der Banden eine sehr große Rolle und da wäre es gut, wenn vor allem das flache Land von allen den Plagen verschont würde, die da draußen in einem Gebiet entstehen, das auch nicht genügend bewacht werden kann. Die Staatsregierung wird gebeten, alle Schritte bei der Militärregierung zu unternehmen, damit diese Ausländer möglichst bald in ihre Heimat zurückkehren können. Denn arbeiten wollen sie ja nicht mehr bei uns, und es gibt nur wenige, die noch bei Bauern arbeiten; der größte Teil tut nichts mehr. Die Folge ist, daß die Ausländer eine Gefahr für die Sicherheit des platten Landes darstellen. Es ist auf diesem Gebiet schon viel Unglück geschehen, und die Furcht will von der Landbevölkerung nicht weichen.

Daher darf ich die Staatsregierung wirklich eindringlich bitten, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, damit wieder eine gewisse Sicherheit auf dem Lande einkehrt, weil das Gefühl der Sicherheit auch eine wesentliche Voraussetzung für den Arbeitswillen auf dem Lande ist. Denn wenn ein Mensch nachtelang nicht mehr schlafen kann, weil er immer das Gefühl haben muß, daß jeden Moment eingebrochen werden kann, dann ist es selbstverständlich, daß eben auch die Produktion zurückgehen muß.

Noch vieles wäre auf diesem Gebiet zu beachten. Ich möchte mich aber auf die wesentlichsten Gesichtspunkte beschränken und bitte die Staatsregierung, alles zu tun und vor allem die Gendarmeriestationen draußen

(Dr. Schlögl [CSU])

zu vermehren. Mit der Zeit muß es auch gelingen, geeignete und zuverlässige Landpolizisten zu finden. Denn es hat sich schon herausgestellt, daß gerade bei Felddiebstählen auch Leute der Landpolizei in hervorragendem Maße mitbeteiligt sind.

(Weiterkeit.)

Das ist natürlich ein unhaltbarer Zustand; aber ich kenne solche Fälle in genügender Zahl. Wenn die Polizei selbst mitstiehlt, dann ist es mit der Sicherheit auf dem Lande erst recht vorbei. Es war ja im letzten Jahre so, daß tatsächlich eine Obsternte gar nicht eingebracht werden konnte, weil vorher bereits alles gestohlen worden war. Ich will nicht verallgemeinern, aber mir scheint doch, daß noch manche ungeeignete Elemente in der Polizei stecken, die keine Gewähr dafür geben, daß sie ihre Pflicht so erfüllen, wie es notwendig war und ist. Ich bin sehr neugierig, was der Herr Vertreter der Staatsregierung dem hohen Hause mitteilen wird, weil von der Lösung dieser Frage tatsächlich so viel abhängt.

(Beifall.)

**Präsident:** Das Wort zur Beantwortung der Interpellation hat der Herr Staatssekretär Dr. Anfermüller als Vertreter der Staatsregierung.

**Staatssekretär Dr. Anfermüller:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Als Vertreter des erkrankten Herrn Innenministers habe ich zu der Interpellation, die eben vorgetragen bzw. begründet worden ist, namens der Staatsregierung hier Stellung zu nehmen. Die Staatsregierung ist selbstverständlich gerne bereit, auf diese Anfrage einzugehen, da sie ihr doch einmal Gelegenheit bietet, die große Sorge, die die Regierung gerade auf diesem Gebiet hat, vor dem Landtag darzulegen.

Es scheint mir am notwendigsten, zunächst einmal eine kurze statistische Übersicht über die Entwicklung der Verbrechen und Delikte zu geben.

(Undauernde Unruhe. In der Tiefe des Saales erregter Wortwechsel zwischen Abgeordneten und Pressevertretern. — Glocke.)

**Präsident:** Ich bitte um Ruhe! Es ist ein unerhörter und unmöglicher Zustand, daß hier einige Personen miteinander streiten.

**Kurz (CSU):** Herr Präsident, wir sind hier von Pressevertretern angegriffen worden, als wir eine amtliche Angelegenheit erledigten. Das verbitten wir uns.

**Präsident:** Das kommt alles daher, weil nicht genügend Ordnung im Hause ist. Ich muß die Herren Abgeordneten bitten, ihre Plätze einzunehmen. Ohne jemand einen Vorwurf zu machen, muß ich doch sagen: Je mehr man auf der linken Seite des Hauses zurückgeht, desto größer ist die Unruhe. Die Herren verstehen wohl, wen ich meine.

Ich bitte nun den Herrn Staatssekretär Dr. Anfermüller, fortzufahren.

**Staatssekretär Dr. Anfermüller:** Die Gesamtzahl der im Jahre 1946 in Bayern verübten strafbaren Handlungen hat 355 495 Fälle erreicht, davon sind rund 60 Prozent geklärt worden, nämlich 213 999.

Gegenüber 1938 ergibt sich folgende prozentuale Steigerung:

an Rauschgiftvergehen eine Zunahme von 519 Prozent,

an schweren Diebstählen eine Zunahme von 380 Prozent,

(hört, hört!)

an Tötungsdelikten eine Zunahme von 331 Prozent,

an versuchten Tötungsdelikten eine Zunahme um 148 Prozent.

(Hört, Hört!)

Die einfachen Diebstähle haben zugenommen um 129 Prozent,

Kindstötungen haben zugenommen um 111 Prozent,

Raub- und Erpressungsdelikte um 90 Prozent,

Körperverletzung mit Todesfolge um 87 Prozent,

und Unterschlagung um 33 Prozent.

Sie ersehen aus diesen Zahlen bereits, wie groß die Zunahme bei diesen Straftaten auf allen Gebieten ist.

Die Gesamtzahl der wegen verübter strafbarer Handlungen im Jahre 1946 festgenommenen, also verhafteten Personen beträgt 89 900. Bereits aus dieser Zahl können Sie schließen, daß unsere Polizei schon manches geleistet hat und daß mancher der Angriffe, die gegen die Polizei hier und draußen mündlich und in der Presse vorgebracht werden, nicht oder nicht ganz begründet sein dürften.

Es wurden verhaftet 72 000 oder 80,74 Prozent Deutsche, 17 000 oder 19 Prozent Ausländer. Eine weitere Aufschlüsselung nach anderen Gesichtspunkten ergibt 64 930 oder 72 Prozent erwachsene Deutsche, 7754 oder 8,61 Prozent jugendliche Deutsche, womit gleich das Problem der Jugendlichen offensichtlich wird. Unter den Ausländern sind 16 600 Erwachsene oder 18 Prozent und 702 oder 0,7 Prozent Jugendliche festgenommen worden. Die bei den festgenommenen Tätern auf Ausländer entfallende Prozentzahl war 19,26 Prozent. Aber erst dann ist die gesamte Bedeutung dieses Prozentsatzes ersichtlich, wenn gleichzeitig berücksichtigt wird, daß erstens der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung des Landes um die Jahresmitte 1946 etwa 4 Prozent betrug und zweitens der Anteil der Ausländer an der Zahl wegen Tötungsdelikten festgenommenen 55 Prozent und der wegen Raub und Erpressung und wegen Straßenraub festgenommenen 61,13 und 31,36 Prozent ausmacht.

Es entfallen also zusammengefaßt auf 100 000 Deutsche zwei wegen Mordes oder Totschlags festgenommene, auf 100 000 Ausländer 37 wegen Mordes oder Totschlags festgenommene, auf 100 000 Deutsche 1 wegen Straßenraubs Verhafteter, auf 100 000 Ausländer 14 wegen Straßenraubs in Haft Genommene, auf 100 000 Deutsche 4 wegen sonstiger Raubtate Verhaftete und auf 100 000 Ausländer 166 wegen sonstigen Raubes in Haft Genommene.

(Zuruf: Hat die Militärregierung die Unterlagen erhalten?)

— Ich kann darüber im Augenblick nicht genau Bescheid geben, weil ich erst gestern abend die Interpellation erhalten habe und mir erst heute früh durch die Referenten Unterlagen geben lassen konnte. Ich glaube, daß durch diesen Bericht und dieses Material, das ja

(Staatssekretär Dr. Unterkümmler)

statistisch ist, bereits nachgewiesen ist, daß hier gerade das Ausländerproblem stark in die Kriminalität hinübergreift und hinüberspielt.

Wie stark unsere Polizei hier eingreift und welche Gefahren sie auf sich genommen hat und noch auf sich nimmt, werden Sie auch daraus entnehmen, daß Polizeibeamte häufig bereits bei Verfolgung von Übeltätern und Verbrechern ihr Leben lassen mußten, von den vielen verletzten Polizeibeamten ganz abgesehen. So wurde heute um 14 Uhr 15 Minuten im Ministerium angerufen und folgendes mitgeteilt:

Zwei Kriminalbeamte, ein Oberinspektor und ein Oberkommisär der bayerischen Kriminalpolizei, Außenstelle Pasing, sind in der Reitmorstraße (also in unmittelbarer Nähe des Ministeriums) in Verfolgung einer Raubangelegenheit in Schleißheim heute erschossen worden, ein weiterer Kriminalbeamter wurde angeschossen, der begleitende UNRRA-Offizier wurde so schwer verletzt, daß mit seinem Ableben gerechnet wird.

Sie sehen an diesem Beispiel wieder, daß tatsächlich die Polizei sehr eifrig und tatkräftig eingreift und dabei sehr stark gefährdet ist.

Was bisher unternommen wurde, läßt sich vielleicht am besten ersehen, wenn ich einen Brief bekanntgebe, den Herr Staatsminister des Innern Seifried am 3. Januar 1947 an verschiedene Dienststellen richtete und worin er von Vorschlägen an Herrn General Müller berichtete. In diesem Brief heißt es:

Eine meiner Haupt Sorgen ist die Sicherheit des Landes. Der Präsident der Landpolizei von Bayern hat mir in seinem Schreiben vom 21. November 1946 eine Reihe ausgezeichnete Verbesserungsvorschläge unterbreitet, die umgehend an das Amt der Militärregierung von Bayern weitergeleitet wurden. Diese Vorschläge wurden leider von der Militärregierung als zur Zeit undurchführbar erklärt.

Ich habe daraufhin gebeten, wenigstens transportable Funkprüfgeräte zur raschen Verstärkung der Sicherheitsorgane im Bezirk zuzulassen. Zugleich hat der Herr Ministerpräsident Dr. Hoegner

— es war das noch zur Zeit der früheren Regierung — auf meine Anregung hin einen Brief an den Direktor der Militärregierung für Bayern, Herrn General Müller, übermittelt, in welchem nachstehende vier Punkte als Sofortmaßnahmen vorgeschlagen wurden:

1. Sofortige Durchführung von Großrazzien in den Ausländerlagern,
2. Verhängung eines Ausgehverbots für die Ausländerlager während der Dunkelheit für eine gewisse Zeit, um die gutgesinnten Elemente der Lager gegen die im Lager hausenden Banditen einzunehmen;
3. die Androhung und Vollziehung exemplarischer Strafen gegen verbotenen Waffenbesitz von Ausländern;
4. Errichtung bewaffneter Ortswachen, die von amerikanischen Polizeiorganen überwacht, von deutschen Polizeibeamten geführt und aus-

politisch unbedingt zuverlässigen Deutschen gebildet werden.

Dieser Brief schloß mit folgenden Ausführungen:

Die tägliche Auswertung der Polizeiberichte aus dem ganzen Staatsgebiet ergibt eine geradezu niederschmetternde Aufeinanderfolge von Raubmorden, räuberischen Überfällen, Vergewaltigungen, Einbrüchen in Behörden mit Raub der zur Ausgabe bereitgelegten Lebensmittelkarten und Ausplünderung von Lebensmittelgeschäften. Der ganzen bayerischen Bevölkerung bemächtigt sich wegen dieser Zustände allmählich eine Mutlosigkeit und Verbitterung, die von sehr ungünstiger Auswirkung sein muß. Die bayerische Staatsregierung gerät immer mehr in den Verdacht, daß sie nicht den Mut hat, die Militärregierung offen auf das Verbrechertum hinzuweisen, das vor-aller Augen sich austobt, oder daß sie nicht genügend Ansehen bei der Militärregierung genießt, um eine durchgreifende Abhilfe zu erwirken.

Das zuletzt Vorgetragene ist wörtlich ein Teil des Briefes, den Herr Ministerpräsident Dr. Hoegner an Herrn General Müller, den Direktor der Militärregierung für Bayern richtete.

Die Regierung ist sich vollkommen klar, daß mit den bisher unternommenen Maßnahmen das Problem noch nicht gelöst ist. Weitere Maßnahmen werden ernstlich geprüft. Wir sind uns alle bewußt, daß hier etwas Durchgreifendes geschehen muß, um die Unsicherheit und deren Auswirkung auf die Bevölkerung zu beseitigen. Ich persönlich habe mir bei meinem Amtsantritt vorgenommen, auf diesem Gebiet ganz besonders durchzugreifen. Leider ist es in der kurzen Zeit noch nicht möglich gewesen, diesem Problem ganz auf den Grund zu gehen. Hoffentlich ist demnächst Gelegenheit, daß ein Vertreter der Regierung, eventuell ich persönlich, dem Landtag über weitere Maßnahmen berichten kann, die unterdessen durchgeführt wurden oder noch geplant sind. Unterdessen wird neuerdings mit der Militärregierung Fühlung genommen werden müssen.

Ich glaube, damit dem hohen Hause zunächst genügend Aufklärung gegeben zu haben und bitte, mit diesem Bericht für heute vorlieb nehmen zu wollen.

(Beifall.)

**Präsident:** Ich danke namens des Hauses dem Herrn Staatssekretär für diese Aufklärungen. Sie haben teilweise ein erschreckendes Bild der Kriminalität gegeben und Einblick gewährt in die Schwierigkeiten, die insbesondere die Ausländerfrage uns bereitet. Ich bin namens des Hauses dankbar auch dafür, daß der Herr Staatssekretär in Aussicht gestellt hat, diese Fragen hoffentlich in nicht allzu ferner Zeit mit dem zuständigen Ausschuß des Landtages erneut zu behandeln. Ich kann mir vorstellen, daß die Staatsregierung noch entsprechende Vorschläge machen kann, besonders wenn sie mit der Militärregierung nochmals Rücksprache genommen hat. Es handelt sich darum — ich habe mich selbst über das Problem in der letzten Zeit informiert —, ob unsere Polizeikräfte überhaupt ausreichen, um der Verhältnisse, vor allem auf dem Lande, Herr zu werden. Diese Frage ist sehr eingehend zu prüfen und im zuständigen Ausschuß so rasch

**(Präsident)**

bei Anforderung eines Fragebogens an dessen Stelle eine Abschrift des rechtskräftigen Spruchkammerurteils einzureichen.

Dieser Antrag gehört in den Entnazifizierungsausschuß. — Das Haus ist damit einverstanden.

Die Abgeordneten Haut, Amann und Genossen haben einen Antrag zum Wohnungs- und Siedlungswesen gestellt, den ich im einzelnen wohl nicht zu verlesen brauche. Es handelt sich hierbei um Planungs- und Baufragen.

Ich schlage vor, den Antrag dem Wirtschaftsausschuß zu überweisen, da es sich im wesentlichen um Wirtschaftsfragen, nicht bloß um landwirtschaftliche Fragen handelt. Das Haus ist damit einverstanden.

Damit sind die Anträge erledigt.

Nun handelt es sich noch um die Festsetzung der nächsten Vollziehung. Die Dinge liegen so, daß man wirklich allen Ernstes sagen kann: Wir haben in unserer

Tätigkeit als Abgeordnete durch den augenblicklichen Krankheitszustand schwere Einbußen erlitten. Eine ganze Reihe von Mitgliedern des Hauses konnte wegen Krankheit an unseren Beratungen nicht teilnehmen, und viele haben große Opfer auf sich genommen, um überhaupt hierherkommen zu können. Ein Teil von uns ist, wie wir sehen, auch nicht gut beisammen. Da die Heizungsfrage sich bei den Ausschusssitzungen besser erledigen läßt, erscheint es wohl angebracht, in der nächsten und übernächsten Woche nur Ausschusssitzungen abzuhalten, in denen ein Teil des vorliegenden Materials aufgearbeitet werden kann, und erst in der darauffolgenden Woche wieder das Plenum einzuberufen.

Ich bitte Sie, den Präsidenten des Hauses zu ermächtigen, Termin und Tagesordnung der nächsten Vollziehung entsprechend festzusetzen. — Ich stelle das Einverständnis des Hauses fest.

Ich danke den Damen und Herren und schließe die Sitzung.

Schluß der Sitzung um 18 Uhr 5 Minuten.